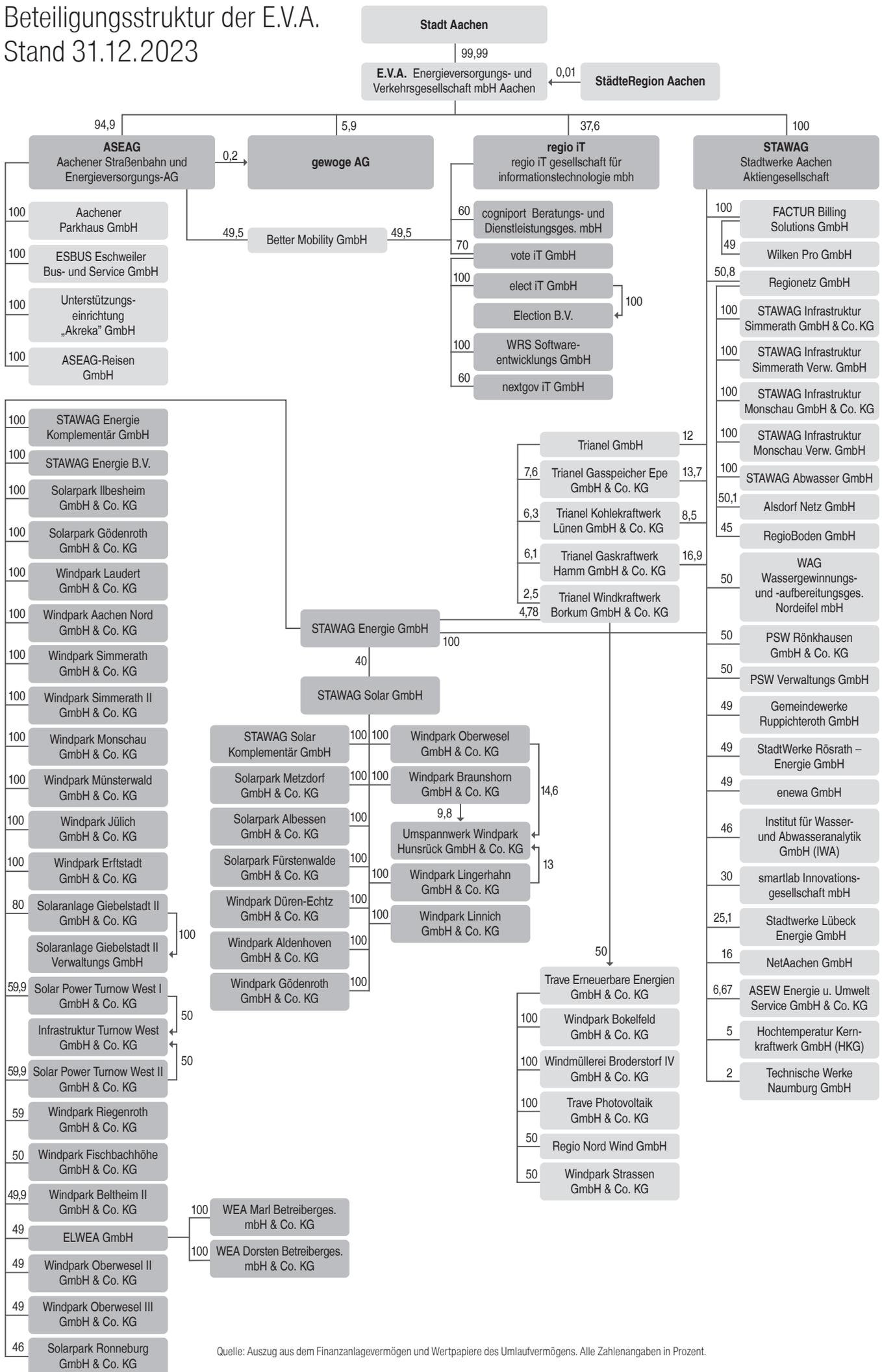


Stark verbunden,  
eng vernetzt.

Geschäftsbericht 2023

eva...

# Beteiligungsstruktur der E.V.A. Stand 31.12.2023



Quelle: Auszug aus dem Finanzanlagevermögen und Wertpapiere des Umlaufvermögens. Alle Zahlenangaben in Prozent.

Stark verbunden, eng vernetzt.

2023  
Geschäftsbericht >>

51. Geschäftsjahr

eva...

# Inhalt

Inhalt >>

## **Berichterstattung über die E.V.A.**

6	Aufsichtsrat und Geschäftsführung
8	Lagebericht
43	Jahresabschluss
44	Bilanz
46	Gewinn- und Verlustrechnung
47	Anhang
62	Bestätigungsvermerk
66	Bericht des Aufsichtsrats

## **Berichterstattung über den Konzern**

68	Konzernlagebericht
111	Konzernabschluss
112	Konzernbilanz
114	Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung
115	Konzernanhang
140	Bestätigungsvermerk
144	Bericht des Aufsichtsrats

# Aufsichtsrat

## **Bis 16. Juni 2023**

Sibylle Keupen, Vorsitzende  
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender  
Manfred Wiemers, 2. stellv. Vorsitzender  
Jörg Bogoczek  
Julia Brinner  
Leo Buse  
Guido Finke  
Boris Linden  
Kaj Neumann  
Daniela Parting  
Frank Reichmann  
Dr. Michael Ritzau  
Peter Tillmanns  
Jacob von Thenen  
Wilfried Warmbrunn

Oberbürgermeisterin, Stadt Aachen  
StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen  
kfm. Angestellter, E.V.A.  
Dipl.-Ing. Versorgungstechnik, medfacilities  
Studentin  
Fahrdienstleiter, ASEAG  
freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, Regionetz  
Geschäftsführer, SEG Hambach GmbH  
Student  
Fraktionsgeschäftsführerin, SPD Aachen  
kfm. Angestellter, FACTUR  
Generalbevollmächtigter, BET GmbH  
Rechtsanwalt, selbständig  
Pensionär  
Leiter Stabsstelle Quartiersentwicklung, STAWAG

## **Ab 16. Juni 2023**

Sibylle Keupen, Vorsitzende  
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender  
Leo Buse, 2. stellv. Vorsitzender  
Jörg Bogoczek  
Julia Brinner  
Guido Finke  
Boris Linden  
Kaj Neumann  
Daniela Parting  
Dr. Michael Ritzau  
Stefan Roebrocks  
Peter Tillmanns  
Jacob von Thenen  
Sascha Vogel  
Wilfried Warmbrunn

Oberbürgermeisterin, Stadt Aachen  
StädteRegionsrat, StädteRegion Aachen  
Fahrdienstleiter, ASEAG  
Dipl.-Ing. Versorgungstechnik, medfacilities  
Studentin  
freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, Regionetz  
Geschäftsführer, SEG Hambach GmbH  
Student  
Fraktionsgeschäftsführerin, SPD Aachen  
Generalbevollmächtigter, BET GmbH  
freigestellter Betriebsratsvorsitzender, ASEAG  
Rechtsanwalt, selbständig  
Pensionär  
freigestellter stellv. Betriebsratsvorsitzender, ASEAG  
Leiter Stabsstelle Quartiersentwicklung, STAWAG

# Geschäftsführung

Dr. Christian Becker

STAWAG-Vorstand  
Bonn/Bad Godesberg, Diplom-Ingenieur

Michael Carmincke

ASEAG-Vorstand  
Aachen, Diplom-Kaufmann

# Bericht

Berichterstattung  
über die E.V.A. >>

## I. Grundlagen des Unternehmens

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG), die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100%ige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, sodass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019 gemeinsam

mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Städte-Region Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um den Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden.

Die STAWAG ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen, was den umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie betrifft. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze und der städtischen Abwasserkanäle sowie für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe wie auch für Verteilnetzbetreiber effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse, modular auf den Kunden zugeschnitten, angeboten. Gesteuert werden die vielfältigen Geschäftsaktivitäten innerhalb des STAWAG-Konzerns über eine Bereichs-, eine Geschäftsfeld- und eine Segmentebene. So wird auf der Bereichsebene zwischen „operativem Geschäft“ und „Beteiligungen“ differenziert. Das operative Geschäft untergliedert sich innerhalb der STAWAG in die Geschäftsfelder „Kraftwerke/Speicher“, „Wärme“,

„Vertrieb“ und „Sonstige Geschäftsfelder“ sowie in die operativen Beteiligungen, die einen bedeutenden Ergebnisbeitrag für das Gesamtergebnis der STAWAG leisten und eine Beteiligungsquote der STAWAG von mindestens 50 Prozent aufweisen.

Gegenstand des Unternehmens regio iT ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben ihrer kommunalen Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und ihrer wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Zu den Dienstleistungen gehören insbesondere Produktnutzung, Dienstleistung/Beratung, Verkauf/Vermietung von Hard- und Software sowie Leasinggeschäft.

Zum 1. Januar 2020 hatte die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb vom Civitec Zweckverband für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec) im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit einem Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt und stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von regio iT-Anteilen der E.V.A. an Civitec. Im Berichtsjahr 2021 hat die E.V.A. weitere ein Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT der regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G. mit Vertrag vom 9. September 2021 verkauft. Seitdem hält die E.V.A. nun 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Des Weiteren hält die E.V.A. unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der **gewoge AG**, Aachen, (gewoge).

Das Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

## II. Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Lage des Jahres 2023 war geprägt von den Auswirkungen der geopolitischen Spannungen insbesondere durch den andauernden Krieg in der Ukraine und damit verbundenen Unsicherheiten in der Weltwirtschaft. Eine hohe Inflation und die damit einhergehenden Zinserhöhungen der Notenbanken belastete die Weltwirtschaft im Berichtsjahr 2023, der sich auch die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum nicht entziehen konnte. Während sich im Jahr 2023 das durchschnittliche Jahreswachstum im Euro-Raum gemäß Angaben der OECD von 3,4 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 0,6 Prozent deutlich verlangsamt hat, liegt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland gemäß dem Statistischen Bundesamt sogar um 0,3 Prozent niedriger als im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2024). Ursächlich für die Rezession der deutschen Wirtschaft sind der private Konsumrückgang infolge verminderter Kaufkraft sowie hohe Bau- und Kreditkosten bei mangelnden Arbeitskräften und hohen Energiepreisen, die die Investitionen im Baugewerbe und in energieintensiven Sektoren dämpften. (Quelle: EU-Kommission, Economic Forecast for Germany, 15. Februar 2024).

Die Entwicklung des Leitzinses war bereits im Jahr 2022 von einer schrittweisen Erhöhung durch die Europäische Zentralbank (EZB) geprägt, die im Jahr 2023 weiter fortgesetzt wurde. Nach insgesamt zehn Erhöhungen in Folge pausiert der Leitzins seit dem 26. Oktober 2023 bei 4,5 Prozent. Dabei hat die Erhöhung des Leitzinses in Bezug auf die Inflationsentwicklung auch eine entsprechende Wirkung entfaltet. Während die Teuerungsrate in der Eurozone im Juni 2023 noch bei 5,5 Prozent

lag, ging sie im Dezember 2023 auf 3,4 Prozent zurück und erreichte im Februar 2024 einen Wert von 2,6 Prozent. In Deutschland hat sich die Inflation laut Statistischem Bundesamt von 6,4 Prozent im Juni 2023 auf zwischenzeitlich 2,5 Prozent im Februar 2024 verringert (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 270 vom 11. Juli 2023 und Pressemitteilung Nr. 094 vom 12. März 2024).

Trotz der Belastungen und dem Ausmaß an Unsicherheit im Jahre 2023 hat sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2023 vergleichsweise gut behauptet. Die Arbeitslosigkeit hat sich von Januar bis im Dezember 2023 um lediglich 0,4 Prozent erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2023 waren rund 45,93 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig und damit so viele wie noch nie zuvor. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 2 vom 3. Januar 2024). Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 333.000 Personen bzw. 0,7 Prozent gestiegen (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2024).

Dagegen ist der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2023 um 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und liegt mit 368,2 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) auf einem historischen Tief. Die Ursache liegt gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) im Rückgang der wirtschaftlichen Leistung, besonders in energieintensiven Produktionszweigen. Nur 0,5 Prozent führt die AG Energiebilanzen auf die gegenüber dem Jahr 2022 leicht wärmere Witterung zurück.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2023 um knapp 4,3 Prozent auf rund 90,1 Mio. t SKE zurückgegangen. Hauptursache für den Nachfragerückgang waren Einsparungen in der

Industrie, in privaten Haushalten und im Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD). Die Witterung war nur geringfügig für den Rückgang verantwortlich. Für das Gesamtjahr 2023 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen insbesondere bei den fossilen Energieträgern von ca. 10 Prozent bzw. etwa 66 Millionen Tonnen. Der Beitrag der Erneuerbaren Energien erhöhte sich im Jahr 2023 insgesamt um 2,3 Prozent, wobei Strom aus Windenergieanlagen mit 15 Prozent bzw. aus Wasserkraft mit 11 Prozent den größten Anteil erreichten (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Pressedienst vom 20. Dezember 2023).

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9 Prozent gegenüber 2022 erhöht. Die Inflationsrate für das Jahr 2023 lag damit unter dem historischen Höchststand des Jahres 2022. Sie ist mit knapp 6 Prozent aber weiterhin auf einem hohen Stand. Die Jahresteuersatzrate ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln, häufig auch als Kerninflation bezeichnet, lag 2023 bei +5,1 Prozent, nach +3,8 Prozent im Jahr 2022, und hat sich im Vergleich zum Vorjahr damit verstärkt. Diese Kenngröße verdeutlicht auch, dass die Teuerung in anderen Güterbereichen im Jahresdurchschnitt 2023 ebenfalls hoch war. Die Preise für Dienstleistungen insgesamt stiegen 2023 im Vergleich zum Vorjahr mit 4,4 Prozent unterdurchschnittlich. Die für diese Entwicklung bedeutsamen Nettokaltmieten verteuerten sich im Jahresdurchschnitt um 2 Prozent. Unter dem Jahresdurchschnitt für 2023 lag auch die Preisentwicklung im öffentlichen Personennahverkehr, hier wirkte sich insbesondere die Einführung des Deutschlandtickets aus (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024).

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) meldet in seiner Bekanntmachung vom 30. Januar 2024 zusammenfassend die folgende ÖPNV-Bilanz 2023: Fahrgastzahlen erholen sich weiter, Kosten bleiben hoch, eine Rekordzahl bei angemeldeten Ausbau- und Modernisierungsprojekten, rund elf Millionen Menschen besitzen ein Deutschland-Ticket. Nach Berechnungen des VDV waren 2023 rund 9,5 Milliarden Fahrgäste in Deutschland mit Bussen und Bahnen unterwegs. Damit hat sich die Nachfrage im deutschen ÖPNV nach jahrelangen pandemiebedingten Einbrüchen im vergangenen Jahr weiter erholt. Gleichzeitig blieben im letzten Jahr die Kosten für Personal, Strom und Diesel weiter auf hohem Niveau. 2023 zahlte die Branche im Vergleich zu 2020 im Schnitt 57 Prozent mehr für ihren Strom und 54 Prozent mehr für Dieselmotorkraftstoff. Die Ticketpreise sind hingegen, bedingt vor allem durch das 9-Euro-Ticket und das Deutschland-Ticket, im selben Zeitraum branchenweit um durchschnittlich über 23 Prozent gesunken. Hohe Kosten bei sinkenden Einnahmen stellen die Branche daher vor große wirtschaftliche Herausforderungen (Quelle: VDV, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Pressemitteilung, Berlin 30. Januar 2024).

## Geschäftsverlauf

Die **E.V.A.** erzielt für das Geschäftsjahr 2023 ein negatives Betriebsergebnis in Höhe von -9,5 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Planwert (0 Mio. Euro). Die Gesamtleistung übertrifft den Planansatz von 18,6 Mio. Euro mit 19,2 Mio. Euro um 0,6 Mio. Euro, was insbesondere aus ungeplanten Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen resultiert. Die Planabweichung begründet sich insbesondere auf höhere Beratungsaufwendungen, die an andere Konzerngesellschaften weiterberechnet wurden. Der Gesamtaufwand fiel mit 28,7 Mio. Euro um 10 Mio. Euro höher als geplant aus. Das negative Betriebsergebnis (-9,5 Mio. Euro) basiert im Wesentlichen auf einem geleisteten zweckgebundenen Investitionszuschuss der E.V.A. in Höhe von 8,5 Mio. Euro an die ASEAG für die „Anschaffung von E-Bussen“. In der Gesellschaftersammlung der E.V.A. am 16. Juni 2023 wurde angesichts des deutlich positiven Jahresüberschusses 2022 der E.V.A. (26,4 Mio. Euro), der hinsichtlich der Ergebnisverwendung mit dem zum 31. Dezember 2021 bestehenden Verlustvortrag von 50,8 Mio. Euro verrechnet wurde, die Zahlung eines Zuschusses in Höhe von 5 Mio. Euro zur finanziellen Stärkung der ASEAG beschlossen. Die Zahlung soll der finanziellen Stärkung der ASEAG im Zuge der mit der Mobilitätswende verbundenen Mehraufwendungen dienen. Darüber hinaus hat die Stadt Aachen im Jahresverlauf 2023 aus bisher nicht in Anspruch genommenen Fördermitteln für Fahrzeugbeschaffungen mit alternativen, klimafreundlichen Antrieben zudem einen Ertragszuschuss in Höhe von rund 3,5 Mio. Euro an die ASEAG geleistet, der den Verlust der ASEAG und damit auch die Verlustübernahmeverpflichtung der E.V.A. im Geschäftsjahr 2023 entsprechend reduziert. In Höhe der „ersparten“ Verlustausgleichsverpflichtung der E.V.A. von 3,5 Mio. Euro sowie der beschlossenen Zahlung von 5 Mio. Euro wurde

mit AR-Beschluss vom 1. Dezember 2023 ein zweckgebundener Investitionszuschuss von insgesamt 8,5 Mio. Euro für die Anschaffung von 33 Elektrobussen von der E.V.A. an die ASEAG geleistet, der bei der E.V.A. aufwandswirksam gebucht wurde und sich im Geschäftsjahr 2023 entsprechend negativ auf das Betriebsergebnis der E.V.A. auswirkt.

## Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

E.V.A. Leistungsindikatoren		Wirtschaftsplan 2023	Jahresabschluss 2023
Umsatzerlöse	TEuro	18.432	19.010
Andere aktivierte Eigenleistungen	TEuro	202	107
Sonstige betriebliche Erträge	TEuro		74
<b>Gesamtleistung</b>	<b>TEuro</b>	<b>18.634</b>	<b>19.191</b>
<b>Gesamtaufwand</b>	<b>TEuro</b>	<b>-18.634</b>	<b>-28.683</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>TEuro</b>	<b>0</b>	<b>-9.492</b>
<b>Beteiligungsergebnis</b>	<b>TEuro</b>	<b>13.170</b>	<b>43.236</b>
davon ASEAG	TEuro	-42.619	-33.769
davon STAWAG	TEuro	52.842	73.676
davon regio iT	TEuro	2.781	3.163
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ <sup>1)</sup>	120,6	114,4

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die **Umsatzerlöse** aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 19 Mio. Euro liegen um 0,6 Mio. Euro über dem Planwert von 18,4 Mio. Euro. Sie setzen sich aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13,9 Mio. Euro (Plan: 14,2 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Plan: 4,3 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z.B. Job-Ticket), Portokosten und Versicherungen zusammen. Die höheren Umsatzerlöse von 0,8 Mio. Euro resultieren insbesondere aus der Weiterberechnung von Beratungsaufwendungen im Zuge des Vorprojektes zur Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen (nachfolgend: NERA), da die Beauftragung zunächst über die E.V.A. erfolgte, die Kosten jedoch vollständig an die STAWAG weiterberechnet wurden. Des Weiteren wurde eine nicht geplante

Cyber-Versicherung abgeschlossen, wovon 0,1 Mio. Euro an Konzerngesellschaften weiterberechnet werden. Zudem ergeben sich höhere Umsatzerlöse aus IT-Weiterberechnungen, die mit höheren Kosten aus Fremdleistungen, insbesondere für EDV-Beratung und Lizenzen, einhergehen. Dagegen entfallen andere Umsatzerlöse wie z.B. der Wegfall der Job-Ticket-Weiterberechnung an die regio iT (0,1 Mio. Euro) oder ein geplantes, aber auf 2024 verschobenes Traineeprogramm mit Personalkosten-Weiterberechnungen an die STAWAG (0,3 Mio. Euro).

Bei den **aktivierten Eigenleistungen** handelt es sich um Erträge aus aktivierten Personalleistungen aus dem S/4 HANA-Projekt (0,1 Mio. Euro).

**Sonstige betriebliche Erträge** beinhalten außerplanmäßige Sachverhalte, insbesondere Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkassen.

Die **Gesamtaufwendungen** liegen mit –28,7 Mio. Euro um 10 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Der **Materialaufwand** liegt dabei mit –5,4 Mio. Euro um 0,7 Mio. Euro oberhalb der Wirtschaftsplanung. Ursächlich hierfür sind insbesondere nicht geplante Arbeitnehmerleistungen Dritter im kaufmännischen Bereich (–0,7 Mio. Euro) maßgeblich zur Unterstützung des Tagesgeschäfts angesichts der Ressourcenbindung im SAP S/4 HANA-Projekt bei gleichzeitiger vorübergehender Unterbesetzung von Planstellen.

Die **Personalkosten** liegen mit –10,6 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro unter dem Plan. Der Personalbestand zum Ende des 4. Quartals 2023 beträgt 114,4 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 120,6 MAÄ zum Jahresende. In den geplanten Personalkosten sind –0,3 Mio. Euro für das Traineeprogramm der STAWAG enthalten. Das Traineeprogramm, das fünf geplante Vollzeitstellen vorsieht, wurde jedoch auf das Jahr 2024 verschoben. Eine weitere wesentliche Ursache für die niedrigeren Personalkosten sind zwei Planstellen im Center Revision, die in der Personalkostenplanung auch entsprechend berücksichtigt sind, im gesamten Jahr 2023 aber nicht besetzt wurden.

Die **Abschreibungen** liegen mit –0,2 Mio. Euro auf Planniveau.

Dagegen überschreiten die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** mit –12,4 Mio. Euro den Planwert (–3,1 Mio. Euro) um 9,3 Mio. Euro, was im Wesentlichen auf den bereits erwähnten Investitionszuschuss an die ASEAG in Höhe von 8,5 Mio. Euro zurückzuführen ist. Des Weiteren sind größtenteils weiterberechnete Beratungskosten in Höhe von –1,8 Mio. Euro um 0,8 Mio. Euro höher als geplant ausgefallen, davon entfallen auf das NERA-Vorprojekt –1,2 Mio. Euro. Daneben fallen ungeplante Fremdleistungen für den Bereich Revision und den Finanzbereich sowie Kosten für eine ungeplante Cyber-Versi-

cherung an, welche jedoch größtenteils an die Konzerngesellschaften weiterberechnet werden und durch geringere Aufwendungen (z. B. durch Wegfall Job-Ticket regio iT) kompensiert werden.

Das **Gesamtergebnis** der E.V.A. in Höhe von 22 Mio. Euro wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung von der STAWAG bzw. durch die Verlustübernahme von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von –33,8 Mio. Euro ist um rund +8,8 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. Nachdem bereits im Geschäftsjahr 2022 die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich rückläufig waren, setzte sich dieser Trend im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2023 fort und die Umsatzzahlen erreichten bereits annähernd die Umsatz- und Fahrgastwerte des letzten „Vor-Corona-Jahres“ 2019. Im zweiten Quartal 2023 wurde dann das Deutschlandticket auch im AVV-Verbundgebiet eingeführt, sodass unmittelbare Vergleiche mit Vorjahren nicht mehr möglich sind. Die klassische Monatskarte (Abo bzw. freier Verkauf) für das Stammgebiet Aachen erreicht im Dezember 2023 lediglich noch etwa 15 Prozent seiner bisherigen Umsatzwerte. Hier spiegelt sich eine seit der Einführung des Deutschlandtickets stattfindende Wechselbewegung von den bisherigen Dauerkarten hin zum Deutschlandticket wider. Das Deutschlandticket hat nach dem 9-Euro-Ticket für eine weiterhin hohe mediale Aufmerksamkeit für den ÖPNV gesorgt. Dies ist aus Marketingsicht sehr zu begrüßen, da sich nun auch Kundengruppen mit dem ÖPNV intensiver beschäftigen, die diesem bisher eher zurückhaltend gegenüberstanden. Im Hinblick auf Fahrgastzahlen hat das Deutschlandticket aus Sicht der ASEAG jedoch nicht zu der nachhaltigen Sogwirkung geführt, wie sie sich gegebenenfalls in den großen Metropolen mit entsprechender Verkehrsinfrastruktur eingestellt hat.

Die Gesamtleistung der ASEAG liegt mit 89,4 Mio. Euro circa 4,3 Mio. Euro über dem Planansatz. Wesentliche Ursache ist u. a. die Zuführung von Restmitteln aus der AVV-Fahrzeugförderung 2022 (circa 3,5 Mio. Euro). Dabei fielen die Restmittel aufgrund der Investitionsverschiebungen der E-Busse in die Förderjahre 2023 und 2024 besonders hoch aus.

Die Planung ging von deutlich höheren Energiekosten aus. Insgesamt wurden hier circa 3,2 Mio. Euro weniger aufgewendet. Hierbei kommen zwei Effekte zum Tragen. Zum einen erfolgte die Planung zum Zeitpunkt sehr hoher Energiekosten und entsprechender Prognosen aufgrund der Ukraine-Krise, die sich letztendlich dann gerade im Strombereich nicht bewahrheitet haben. Zum anderen lag den Annahmen eine Betriebsleistung zugrunde, die dann u. a. aufgrund der Entwicklungen rund um die A544 Sperrung nicht umgesetzt werden konnte.

Sonstige Materialkosten lagen mit 56,3 Mio. Euro etwa 4,2 Mio. Euro unter Planniveau. Hier spiegelt sich auch die Verschiebung von Fahrplanleistungen gegenüber der Planung wider.

Die Kosten für die Personalbeschaffung über die ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) lagen circa 1,4 Mio. Euro unter Plan, da die hohen Personalabgänge der ASEAG nicht vollumfänglich kompensiert werden konnten. Die Personalkosten liegen insgesamt auf Planniveau.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 1,5 Mio. Euro geringer aus als im Planansatz.

Die Sonstigen Aufwendungen überschreiten aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung das Planniveau um circa 0,6 Mio. Euro.

Im Finanzergebnis erfolgte eine ungeplante Abschreibung auf den Beteiligungswert der APAG in Höhe von 5 Mio. Euro und die APAG hat ungeplant ihr Ergebnis nicht abgeführt (1,2 Mio.

Euro). Dem stehen Zinserträge, die aus dem deutlichen Anstieg der Zinsen im Jahr 2023 resultieren (0,6 Mio. Euro), sowie ein deutlich geringerer Zinseffekt im Bereich der Pensionsrückstellungen (2,6 Mio. Euro) entgegen.

Das Jahresergebnis (EBT) der STAWAG liegt im Geschäftsjahr 2023 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und aufgrund außerordentlicher positiver Ergebniseffekte mit rund 73,7 Mio. Euro deutlich oberhalb der ursprünglichen Erwartungen.

Das Jahresergebnis 2023 der STAWAG ist dabei weiterhin von den (energiewirtschaftlichen) Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine beeinflusst. So haben sich die massiven Preisentwicklungen an den Energiemärkten deutlich positiv insbesondere auf den konventionellen und regenerativen Erzeugungsbereich ausgewirkt.

Im konventionellen Erzeugungsbereich der STAWAG haben die sogenannten Clean-Dark-Spreads im Jahr 2023 eine mit hohen Deckungsbeiträgen verbundene Vermarktung der Kraftwerksscheibe TKL (Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen\_Anteilsquote: 8,45 Prozent) am Strommarkt ermöglicht, so dass ein positives operatives Ergebnis mit dem Betrieb des Steinkohlekraftwerks in Höhe von rund 21,1 Mio. Euro erzielt werden konnte. Aufgrund der zwischenzeitlich wieder deutlich rückläufigen Spreads ist jedoch ersichtlich, dass der Kraftwerksbetrieb TKL unter Berücksichtigung der Fixkosten in den Folgejahren weiterhin nicht kostendeckend erfolgen kann. Insofern führt die STAWAG die zum Ende des Jahres 2022 bereits bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum angenommenen Stilllegungszeitpunkt im Jahr 2033 erwarteten defizitären Kraftwerksbetrieb Lünen in Höhe von 64,6 Mio. Euro zum 31. Dezember 2023 weiter fort.

Neben der Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen ist die STAWAG mit 16,9 Prozent zudem an der TGH (Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern ein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Gaskraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die TGH gewährten Gesellschafterdarlehen in Höhe von aktuell 11,5 Mio. Euro, das seinerzeit für die vorzeitige Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 Zinserträge von rund 0,7 Mio. Euro. Hierbei hat die TGH im Laufe des Geschäftsjahres 2023 die gestundeten Zinsen aus den Vorjahren vollständig zurückgeführt, sodass keine weitere Zinsstundung mehr besteht. Es ist davon auszugehen, dass eine Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens sowie Ergebnisabführungen und Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter erst mittelfristig erfolgen werden.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch an der TGE beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE (Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen) und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2023 erzielt die STAWAG mit dem Gasspeicher Epe ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis. Für den Betrachtungszeitraum bis zum Ende des Speicherzugangsvertrags im Jahr 2028 hat die STAWAG in der Vergangenheit bereits Drohverlustrückstellungen gebildet, die sich zum 31. Dezember 2023 auf rund 6,7 Mio. Euro belaufen.

Im Wärmebereich konnten die geplanten Spreads aus der stromoptimierten Vermarktung bei den beiden großen Blockheizkraftwerken (BHKW) Campus Melaten und Schwarzer Weg aufgrund der negativen Preisentwicklungen am

Energiemarkt nicht vollumfänglich realisiert werden. Darüber hinaus konnte das neu errichtete BHKW Schwarzer Weg aufgrund von Lieferengpässen der Anlagentechnik im Jahr 2023 erst ein Quartal später als ursprünglich geplant in Betrieb gehen. Diese ergebnismindernden Effekte konnten durch ein gutes Vermarktungsergebnis von CO<sub>2</sub>-Absicherungsgeschäften, den Wegfall der planerisch noch berücksichtigten Gasbeschaffungsumlage und durch einen positiven Sondereffekt bei den Altersversorgungsaufwendungen im Wärmebereich überkompensiert werden.

Die Preisentwicklungen an den Energiemärkten infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hatten einen wesentlichen Einfluss auf die vertriebliche Stromsparte im Geschäftsjahr 2023. Bereits zum 1. Januar 2023 mussten die Preise im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund massiver Bezugskostensteigerungen erhöht werden. Durch den massiven Verfall der Bezugspreise im Jahresverlauf 2023 hat sich der Wettbewerb deutlich schneller als erwartet intensiviert, womit sich die Kundenentwicklung innerhalb des Berichtsjahres umgekehrt hat. Die Absatzmengen im Tarifkundensegment sind damit im Jahr 2023 auf 272,7 Gigawattstunden (GWh) gesunken, wobei dennoch Umsatzerlöse oberhalb des Vorjahresniveaus erzielt werden konnten. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen an Drittkunden mit 147,9 GWh nur geringfügig unterhalb des Vorjahresniveaus. Ein maßgeblich positiver vertrieblicher Ergebniseffekt ergibt sich aus Korrekturen der Vorjahresergebnisse aufgrund von Hochrechnungskorrekturen und Mehr-/Mindermengenabrechnungen. Im Segment der Industrie- und Geschäftskunden liegt das Ergebnisniveau neben den vorgenannten Entwicklungen in Standardverträgen auch durch ungeplante Abschlüsse von Sonderverträgen oberhalb des Planniveaus.

Da aufgrund der beschriebenen Marktsituation die Weitergabe von gestiegenen Kosten nicht möglich ist, hat die STAWAG für diesen Sachverhalt eine entsprechende Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2023 in Höhe von 4,8 Mio. Euro gebildet.

Die Verkaufspreise in der vertrieblichen Gassparte sind bereits im November 2022 erhöht worden, während Preise im Tarifikundensegment im Jahresverlauf 2023 konstant gehalten werden konnten. Auch hier führte der anschließende Bezugspreisverfall zu einer Intensivierung des Wettbewerbs. Die Absatzmengen lagen mit 617,6 GWh auch hier aufgrund der oben genannten Kundenentwicklungen bei ähnlicher Witterung deutlich unterhalb der Werte des Vorjahres. Im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen mit 475,7 GWh leicht oberhalb des Vorjahresniveaus. Insbesondere vorgenommene Korrekturen der Vorjahresergebnisse aufgrund von Hochrechnungskorrekturen und Mehr-/Minderungenabrechnungen haben sich positiv auf den erzielten Deckungsbeitrag in der vertrieblichen Gassparte ausgewirkt.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz erfolgt seit dem Jahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, womit die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Stromnetz bildet das Jahr 2023 das fünfte und letzte Jahr der 3. Regulierungsperiode. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegen zwischenzeitlich vor und sind nach zwischenzeitlichen Beschwerdeverfahren mittlerweile auch rechtskräftig. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die

dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent. Im Jahr 2016 wurde eine umfassende Novellierung der Anreizregulierung beschlossen. Im Ergebnis wurde der bis dahin in der Regulierung angelegte Zeitverzug zwischen der Tätigung von Investitionen und den erstmaligen Rückflüssen über Erlösobergrenzen vollständig abgeschafft und durch ein System eines jährlichen Kapitalkostenausgleichs abgelöst. Die Änderungen entfalten ihre Wirkung seit Beginn der dritten Regulierungsperiode (Gas 2018, Strom 2019). Im Strombereich hat die Regionetz hieraus resultierend für die Jahre 2019 bis 2024 zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags entsprechend den Vorgaben aus dem § 10 a ARegV bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden, deren Gültigkeit sich grundsätzlich auf die gesamte Regulierungsperiode bezieht, haben die Netzbetreiber jährlich zum 1. Januar eines Jahres die Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar. Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlösenkende Wirkung. Im Strombereich liegt die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2023 nach diesen Anpassungen mit 151,5 Mio. Euro etwa 12,5 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere mit einer Erhöhung der volatilen Kosten sowie

mit einem höheren Kapitalkostenaufschlag, höheren Personalzusatzkosten und höheren vorgelagerten Netzkosten begründen. Im Jahr 2023 konnte die Kostenprüfung der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode im Strombereich abgeschlossen werden, sodass hierdurch das genehmigte Ausgangsniveau als eine wesentliche Größe der künftigen Erlösobergrenzen als gesichert angesehen werden kann. Mit Beschluss vom 21. Februar 2018 für Gas bzw. 28. November 2018 für Strom hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) schließlich auch die Festlegung des allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktors für die dritte Regulierungsperiode im Gasbereich mit einer Höhe von 0,49 Prozent und im Strombereich von 0,9 Prozent p. a. abgeschlossen. Die Regionetz hat – wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch – Beschwerde gegen dieses Festlegungsverfahren beim Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht. Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand noch nicht vollkommen rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) und des Bundesgerichtshofs (BGH) abzuwarten bleibt. Im Rahmen der Festlegung des so genannten Eigenkapitalzinssatzes I (EK I) für die vierte Regulierungsperiode (2023 bis 2027 für Gas und 2024 bis 2028 für Strom) hat die BNetzA den Eigenkapitalzinssatz für Neuanlagen zunächst auf 5,07 Prozent und für Altanlagen auf 3,51 Prozent – jeweils vor Körperschaftsteuer – festgelegt. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus sind diese Werte niedriger als die in der dritten Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzinsung in Höhe von 6,91 Prozent für Neuanlagen bzw. 5,12 Prozent für Altanlagen. Zahlreiche Netzbetreiber, darunter auch die Regionetz, haben Rechtsbeschwerde gegen die Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung eingelegt, da aus Sicht der

Branche unter anderem die Berechnung der Marktrisikoprämie durch die BNetzA fehlerhaft erfolgt ist. Diese Festlegung ist auch weiterhin noch nicht rechtskräftig, da die BNetzA vor dem BGH Rechtsbeschwerde gegen das Urteil des OLG Düsseldorf eingelegt hat, das den Netzbetreibern in ihrer ursprünglichen Klage im August 2023 in erster Instanz Recht gegeben hatte. Mit einem Urteil durch den BGH ist nunmehr im Laufe des Jahres 2024 zu rechnen. Im Rahmen des Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse hatte der Gesetzgeber der BNetzA im Jahr 2022 unter anderem im Energiewirtschaftsgesetz die Möglichkeit gegeben, abweichend von der bisherigen Praxis, einen Bezugszeitraum bzw. Bezugsgrößen für die Ermittlung der kalkulatorischen Fremdkapitalzinssätze von Verteilnetzbetreibern zu setzen. In Bezug auf die vierten Regulierungsperioden (2023 bis 2027 im Gas bzw. 2024 bis 2028 im Strom) hat die BNetzA im Jahr 2023 auf dieser Basis weitere regulatorische Festlegungen auf den Weg gebracht. So hat die Behörde im Laufe des Jahres u. a. eine Erhöhung der Zinssätze für den Fremd- und Eigenkapitalanteil im Kapitalkostenaufschlag für Neuinvestitionen in die Strom- und Gasnetze ab dem Jahr 2024 angekündigt bzw. teilweise auch schon umgesetzt. Damit soll zum einen der aktuellen Zinsentwicklung Rechnung getragen und zum anderen auch Anreize für Investitionen in den Netzausbau gesetzt werden, um die Energiewende weiter voranzutreiben. Diese Festlegungen gelten jedoch nur für Neuinvestitionen ab dem Jahr 2024 und stellen zusätzlich auch nur eine Übergangsregelung dar, die auf die Dauer der vierten Regulierungsperiode beschränkt ist, sodass die Regionetz gegen die bereits erlassene Festlegung für den Fremdkapitalanteil im Kapitalkostenaufschlag für Neuinvestitionen in die Strom- und Gasnetze ab 2024 Beschwerde eingelegt hat. Das Festlegungsverfahren zur Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkosten-

aufschlag ist zum aktuellen Stand noch nicht abgeschlossen; die Stellungnahmefrist endete am 6. Dezember 2023. Die finale Festlegung hierzu steht momentan noch aus. Beide Festlegungsverfahren sind grundsätzlich positiv zu beurteilen. Die nach den Festlegungsverfahren resultierenden Zinssätze liegen zwar deutlich oberhalb derjenigen Werte, die sich ohne diese Anpassung ergeben hätten, sodass hierdurch zumindest eine teilweise Kompensation der zur vierten Regulierungsperiode deutlich gesunkenen Eigenkapitalzinssätze erfolgen wird. Im Zuge des seit dem Ukraine-Krieg deutlich gestiegenen Zinsniveaus sind allerdings weitere Anpassungen am regulatorischen Rechtsrahmen insbesondere auch für die Bestandsanlagen dringend erforderlich, so dass die Regionetz Ende Dezember 2023 einen individuellen Antrag nach § 29 Abs. 2 EnWG auf Änderung und Neubescheidung der Eigenkapitalzinssätze bei der BNetzA eingereicht hat. In welcher Weise die Behörde auf diese Anträge reagieren wird, bleibt aktuell abzuwarten. Mit dem generellen sowie auch individuellen Produktivitätsfaktor für Gas und Strom sind jedoch auch einige weitere regulatorische Großparameter zur vierten Regulierungsperiode weiterhin noch nicht abschließend festgelegt beziehungsweise befinden sich aktuell immer noch in der Konsultation mit der Behörde.

Das Jahr 2023 bildete im Gasbereich das erste Jahr der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösbergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösbergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz zur dritten Regulierungsperiode stehen die Anhörung sowie die Erteilung eines verbindlichen Bescheids aktuell auch nach Abschluss der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2022 weiterhin aus. Die entsprechende Kostenprüfung konnte aber bereits

im Jahr 2022 abgeschlossen werden, sodass das hieraus resultierende Ausgangsniveau als wesentlicher Bestandteil der künftigen Erlösbergrenzenfestlegung als gesichert angesehen werden kann. Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017 erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem § 10 a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Und in der Folge auch für die Jahre 2019 – 2024 jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt. Der Effizienzwert der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode wurde in der Erlösbergrenzenanpassung 2023 noch mit 87 Prozent angenommen; der mittlerweile durch die BNetzA mitgeteilte vorläufige Effizienzwert liegt bei 91,38 Prozent. Da allerdings im Laufe des Jahres 2023 der BGH in einem Beschwerdeverfahren zur dritten Regulierungsperiode einige grundsätzliche Feststellungen zur sachgerechten Ermittlung der Effizienzwerte getroffen hat, ist davon auszugehen, dass sich der vorläufige Effizienzwert der Regionetz im Laufe des Weiteren Festlegungsverfahrens nochmals ändern wird. Im Gasbereich liegt die vorläufige Erlösbergrenze der Regionetz unter Berücksichtigung des angenommenen Effizienzwerts und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2023 mit 82,7 Mio. Euro etwa 4,7 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2022 genehmigten Erlösbergrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf ein höheres Ausgangsniveau in der neuen Regulierungsperiode sowie höhere vorgelagerte Netzkosten und höhere Personalausatzkosten zurückführen, die einem etwas niedrigeren Kapitalkostenaufschlag gegenüberstehen.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Stromnetz bildeten im Geschäftsjahr 2023 zahlreiche Maßnahmen in Umspannwerken. So wurde die Schutz- und

Leittechnik im Umspannwerk West erneuert und diverse Mittelspannungsschaltanlagen und Netztransformatoren getauscht. Zudem hat das Projekt zum Umbau der 110 kV Schaltanlage im Umspannwerk Süd begonnen. Weitere Schwerpunkte waren eine große Maßnahme in Stolberg-Mausbach, bei der fehleranfällige Mittelspannungskabel ausgetauscht wurden, sowie die Durchführung diverser Netzverstärkungen im Bereich der Niederspannung in Aachen.

Im Gasbereich lagen die Schwerpunkte insbesondere in der alters- und zustandsbedingten Erneuerung zahlreicher Versorgungsleitungen insbesondere in Aachen und in Eschweiler. Die Erschließung neuer Netzgebiete hat nicht stattgefunden, dagegen wurden aber wieder angestiegene Anschlussanfragen in bereits erschlossenen Gebieten bearbeitet und umgesetzt. Über Verdichtungsmaßnahmen hinaus wurden auch systemische Netzerweiterungen, insbesondere Anbindeleitungen vorgenommen.

Im Wasserbereich wurden im Jahr 2023 maßgeblich alters- und zustandsbedingte Leitungserneuerungen in Aachen vorgenommen.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2023 ohne Berücksichtigung aktivisch abgesetzter Kapitalzuschüsse rund 67,6 Mio. Euro in das Anlagevermögen der Regionetz investiert – wobei auf das Stromnetz 22,5 Mio. Euro, auf das Gasnetz 17 Mio. Euro und auf das Wassernetz 12,2 Mio. Euro entfielen. Weitere Investitionen in Höhe von insgesamt rund 15,9 Mio. Euro erfolgten im Bereich der Telekommunikation, im Netzleitsystem, in der Straßenbeleuchtung sowie im allgemeinen Verwaltungsbereich.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 etwa 37 Mio. Euro. Das Ergebnis wird über den bestehenden EAV – nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Stolberg, (EWW) in Höhe von 9,8 Mio. Euro und

den darauf entfallenden Steuern in Höhe von 1,8 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 25,4 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie) die Erweiterung des bestehenden Windparks in Simmerath-Lammersdorf um zwei weitere Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt 11,2 Megawatt auf den Weg gebracht. Die zusätzliche Produktion von rund 26 Millionen Kilowattstunden grünen Stroms reicht aus, um rechnerisch rund 7.400 Haushalte klimafreundlich mit Strom zu versorgen. Der bereits bestehende Windpark mit sieben Anlagen und einer Leistung von 23,1 Megawatt wurde bereits Ende 2016 in Betrieb genommen.

Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG Energie mit einem Anlagenportfolio von knapp 25 Windparks, zwölf Solarparks und noch einigen kleineren Anlagen ein EBT von 18,8 Mio. Euro erzielt und die Erwartungen damit deutlich übertroffen. Wesentlicher Treiber für die Ergebnisverbesserung sind deutlich über Plan liegende Beteiligungsergebnisse der Wind- und Solarparks, für die vor allem die höheren Marktwerte dieser Projektgesellschaften im abgelaufenen Geschäftsjahr verantwortlich sind. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die getätigten Investitionen der STAWAG Energie haben sich im Geschäftsjahr 2023 auf rund 14,4 Mio. Euro belaufen.

Die FACTUR hat im Geschäftsjahr 2023 von einem wieder deutlich ansteigenden Zählpunkt-wachstum im externen Dienstleistungsgeschäft profitiert. Trotz höheren Aufwendungen für die Altersversorgung, die sich durch den aktuellen GWE-Abschluss mit Wirkung ab dem 1. Februar 2025 ergeben und zum Teil durch einen unter Plan liegendem Mitarbeiterbestand kompensiert werden konnten, erzielt die FACTUR bei einem Gesamtumsatz von 33,4 Mio. Euro ein

EBT von rund 4,9 Mio. Euro und liegt damit deutlich oberhalb der ursprünglichen Planannahme. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft mbH, Roetgen, (WAG) an der die STAWAG neben der enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2023 Umsatzerlöse von 28,3 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,9 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2022 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 2,3 Mio. Euro erwirtschaftet, wovon jeweils 1 Mio. Euro an die beiden Gesellschafter STAWAG und enwor ausgeschüttet und ein Betrag von rund 0,3 Mio. Euro auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) beteiligt. Die SW Lübeck hatte zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die TraveNetz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig-Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG), betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug hat die SHNG eine Beteiligung von 25,1 Prozent an der TraveNetz erhalten, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den SW Lübeck gehalten werden. Die TraveNetz betreibt die Verteilnetze für Strom und Gas im Wirtschaftsraum Lübeck sowie Umgebung und nimmt die Aufgaben der grundzuständigen Messstellenbetreiber wahr. Sie verfügt hierfür über das Eigentum

an den Strom- und Gasnetzen, die Wegenutzungsrechte in Form von 124 Konzessionsverträgen und alle erforderlichen Betriebseinheiten. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 35,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2022 in Höhe von rund 4,9 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 39 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der SWR-E einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die SWR-E das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2023 ein positives Ergebnis von rund 1,6 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der StadtWerke Rösrath-Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E) voraussichtlich rund 1,3 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,6 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2022 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt. Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Zudem hat die

enewa zum 1. Januar 2021 das Wassernetz im Ortsteil Niederbachem von der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH, Bonn, erworben. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,4 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,8 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2022 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der Gemeindewerke Ruppichteroth GmbH, Ruppichteroth, (GWR) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2023 wurde keine Ausschüttung des Jahresergebnisses 2022 vorgenommen. Zur Stärkung der Kapitalstruktur wurde das Jahresergebnis 2022 in Höhe von 327 TEuro vollständig thesauriert.

Aus dem im Geschäftsjahr 2022 erzielten Jahresüberschuss der Trianel GmbH, Aachen, (Trianel) in Höhe von rund 27,6 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 11,97 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 3,3 Mio. Euro sowie eine Ausschüttung aus der Gewinnrücklage von 2,4 Mio. Euro im Jahr 2023 vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Trianel ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von rund 79,7 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2023 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüberschuss von 3,1 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2023 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2022 in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro.

Die Technische Werke Naumburg, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2023 einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von rund 3 Mio. Euro erzielen. Zur Stützung der Liquiditätssituation wurde jedoch ein Gesellschafterbeschluss gefasst, der für die Jahre 2022 bis einschließlich 2025 eine Thesaurierung der Jahresergebnisse vorsieht. Um den bestehenden EAV zwischen der TWN und der Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH, Naumburg, nicht zu gefährden ist eine temporäre Reduzierung des festen Ausgleichsbetrags auf 9,8 TEuro sowie ein Verzicht auf die flexiblen Ausgleichsbeträge für die Jahre 2022 - 2025 vorgesehen. Insofern vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2023 sowie in den Jahren 2024 bis einschließlich 2026 einen phasenverschobenen Ergebnisbeitrag in Höhe von lediglich 400 Euro (reduzierter fester Ausgleichsbetrag).

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft verkauft und hält seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent. Der im Jahr 2022 erzielte Jahresfehlbetrag der smartlab in Höhe von 0,4 Mio. Euro wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Für das Geschäftsjahr 2023 geht die smartlab von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 0,2 Mio. Euro aus.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2023 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2023 einen Gewinn vor Ergebnisabführung von insgesamt rund 73,7 Mio. Euro und übertrifft die ursprünglichen Erwartungen von 60,8 Mio. Euro damit deutlich. Der Gewinn von 73,7 Mio. Euro soll vollständig an die E.V.A. abgeführt werden.

Die regio iT hat aus ihrem Jahresüberschuss 2022 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Plan 2,8 Mio. Euro) an die E.V.A. im Jahr 2023 ausgeschüttet und liegt damit um 0,4 Mio. Euro über Planniveau.

Die gesamten Umsatzerlöse der regio iT liegen, trotz der Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“, mit 155,3 Mio. Euro um 1,7 Mio. Euro über dem Vorjahresumsatz. Im Bereich Produktlösungen sind die Umsatzerlöse bei Bestands- und Neukunden, um 4,9 Mio. Euro auf 110 Mio. Euro gestiegen. Aufgrund des breiten Produktportfolios der regio iT sind Umsatzsteigerungen sowohl bei den Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert worden. Hierbei haben insbesondere die Mitglieder der regio iT Beteiligungsgenossenschaft e. G. zum Anstieg der Umsatzerlöse beigetragen. Die Umsatzerlöse aus Beratungs- und Projektleistungen liegen mit 12,3 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau von 15,1 Mio. Euro und fallen insbesondere aufgrund der Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ geringer als im Vorjahr aus. Die Umsatzerlöse aus dem Handels-/Leasing-Geschäft sind hingegen von 21,8 Mio. Euro auf 23,5 Mio. Euro gestiegen. Der Anstieg im Geschäftsjahr resultiert insbesondere aus höheren Investitionen im Rahmen von Digitalisierungsprojekten in Schulen.

Der Materialaufwand hat sich korrespondierend zu den Umsatzerlösen um 2,1 Mio. Euro auf 69,5 Mio. Euro erhöht. Gründe hierfür sind einerseits der geänderte Ausweis der produk-

tionsnahen Stromaufwendungen von 1,3 Mio. Euro, die bisher unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen worden sind, und andererseits Preissteigerungen der Vorlieferanten.

Die Personalaufwendungen sind um 3,3 Mio. Euro auf 56,7 Mio. Euro angestiegen. Ursächlich sind, neben Einmalzahlungen, die um 28 auf 697 gestiegene Anzahl an Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zum Jahresende gewesen. Aufgrund des Anstiegs liegt die Personalkostenintensität (Personalaufwendungen in Prozent vom Umsatz) mit 36,5 Prozent um 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau.

Aufgrund höherer Aufwendungen und einem außergewöhnlich guten Vorjahresergebnis sind, trotz eines leichten Anstiegs des Rohergebnisses auf 89,5 Mio. Euro, das Ergebnis vor Steuern auf 8,5 Mio. Euro und der Jahresüberschuss auf 6,1 Mio. Euro gesunken.

Insbesondere aufgrund der gestiegenen Fremdfinanzierung und einem geringeren Jahresüberschuss ist die Eigenkapitalquote trotz Einstellung in die Gewinnrücklagen auf 29,5 Prozent (Vorjahr: 40,9 Prozent) gesunken.

Der Anlagendeckungsgrad von 59,6 Prozent zeigt, dass die Investitionen des Berichtsjahres nicht vollständig aus eigenen Mitteln, sondern auch durch langfristige Kredite, finanziert werden können. Zum Bilanzstichtag sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 9,3 Mio. Euro auf 18,8 Mio. Euro gestiegen.

Die im August 2023 ausgeschüttete Dividende 2022 der **gewoge** in Höhe von 0,2 Mio. Euro bewegt sich auf Planniveau.

Die E.V.A. beschäftigt zum Stichtag 31. Dezember 2023 127 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, davon 93 Vollzeit- und 34 Teilzeitkräfte. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter beträgt der Personalbestand 114,4 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von

120,6 MAÄ zum Jahresende. Unter zusätzlicher Berücksichtigung von Geschäftsführern, Aushilfskräften, Praktikanten und Auszubildenden beträgt die Mitarbeiterzahl zum 31. Dezember 2023 143, davon 106 Vollzeit- und 37 Teilzeitmitarbeiter. Umgerechnet auf Vollzeitmitarbeiter entspricht dies einem Personalbestand von 128,3 MAÄ gegenüber einem Planwert von 137,1 MAÄ. Ruhende Arbeitsverhältnisse sind nicht berücksichtigt.

## **Erklärung zur Unternehmensführung gemäß §289f HGB zum Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst**

### **Für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 gilt:**

In der E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022 wurde ein neuer Beschluss in Sachen Frauenquote für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 gefasst, im Einzelnen wie folgt:

Die Gesellschafterversammlung beschließt, für den Aufsichtsrat eine Zielgröße von 20 Prozent Frauenanteil für den Zeitraum 1. Juli 2022 bis 30. Juni 2027 beizubehalten und bei der Geschäftsführung den Status Quo für den genannten Zeitraum nicht zu unterschreiten. Mittelfristig wird darüber hinaus angestrebt, den Frauenanteil im Aufsichtsrat wie auch in der Geschäftsführung deutlich zu erhöhen, um ein ausgeglichenes Geschlechterverhältnis zu erreichen.

### **Anmerkung:**

Bei der E.V.A. hat es auf der 1. Führungsebene eine Veränderung zum Vorjahr gegeben. Eine weibliche Führungskraft ist in den Ruhestand verabschiedet worden; seitdem ist die Stelle vakant. Die Frauenquote sinkt von 37,5 Prozent (Vorjahr) auf nunmehr 28,57 Prozent. Damit liegt die Frauenquote nunmehr 21,43 Prozent (Vorjahr: 12,5 Prozent) unter der vom Vorstand angestrebten Zielgröße der Frauenquote von 50 Prozent für den Zeitraum vom 1. Juli 2017 bis zum 30. Juni 2022 / verlängert bis zum 30. Juni 2027. In der E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022 wurde kein neuer Beschluss in Sachen Frauenquote für die 1. Führungsebene für den Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis zum 30. Juni 2027 gefasst.

Bei der E.V.A. hat sich, trotz Personalveränderungen auf der 2. Führungsebene, die Frauenquote in Höhe von 30 Prozent (Vorjahr: 30 Prozent) nicht verändert. Die von der Geschäftsführung beschlossene und anzustrebende Frauenquote von 30 Prozent für den Zeitraum 1. Juli 2017 bis 30. Juni 2022/verlängert bis nunmehr 30. Juni 2027 (E.V.A.-Gesellschafterversammlung vom 24. Juni 2022), konnte somit wieder erreicht werden.

Für den Zeitraum 1. Januar 2023 bis 31. Dezember 2023 hat sich im Aufsichtsrat die Frauenquote von 20 Prozent (Vorjahr: 20 Prozent) gegenüber dem Vorjahr nicht verändert.

## Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem sehr guten Ergebnis von 22 Mio. Euro ab (Vorjahr: 26,4 Mio. Euro).

Die wirtschaftliche Lage der E.V.A. wird im Wesentlichen durch die Geschäftsentwicklung der Beteiligungsgesellschaften bestimmt. Das Zins- und Beteiligungsergebnis beträgt 43,8 Mio. Euro und liegt damit um 6,9 Mio. Euro über dem Vorjahresergebnis.

Dabei lag die Gewinnabführung der STAWAG mit 73,7 Mio. Euro um 5,7 Mio. Euro über dem Vorjahr. Wesentliche Ursache hierfür ist die Entwicklung an den Energiemärkten, die für ein positives Ergebnis im operativen Bereich sowie bei den Beteiligungsergebnissen beigetragen hat.

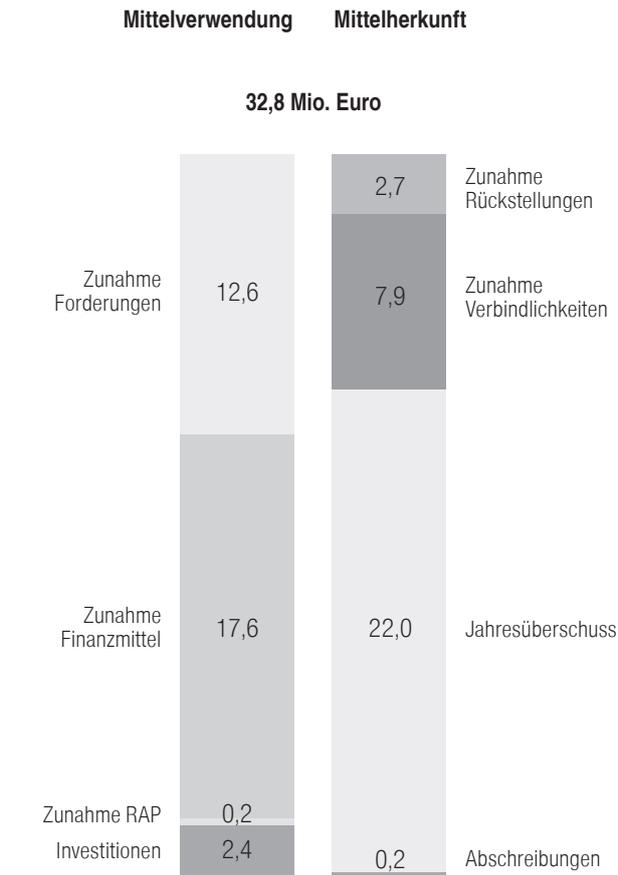
Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2023 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme von 33,8 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 0,7 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 1 Mio. Euro aus einem besseren Betriebsergebnis und –1,7 Mio. Euro aus einem verschlechterten Finanz- und Beteiligungsergebnis. Es wurden zwar durch gestiegene Zinserträge um 0,5 Mio. Euro und durch reduzierte Zinsen für Pensionsaufwendungen um 2,6 Mio. Euro positive Effekte erzielt, jedoch erfolgte wegen der Unternehmensneubewertung der APAG eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von 5 Mio. Euro. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen erhöhten sich um 0,1 Mio. Euro.

Bei den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist erstmalig ein Investitionszuschuss an die ASEAG in Höhe von 8,5 Mio. Euro enthalten.

Das Betriebsergebnis verschlechterte sich somit insgesamt um 10,4 Mio. Euro auf –9,5 Mio. Euro.

Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 6,7 Mio. Euro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 7,2 Mio. Euro) und auf 7,3 Mio. Euro Gewerbesteuer (Vorjahr: 5,3 Mio. Euro). Ertragssteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von –1,7 Mio. Euro (Vorjahr: –1,1 Mio. Euro) resultieren im Wesentlichen aus einem Einspruchsverfahren für das Veranlagungsjahr 2002.

## Finanzlage

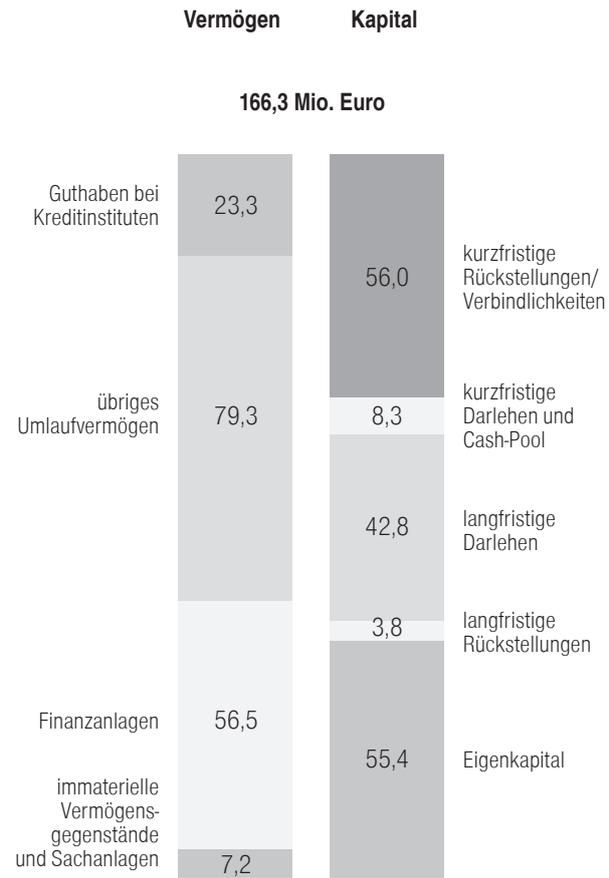


Im Jahr 2023 belief sich das Finanzierungsvolumen der E.V.A. auf 32,8 Mio. Euro.

Die Mittelverwendung ergibt sich im Wesentlichen in Höhe von 17,6 Mio. Euro aus der Zunahme der Finanzmittel sowie aus der Zunahme von Forderungen in Höhe von 12,6 Mio. Euro, hiervon im Wesentlichen bei den verbundenen Unternehmen.

Die Mittel resultieren hauptsächlich aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 22 Mio. Euro, aus der Zunahme der Verbindlichkeiten in Höhe von 7,9 Mio. Euro und aus der Zunahme der Rückstellungen in Höhe von 2,7 Mio. Euro, hier vor allem bei den Steuerrückstellungen.

## Vermögenslage



Die Bilanzsumme beträgt im Berichtsjahr 166,3 Mio. Euro und liegt damit um 32,7 Mio. Euro über dem Vorjahreswert.

Das Finanzanlagevermögen beinhaltet im Wesentlichen die Anteile an verbundenen Unternehmen und bildet zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen und den Sachanlagen 38,3 Prozent des Gesamtvermögens. Die restlichen Mittel resultieren mit 14 Prozent aus Guthaben bei Kreditinstituten und mit 47,7 Prozent aus dem übrigen Umlaufvermögen.

Die Kapitalseite weist neben dem Eigenkapital in Höhe von 55,4 Mio. Euro weitere 46,6 Mio. Euro mittel- und langfristige Mittel aus, die 28 Prozent der Bilanzsumme betragen. Darin enthalten sind Darlehen in Höhe von 23,5 Mio. Euro aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, ein Gesellschafterdarlehen der Stadt Aachen in Höhe von 12,4 Mio. Euro sowie ein Gesellschafterdarlehen der StädteRegion Aachen in Höhe von 2,5 Mio. Euro. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Cash-Pool liegen bei 5 Prozent. Die übrigen kurzfristigen Rückstellungen und die Verbindlichkeiten betragen 33,7 Prozent und bestehen im Wesentlichen aus dem Verlustausgleichsanspruch der ASEAG in Höhe von 33,8 Mio. Euro. Die Eigenkapitalquote beträgt 33,3 Prozent.

Die E.V.A. stellt einen Konzernabschluss gemäß § 290 ff. HGB auf. Es werden die Jahresabschlüsse der ASEAG, der STAWAG, der APAG, der STAWAG Abwasser, der STAWAG Energie, der STAWAG Energie B.V., der FACTUR, der Regionetz, der Alsdorf Netz GmbH (Alsdorf Netz), der STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath, (Simmerath Infrastruktur), der STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau, (Monschau Infrastruktur), der Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West I), der Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG, Aachen, (Turnow West II), der Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG, Aachen, (SA Giebelstadt), der Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (SP Gödenroth), der Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG, Aachen (SP Ilbesheim), der Windpark Laudert GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Laudert), der Windpark Monschau GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Monschau), der Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Aachen-Nord), der Windpark Simmerath GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Simmerath), der Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Riegenroth), der Windpark Jülich GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Jülich), der Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Münsterwald), der Windpark Simmerath II GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Simmerath II), sowie der Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Erftstadt) einbezogen.

### III. Prognosebericht

Nachdem die wirtschaftliche Dynamik in Jahr 2023 noch deutlich von den Nachwirkungen der vorangegangenen und teils anhaltenden Krisen geprägt war, gehen die führenden fünf Forschungsinstitute (Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024, veröffentlicht am 27. März 2023) davon aus, dass das BIP im Jahr 2024 lediglich um 0,1 Prozent wachsen und damit gewissermaßen stagnieren wird. Weiterhin wird erwartet, dass sich eine gesamtwirtschaftliche Erholung bei einer insgesamt niedrigen Dynamik erst im Frühjahr einstellen dürfte. Die konjunkturelle Schwäche wird den Beschäftigungsaufbau verlangsamen und die Arbeitslosigkeit zunächst weiter steigen lassen. Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr mit durchschnittlich 5,8 Prozent um 0,1 Prozentpunkte höher liegen als noch im Jahr 2023.

Die Einkommen privater Haushalte befinden sich weiter im Aufwind. Bereits im vergangenen Jahr wurden die Tariflöhne um 3,7 Prozent und damit deutlich stärker als im Vorjahr (2,2 Prozent) angehoben. Vielfach beinhalteten jüngste Tarifabschlüsse höhere Lohnsteigerungen, wobei in verstärktem Maße auf die Inflationsausgleichsprämie zurückgegriffen wurde, so dass die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im Jahr 2023 mit einem Zuwachs von 6,1 Prozent so stark gestiegen sind wie seit dem Jahr 1992 nicht mehr. Da zumindest dauerhafte tabellenwirksame Tariflohnhebungen ihre Wirkung häufig erst im Jahr 2024 entfalten werden, erwarten die Institute, dass sich die Zunahme der Tarifverdienste im Jahr 2024 auf durchschnittlich 4,4 Prozent erhöht, während Einmalzahlungen mit dem Wegfall der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie mit dem Jahreswechsel 2024/2025 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgehen.

Hinsichtlich der Geldpolitik erwarten die Institute, dass die kurzfristigen Kreditzinsen zusammen mit den Leitzinsen sinken, die voraussichtlich ab Mitte des Jahres 2024 nach und nach zurückgeführt werden. Der Restriktionsgrad der Geldpolitik dürfte somit allmählich abnehmen. Die Zinsen für längerfristige Kredite dürften hingegen im Einklang mit den Renditen 10-jähriger Staatsanleihen weitgehend unverändert bleiben, da hier der erwartete Rückgang der Kurzfristzinsen größtenteils bereits eingepreist sein dürfte. Infolge gesunkener Immobilienpreise und steigender Einkommen sollte sich die Kreditvergabe für Hauskäufe allmählich beleben. Auch die Unternehmenskreditvergabe dürfte im Zuge der sich aufhellenden Konjunktur leicht zulegen.

Die Inflationsrate wird weiter zurückgehen von durchschnittlich 5,9 Prozent im vergangenen Jahr auf 2,3 Prozent in diesem Jahr. Die Kerninflationsrate, bei der die Energiepreise ausgeklammert werden, lag im vergangenen Jahr bei 6 Prozent, wobei die hohe Preissteigerungsrate in der Gesamtbetrachtung vor allem auf die kräftigen Preisanstiege bis in den Frühling des vergangenen Jahres zurückzuführen ist. Die Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme sind zum Jahreswechsel ausgelaufen. Dennoch sind die Gaspreise im Januar 2024 gegenüber dem Dezember 2023 mit 2,3 Prozent nur leicht gestiegen, während die Strompreise sogar um 0,8 Prozent gefallen sind. Insgesamt werden für das Jahr 2024 sinkende Strom- und Gaspreise prognostiziert. Während der durchschnittliche Strompreis im Jahr 2023 noch bei 98,7 Euro/MWh (Phelix) lag, wird sich dieser im Jahr 2024 um rund 30 Prozent auf etwa 68,7 Euro/MWh (Phelix) reduzieren. Ebenso werden sich die durchschnittlichen Gaspreise mit 40,7 Euro/MWh (TTF) im Jahr 2023 auf voraussichtlich 27,5 Euro/MWh im Jahr 2024 verringern. In der Prognose der Strom- und Gaspreise wird angenommen, dass die sinkenden Beschaffungspreise Schritt für Schritt auf der Verbrau-

cherstufe ankommen. In den nächsten Monaten kommt es bei den beiden Komponenten zu einem Wegfall weiterer staatlicher Preisstabilisierungsmaßnahmen. So wird der Umsatzsteuersatz auf Gas, der im Oktober 2022 vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf 7 Prozent reduziert wurde, zum 1. April 2024 wieder auf sein ursprüngliches Niveau von 19 Prozent erhöht. Bei den Strompreisen entfällt mit Jahresbeginn zudem ein staatlicher Zuschuss zu den Netzentgelten.

Bei der Gestaltung der Verkehrswende wird dem ÖPNV weiterhin eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben. Im Geschäftsjahr 2023 traten die letzten Auswirkungen der Corona-Pandemie schnell in den Hintergrund. Das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage und die unsichere Finanzierung ist das beherrschende Thema. Zu Beginn des Jahres 2024 wurde auf der Verkehrsministerkonferenz die Fortführung des Deutschlandtickets zu einem unveränderten Preis von 49 Euro auch im Jahr 2024 beschlossen. Damit zeigt die Politik, dass sie weiterhin die Nachfrage nach dem ÖPNV durch preispolitische Maßnahmen fördern will und so ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz durch den ÖPNV erbracht werden soll.

Der **Wirtschaftsplan der E.V.A.** für das Jahr 2024 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus. Das negative Betriebsergebnis 2023 beinhaltete einen aufwandswirksamen, zweckgebundenen Investitionszuschuss der E.V.A. an die ASEAG in Höhe von 8,5 Mio. Euro für die „Anschaffung von E-Bussen“.

#### Leistungsidikatoren E.V.A.

		Jahresabschluss 2023	Wirtschaftsplan 2024
Umsatzerlöse	TEuro	19.010	20.398
Andere aktivierte Eigenleistungen	TEuro	107	
Sonstige betriebliche Erträge	TEuro	74	
<b>Gesamtleistung</b>	<b>TEuro</b>	<b>19.191</b>	<b>20.398</b>
<b>Gesamtaufwand</b>	<b>TEuro</b>	<b>-28.683</b>	<b>-20.398</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>TEuro</b>	<b>-9.492</b>	<b>0</b>
<b>Beteiligungsergebnis</b>	<b>TEuro</b>	<b>43.236</b>	<b>5.531</b>
davon ASEAG	TEuro	-33.769	-43.194
davon STAWAG	TEuro	73.676	46.689
davon regio iT	TEuro	3.163	1.870
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ <sup>1)</sup>	114,4	119,2

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die für 2024 geplante Gesamtleistung der E.V.A. beträgt von 20,4 Mio. Euro und liegt damit um 1,2 Mio. Euro über dem Vorjahr, im Wesentlichen durch zusätzliche Umsatzerlöse mit der STAWAG (+0,9 Mio. Euro) und der ASEAG (+0,4 Mio. Euro). Im Einzelnen setzt sich die geplante Gesamtleistung wie folgt zusammen:

- Umsatzerlöse aus Dienstleistungen in Höhe von 15,2 Mio. Euro,
- Umsatzerlöse aus weiterberechneten Kosten in Höhe von 5,2 Mio. Euro, davon 3,2 Mio. Euro aus weiterrechneten IT-Kosten und 2 Mio. Euro aus sonstigen weiterberechneten Kosten wie z.B. Beratungs- und Prüfungskosten, sonstige freiwillige Sozialaufwendungen (z.B. Job-Tickets), Portokosten oder Versicherungskosten.

Die geplanten Gesamtaufwendungen der E.V.A. werden sich auch in Höhe von 20,4 Mio. Euro bewegen.

Der Materialaufwand wird mit -4,6 Mio. Euro um vermutlich rund 0,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert von -5,5 Mio. Euro liegen. Ursächlich für den erwarteten Rückgang sind insbesondere die im Jahr 2023 noch benötigten Fremdleistungen durch Arbeitnehmerüberlassungen im kaufmännischen Bereich (0,6 Mio. Euro) im Zuge des SAP S/4 HANA-Projekts bei gleichzeitiger Unterbesetzung von Planstellen.

Der für das Jahr 2024 geplante Personalaufwand liegt mit -11,6 Mio. Euro um rund 0,8 Mio. Euro über dem für das Jahr 2023 erwarteten Personalaufwand. Der Personalkostenanstieg resultiert aus einer teilweisen Neubesetzung vakanter Planstellen sowie geplanter Entgeltsteigerungen.

Die Abschreibungen liegen in der Planung 2024 bei -1,1 Mio. Euro und erhöhen sich damit um 0,9 Mio. Euro gegenüber dem laufenden Geschäftsjahr 2023. Ursächlich hierfür ist

insbesondere der zum 1. Januar 2024 vorgehene „Going-Live“ des neuen Hauptbuchhaltungs-Systems SAP S/4 HANA.

Sonstige betriebliche Aufwendungen wurden in Höhe von -3,1 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt, die gegenüber dem Vorjahreswert (-12,4 Mio. Euro) um 9,3 Mio. Euro niedriger ausfallen. Davon entfallen 8,5 Mio. Euro auf den in 2023 gezahlten zweckgebundenen Investitionszuschuss an die ASEAG für die Anschaffung von E-Bussen. Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2023 für das NERA Vorprojekt Beratungsaufwendungen in Höhe von 1,4 Mio. Euro an die STAWAG weiterberechnet. Für das Center Revision, für das planerisch eine Neubesetzung der zwei vakanten Planstellen erst ab dem Planjahr 2025 berücksichtigt ist, sind für das Planjahr 2024 externe Beratungskosten mit 0,5 Mio. Euro im sonstigen Aufwand enthalten. Diese werden an die Konzerngesellschaften weiterberechnet.

Ferner wurden ein positives Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,5 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von -0,2 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2024 ergibt sich somit gemäß Wirtschaftsplanung ein positives Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 5,3 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -0,8 Mio. Euro ein Jahresüberschuss nach Steuern von 4,5 Mio. Euro.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2024 119,2 MAÄ betragen.

Für die **ASEAG** und insgesamt für den ÖPNV kam es in den Jahren 2020 bis 2022 coronabedingt und durch das 9-Euro-Ticket zu erheblichen Rückgängen der Beförderungserlöse im Vergleich zu der Zeit vor Corona (2019). Diese Entwicklung wird jetzt durch das Deutschlandticket fortgesetzt. Allerdings gibt es für die

Jahre 2023 und 2024 Richtlinien des Landes zum Mindererlösausgleich, die analog zu den Corona-Hilfen auf die Mengengerüste des Jahres 2019 zurückgreifen und zusätzlich eine, wenn auch kleine Mengensteigerungskomponente berücksichtigen. Somit kann die Ertragsseite für das Jahr 2024 als sehr gesichert angenommen werden.

Auf lokaler Ebene ist die Basis für die angebotsseitige Diskussion die von der ASEAG im Herbst 2019 in die politische Diskussion eingebrachte „Vision 2027“. Diese beinhaltet neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots.

Während die politischen Diskussionen angebotsseitig trotz sich erschwerender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weiterhin auf eine Ausweitung des Leistungsangebots hinzielen, hat sich im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen die Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen mit dem Deutschlandticket fortgesetzt. Unter dem Dach des Deutschlandtickets entstehen Produkte für Leistungsempfänger, Schüler und Studierende. Unternehmen werden trotz des insgesamt niedrigen Preisniveaus weiter Rabatte angeboten, wenn sie sich an den Kosten zu Gunsten ihrer Mitarbeiter beteiligen. Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen zurzeit durch Fördermaßnahmen von Bund und Land kompensiert werden sollen, ist die weitere Finanzierung des ÖPNV nunmehr langfristig nahezu ausschließlich von Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene abhängig.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation weiterhin angespannt. Auch wenn die altersbedingte Fluktuation im Fahrdienst im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat war, so blieb dennoch die Notwendigkeit erhalten, verstärkt Mitarbeiter für den Fahrdienst einzustellen. Die Personalbeschaffung

bleibt eine große Herausforderung, weshalb die E.V.A. als zentraler Dienstleister seine Rekrutierungsbemühungen weiter fortsetzen wird und speziell für die ASEAG den Bereich Personalentwicklung verstärkt hat.

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen werden, trotz der aktuellen Zinsentwicklung, auch im Jahr 2024 das Ergebnis noch belasten.

Für 2024 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 68,8 Mio. Euro aus. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von ca. 8,5 Prozent zum 1. Januar 2024 eingeflossen. Effekte aus dem inzwischen beschlossenen Deutschlandticket sind unberücksichtigt, da diese vollkommen ausgeglichen werden sollen. Aufgrund dieser Entwicklung und der generellen Diskussionen über die Rolle des ÖPNV in Deutschland geht die ASEAG von einer weiteren Erholung der Nachfrage aus. Umsatzseitig wird diese aufgrund der erwähnten Preisreduzierungen bzw. Ausgleichsmechanismen jedoch nicht durchschlagen. Vielmehr werden Erlöse auf lange Sicht gegen staatliche Zuschüsse laufen und diese reduzieren. Auch die Berücksichtigung von zusätzlichen Erlösen, die zur Finanzierung von zusätzlichen Angeboten zur Verfügung stehen, ist in den Richtlinien zum Mindererlösausgleich unabhängig von der tatsächlichen Nachfrage geregelt – dies bringt zumindest Planungssicherheit.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die ASEAG einen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 43,2 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan. Maßnahmen zur Verkehrswende sollen durch Ertragszuschüsse der Stadt Aachen finanziert werden. Diese fließen der ASEAG als sogenannter vorweggenommener Ergebnisausgleich zu. Um die Kreditfinanzierung anderer Konzerngesellschaften im E.V.A.-Konzern nicht zu gefährden, wurde dieses Vorgehen mit der Stadt Aachen abge-

stimmt. Auf das Ergebnis wirken sich dabei insbesondere Personal-, Treibstoff- und Subunternehmerkosten sowie höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z.B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z.B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einsparungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte zuerst massiv in Busse der Abgasnorm Euro 6 und inzwischen bereits in 27 Elektrobusse investiert. Weitere 33 Elektrobusse sollen Ende 2024 folgen.

Bei der Tochtergesellschaft der ASEAG, der APAG bleibt die Situation weiterhin angespannt. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG eine weiterhin hohe finanzielle Belastung durch Sanierungen, sodass bis 2027 von einem Ergebnis von max. 1,5 Mio. Euro ausgegangen wird, bevor dann ab 2028 wieder Ergebnisse von über 2 Mio. Euro erwartet werden. In Folge der zumindest in den kommenden Jahren eher moderaten Ergebniserwartung wurde die Beteiligung an der APAG um 5 Mio. Euro wertberichtigt.

Die nach der Pandemie wieder steigende Inanspruchnahme der ÖPNV-Leistungen wird sich nach Einschätzung der ASEAG auch im Jahr 2024 fortsetzen, auch wenn die in letzter Zeit stark zurückgegangene Zuverlässigkeit der Leistungserbringung, insbesondere durch fehlendes Personal im gesamten ÖPNV-System – nicht nur bei der ASEAG – ein erhebliches Risiko darstellt, welches diesen Trend brechen könnte. In die Wirtschaftsplanung sind diese Aspekte prinzipiell eingeflossen. Welche Effekte sich letztendlich einstellen werden, ist auch aufgrund der zurzeit noch anhaltenden großen Veränderungen und Unsicherheiten, die durch das Deutschlandticket ausgelöst wurden, zur-

zeit nicht abzuschätzen. Aktuell geht die ASEAG davon aus, dass jeglicher Mindererlös durch die Förderung des Deutschlandtickets ausgeglichen wird, so dass hieraus kurzfristig keine negativen wirtschaftlichen Effekte erwartet werden.

Der Vertriebsbereich der **STAWAG** erwartet im Jahr 2024 in der Strom- und Gassparte aufgrund der hohen Marktpreise und des zunehmenden Wettbewerbs eine rückläufige Absatzentwicklung. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr konstanten Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund der verstärkten Akquise ein Mengenzuwachs zu erwarten, wie nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

### Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft

Sparte	Ist 2023	Plan 2024	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	486	465	-21	-4,3
Gas (Mio. kWh)	1.208	1.158	-50	-4,1
Wasser (Mio. m <sup>3</sup> )*	14	15	+1	+7,1
Wärmecontracting (Mio. kWh)	11	14	+3	+27,3

\* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2023 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2024 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, dass es insbesondere im Gasbereich, aber auch im Strombereich durch weitere nachhaltige Energieeinsparungen bzw. durch eigenerzeugte Mengen zu reduzierten Netzdurchleitungen kommt. Die Regionetz hat diese Erwartung bei den im Rahmen der Netzentgeltkalkulation angesetzten Energiemengen entsprechend berücksichtigt.

### Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2023	Plan 2024	Abw.	Abw. (%)
Strom (Mio. kWh)	2.116,2	2.130,3	+14,1	+0,7
Gas (Mio. kWh)	4.794,5	4.898,1	+103,6	+2,2

Insgesamt ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich wirtschaftlicher Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg davon auszugehen, dass die STAWAG im Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnismiveau von etwa 56,7 Mio. Euro erzielen wird.

## Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2023	Plan 2024	Abw.	Abw. (%)
Umsatzerlöse (TEuro)	671.173	527.383	-143.790	-21,4
EBITDA (TEuro)	24.593	12.456	-12.137	-49,4
EBIT (TEuro)	15.486	1.445	-14.041	-90,7
EBT (TEuro)	73.676	56.689	-16.987	-23,1

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2024 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiter zu entwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ein Schwerpunkt wird zudem auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz sowie der Hebung von Synergiepotenzialen liegen. Vor dem Hintergrund der weiter fortschreitenden Liberalisierung des Energiemarktes und des zunehmenden Investitions- und Kostendrucks sind im Zuge einer angestrebten Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen im Herbst 2023 Gremienbeschlüsse für einen Zusammenschluss der STAWAG mit der enwor gefasst worden. Nach bereits erfolgter Zustimmung der Räte der beteiligten Kommunen, einer Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln sowie der kartellrechtlichen Freigabe wird die Umsetzung des Zusammenschlusses mit der Übertragung des gesamten Geschäftsbetriebs der enwor mit allen Beteiligungen im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme durch die STAWAG gemäß § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG im zweiten Halbjahr

2024 vollzogen. Die enwor wird gleichzeitig Aktionärin der STAWAG und erhält im Zuge einer Kapitalerhöhung Aktien der STAWAG in Höhe von 25,1 Prozent des Grundkapitals der STAWAG, während die E.V.A. mit 74,9 Prozent Mehrheitsaktionärin der STAWAG bleibt. Dabei wird die ertragsteuerliche Organschaft mit einem entsprechenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. fortgeführt. Die enwor wird nach der erfolgten Ausgliederung als (Holding-)Gesellschaft ohne eigenen operativen Geschäftsbetrieb fortbestehen.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt. Diese sind

- die Versorgung von ganz Aachen mit Strom aus eigenen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien
- die Förderung klimafreundlicher Mobilität
- die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie
- die Förderung der Energieeffizienz, z. B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden
- die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse an Anforderungen des Klimaschutzes, wie z. B. Förderung des Fahrradfahrens

Die Ziele werden medienwirksam durch eine Kampagne über analoge und digitale Plakate, Online-Werbung, Radiospots, Print-Anzeigen und Social Media kommuniziert.

Für das Jahr 2024 plant die regio iT – analog zu der positiven Prognose für den Markt für Informationstechnik – mittels Neukundengewinnung und dem Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden weiterzuwachsen. Aufgrund ihres breiten Dienstleistungsportfolios, insbesondere die Expertise bei Private-Cloud-Plattformen, sieht sich die regio iT für die Herausforderungen der Kunden gut vorbereitet. Als größter Wachstumsbereich wird weiterhin das Thema Digitalisierung angesehen, da hier immer noch Nachholbedarf in vielen Verwaltungsprozessen und im Bildungsbereich besteht. Für das Jahr 2024 plant die Gesellschaft einen Gesamtumsatz von 157,5 Mio. Euro und ein Ergebnis vor Steuern von 6,2 Mio. Euro.

Für das Beteiligungsergebnis **gewoge** wurde in der Wirtschaftsplanung rund 0,2 Mio. Euro angenommen. Es wird davon ausgegangen, dass die Ausschüttung der Dividende 2023 auf Planniveau im Sommer 2024 erfolgt.

## IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR) gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2023 ein gegenüber dem Vorjahr insgesamt verbessertes Bild. Die massiven Preisentwicklungen an den Energiemärkten haben sich auch 2023 deutlich positiv auf die Bereiche konventionelle Kraftwerksbeteiligungen und regenerative Erzeugungsanlagen ausgewirkt. Erst im Jahresverlauf

gaben die Beschaffungspreise wieder nach und die Märkte kamen zu wettbewerblichen Strukturen zurück. Auf der Vertriebsseite wirkte sich die Entwicklung der Beschaffungsmärkte ungünstig aus. Die STAWAG musste zum Jahresbeginn Preisanhebungen aufgrund der gestiegenen Beschaffungskosten vornehmen. Eine vollständige Weitergabe der Kosten war jedoch nicht möglich, sodass zu der bereits im Vorjahr gebildeten Rückstellung eine zusätzliche Drohverlustrückstellung von 4,8 Mio. Euro gebildet werden musste. Aufgrund der inzwischen wieder deutlich rückläufigen Deckungsbeiträge bei der Vermarktung der Kraftwerksscheibe TKL und der in Zukunft wieder zu erwartenden Unterdeckung bei den Fixkosten wird auch hier die bestehende Drohverlustrückstellung fortgeführt und um 0,5 Mio. Euro auf 64,6 Mio. Euro angepasst.

Im Jahr 2023 stiegen die Kapitalmarktzinsen bis Oktober weiter an. Zinsgedingte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, wie es die STAWAG jahrelang im Ergebnis verkraften musste, haben aktuell keinen Einfluss mehr auf die Risikolage. Im Hinblick auf die in vielen Ländern gewollte Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Förderung regenerativer Energiequellen gibt es mittlerweile diverse Initiativen und Gesetzesvorhaben zur Energietransformation. Diese Transformation wird zu hohen Neuinvestitionen, auch in umweltschonende Technologien führen. Es bleiben viele Unsicherheiten darüber, wie schnell die Transformation vollzogen und finanziert werden kann. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG und der Regionetz. Marktbedingt rechnet die STAWAG mit einer rückläufigen Absatzentwicklung. Chancenreich sieht die STAWAG unverändert die Projektentwicklungen in ihrer Tochtergesellschaft STAWAG Energie, in der der weitere Ausbau von regenerativen Energie-

erzeugungsanlagen betrieben wird. In der zwischen STAWAG und EWW bestehenden Netzkoope-ration in der Regionetz wird der Erfolg künftig noch mehr in der Hebung und Realisierung von Synergiepotenzialen liegen. Auch der von den Gremien beschlossene Zusammenschluss von STAWAG und enwor bietet neue Möglichkeiten, das Ergebnisniveau der STAWAG-Gruppe von 50 – 60 Mio. Euro zu halten. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2023 wird seit der Corona-Pandemie das neue Risiko einer Pandemie aufgeführt. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der inzwischen als beendet erklärten Corona-Pandemie als gering eingestuft wird, können die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sein, ungeachtet dessen, dass diese im Wesentlichen durch staatliche Zuschüsse aufgefangen werden. Nach der Corona-Pandemie traten mit der Einführung des Deutschlandtickets neue Unsicherheiten für die ASEAG ein. Zunächst war nicht klar, ob die hierfür von Bund und Ländern bereitgestellten Zuschüsse nur die wirtschaftlichen Nachteile des Jahres 2023 ausgleichen sollten oder ob die Politik zur Förderung der Verkehrswende eine nachhaltige Finanzierungszusage gibt. Mittlerweile kann aber als gesichert angenommen werden, dass die Förderung des Deutschlandtickets im Jahr 2024 fortgesetzt wird. Für die Folgejahre bleibt die Finanzierungsunsicherheit jedoch weiterhin bestehen. Das Deutschlandticket hat sicher seinen Teil dazu beigetragen, dass die ASEAG in vielen Produktbereichen bereits wieder das Vor-Corona-Niveau erreichen konnte. Bremsend für die angestrebte Verkehrswende wirken sich aber die Personalknappheit und die

zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten für umweltfreundliche Mobilität aus. Mittel- bis langfristig wird davon ausgegangen, dass in städtischen Gebieten der Trend hin zum ÖPNV wieder einsetzen wird – je urbaner, desto stärker. Hierin sieht die ASEAG weiterhin eine Chance für sich als Mobilitätsdienstleister. Die aktuellen parteipolitischen Diskussionen sowie der angesagte Kampf gegen den Klimawandel unterstreichen die Chancen zwar, dennoch hat die ASEAG auch Zweifel daran, dass sich der Bund an einer nachhaltigen und langfristigen Finanzierung der Ertragsausfälle aus dem Deutschlandticket und der Verkehrswende beteiligen wird. Vielmehr könnten die derzeitigen Zuschüsse als Anschubfinanzierung gesehen werden.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte StädteRegion Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische

Wille hierzu gegeben ist. Daran hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Das in den Vorjahren mehrfach dargelegte Risiko einer Korrektur des Beteiligungswertes der APAG ist letztlich eingetreten. Im Jahresabschluss 2023 erfolgte eine Abschreibung des Wertansatzes um 5 Mio. Euro. Weiterhin hohe Instandhaltungsaufwendungen stellen auch in den kommenden Jahren eine Herausforderung dar, die den Beteiligungswert unter Druck setzen. Zur Stabilisierung des Unternehmenswertes wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2024 ff. Steigerungen der Kurzparkertarife und Maßnahmen zur Steigerung des Eigenkapitals und damit der Eigenfinanzierungskraft der APAG berücksichtigt. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung weiterhin zu überwachen. Nachdem seit längerem aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz kein unmittelbares Risiko für die Vergabe von Leistungen an Subunternehmer mehr besteht, verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs in diesem Bereich. Der derzeitige Tarifpartner gilt bei Tarifverhandlungen als deutlich durchsetzungsstärker. Im Bereich der Tarifverträge wird von der Nahverkehrsgewerkschaft NahVG sogar das bei ASEAG und ESBUS bis 2027 gültige Tarifmodell in Frage gestellt. Unter Umständen ist das Fortbestehen der ESBUS mit ihren derzeitigen Regelungen bis 2027 nicht als gesichert anzusehen. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung verstärken das Risiko überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich für die ASEAG aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen wie

Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des Landes bzw. des Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen. Im Jahr 2023 erhielt die ASEAG einen Förderbescheid für insgesamt 90 Busse bis zum Jahr 2026.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition bei Haushaltsplanungen an, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Zusätzlich zu den bereits heute vom Bund und vom Land bezuschussten Tickets für spezielle Kundengruppen (z. B. Studenten, Schüler, Empfänger von Sozialleistungen) sowie des allgemeinen Deutschlandtickets, bereitet der ASEAG die Einführung des Deutschlandtickets Sozial als Ersatz für das Mobil-Ticket (i. W. Empfänger von staatlichen Leistungen) Gedanken. Hierdurch würde sich die Unterdeckung in diesem Tarifsegment spürbar erhöhen. Es zeigt, dass

die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen beim Bund und beim Land erheblich zunimmt und Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse in der Region abzielen kaum noch realisierbar sind. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und insbesondere von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Hieraus entsteht bei der E.V.A. zwar ein mögliches Risiko einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung, jedoch ist dieses mit dem Geschäftsjahr 2022 und einem erzielten Nachsteuerergebnis von 26,3 Mio. Euro weitgehend minimiert. Vielmehr knüpft die E.V.A. nochmals an die äußerst positive Entwicklung des letzten Jahres an und beendet das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von 22,0 Mio. Euro. Das wiederum überdurchschnittlich gute Ergebnis führt dazu, dass die E.V.A. ihren Verlustvortrag, der in der Spitze 50,8 Mio. Euro zum 31. Dezember 2021 betrug,

zum 31. Dezember 2023 nahezu abgebaut und das Eigenkapital der E.V.A. insofern wieder deutlich gestärkt werden konnte. Gemäß der aktuellen Wirtschafts- und Mittelfristplanung 2024-2028 geht die E.V.A. ferner davon aus, auch weiterhin deutlich positive Jahresüberschüsse zu erzielen, womit die in der Vergangenheit erhaltenen Ausgleichszahlungen der Stadt Aachen nicht mehr erforderlich sind. Aus diesem Grund wurde ein Gesellschafterbeschluss gefasst, die seit dem Jahr 2013 im E.V.A.-Gesellschaftsvertrag verankerte Ausgleichsverpflichtung gem. § 15 Abs. 3, aus der die Stadt Aachen insgesamt bereits rund 65,0 Mio. Euro an die E.V.A. geleistet hat, zu streichen. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht zeigt sich die Liquiditätsentwicklung der E.V.A. nach der Gewinnausschüttung durch die STAWAG und dem Verlustausgleich an die ASEAG nochmals deutlich positiver als im letzten Jahr. Bei Bedarf kann die E.V.A., auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist, auch weiterhin kurzfristige Liquidität aus dem konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass insbesondere die zuletzt außerordentlich hohen Ergebnisbeiträge aus dem Energiebereich maßgeblich dazu beigetragen haben, die E.V.A. wieder in eine ausbalancierte Ergebnis- und Finanzsituation zu führen. Damit ist die Grundlage für den langfristigen Fortbestand der E.V.A. bei Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben und unter Einbezug des steuerlichen Querverbundes sichergestellt. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. wurden in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

# Berichterstattung

nach § 108 Abs. 3 Nr. 2 GO NW

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2023 voll gerecht wurde.

Aachen, den 4. Juni 2024

Energieversorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

Jahresabschluss >>

# Bilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva	Anhang	<b>31.12.2023</b> Euro	31.12.2022 TEuro
<b>A. Anlagevermögen</b>			
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Software		377.488,00	545
2. Geleistete Anzahlungen		6.743.263,95	0
		<u>7.120.751,95</u>	<u>545</u>
II. Sachanlagen			
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung		96.985,00	73
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		0,00	4.321
		<u>96.985,00</u>	<u>4.394</u>
III. Finanzanlagen	_ 1		
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		53.722.346,11	53.722
2. Beteiligungen		2.793.168,12	2.793
3. Sonstige Ausleihungen		3.262,05	6
		<u>56.518.776,28</u>	<u>56.521</u>
		<b>63.736.513,23</b>	61.460
<b>B. Umlaufvermögen</b>			
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	_ 2		
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		28.806,21	13
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		73.959.875,77	55.606
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		968.356,12	485
4. Forderungen gegen Gesellschafter		178.550,24	179
5. Sonstige Vermögensgegenstände		3.939.979,72	10.175
		<u>79.075.568,06</u>	<u>66.458</u>
II. Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten	_ 3	23.294.955,30	5.666
		<b>102.370.523,36</b>	<b>72.124</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>			
		<b>159.666,00</b>	2
		<b>166.266.702,59</b>	133.586

Passiva	Anhang	31.12.2023 Euro	31.12.2022 TEuro
<b>A. Eigenkapital</b>	_ 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Verlustvortrag		-24.395.764,30	-50.778
IV. Jahresüberschuss		21.996.808,73	26.382
		<b>55.403.924,43</b>	33.407
<b>B. Rückstellungen</b>			
1. Pensionsrückstellungen	_ 5	3.694.708,00	3.298
2. Steuerrückstellungen	_ 6	10.480.719,66	8.293
3. Sonstige Rückstellungen	_ 7	1.383.538,03	1.226
		<b>15.558.965,69</b>	12.817
<b>C. Verbindlichkeiten</b>			
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		126.240,52	498
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	_ 8	56.515.141,57	47.585
3. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		16.279,52	630
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	_ 9	14.945.756,35	14.946
5. Sonstige Verbindlichkeiten		23.700.394,51	23.703
		<b>95.303.812,47</b>	87.362
		<b>166.266.702,59</b>	133.586

# Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Anhang	2023 Euro	2022 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 10	19.009.901,24	19.373
2. Andere aktivierte Eigenleistungen		106.778,40	187
3. Sonstige betriebliche Erträge	_ 11	74.100,42	171
4. Materialaufwand	_ 12		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		22.275,13	16
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		5.425.593,47	4.474
		<u>5.447.868,60</u>	<u>4.490</u>
5. Personalaufwand	_ 13		
a) Gehälter		8.781.898,98	8.279
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		1.850.643,08	1.753
		<u>10.632.542,06</u>	<u>10.032</u>
6. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		209.925,62	188
7. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 14	12.392.861,88	4.143
<b>Betriebsergebnis</b>		<b>-9.492.418,10</b>	878
8. Erträge aus Beteiligungen	_ 15	3.329.437,61	2.018
9. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 16	73.675.742,89	67.996
10. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	_ 17	1.713.305,61	1.324
11. Aufwendungen aus Verlustübernahme	_ 18	33.768.567,37	33.135
12. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 19	1.180.075,86	1.288
<b>Ergebnis vor Steuern</b>		<b>34.277.424,78</b>	37.793
13. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 20	12.264.069,67	11.409
<b>Ergebnis nach Steuern</b>		<b>22.013.355,11</b>	26.384
14. Sonstige Steuern		16.546,38	2
<b>Jahresüberschuss</b>		<b>21.996.808,73</b>	26.382

# Anhang

## Form und Darstellung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss wird nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches für große Kapitalgesellschaften und den ergänzenden Vorschriften des GmbHG und des Gesellschaftsvertrags aufgestellt. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Gesamtkostenverfahren gegliedert. Der Einzelabschluss der Energieversorgung- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen, Aachen, (E.V.A.), die eingetragen ist im Handelsregister des Amtsgerichts Aachen unter der Nummer HRB 956, wird in den Konzernabschluss der E.V.A. einbezogen. Die E.V.A. stellt den Konzernabschluss für den größten und kleinsten Kreis von Unternehmen auf, der zusammen mit dem Konzernlagebericht im Unternehmensregister offengelegt wird.

## Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze

Entgeltlich erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten erfasst und planmäßig linear über die betriebsgewöhnliche Nutzungsdauer von drei bis fünf Jahren abgeschrieben.

Das Sachanlagevermögen ist zu Anschaffungs- bzw. zu Herstellungskosten vermindert um planmäßige Abschreibungen bewertet. Zu den Herstellungskosten gehören die Materialkosten, die Fertigungskosten und die Sonderkosten der Fertigung sowie angemessene Teile der Materialgemeinkosten, der Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit diese durch die Fertigung veranlasst sind. Zinsen für Fremdkapital gehören nicht zu den Herstellungskosten.

Die Abschreibungen werden planmäßig linear und für Zugänge vor 2008 – soweit möglich – degressiv entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer von einem Jahr bis 17 Jahren vorgenommen. Für Zugänge ab 2008 wird ausschließlich nach der linearen Methode abgeschrieben.

Geringwertige Anlagegüter mit Anschaffungskosten bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Vermögensgegenstände zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Geschäftsjahr voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Das Wahlrecht für außerplanmäßige Abschreibungen – bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung – wird nicht ausgeübt. Die Anteile an der Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-Aktiengesellschaft, Aachen, (ASEAG) bilanziert die E.V.A. mit einem Buchwert in Höhe von 11.034 TEuro, der den Anschaffungskosten entspricht.

Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände sind zum Nennwert bilanziert.

Für die Pensionsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurde unter Anwendung der Erleichterungsvorschrift des § 253 (2) Satz 2 HGB ein durchschnittlicher Marktzins aus den vergangenen zehn Jahren von 1,82 Prozent angesetzt. Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Absatz 6 Satz 1 HGB bei der Anwendung eines durchschnittlichen Marktzins aus den vergangenen sieben Jahren (1,74 Prozent) beträgt 87 TEuro. Darüber hinaus wurde eine Bezugsdynamik von 2,5 Prozent p.a. und eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweit spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Die angenommene Rentensteigerung beträgt 2 Prozent p. a. Zudem wurden die Richttafeln 2018 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck verwendet. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil inklusive des Effekts aus der Zinsänderung wird unter der Position Zinsen und ähnliche Aufwendungen ausgewiesen. Der Zinseffekt beträgt im Geschäftsjahr 15 TEuro.

Für die Jubiläumsrückstellungen wurde die versicherungsmathematische Berechnung unter Anwendung des Anwartschaftsbarwertverfahrens vorgenommen. Dabei wurden ein Zinssatz von 1,74 Prozent sowie eine erwartete Lohn- und Gehaltssteigerung von 2,5 Prozent p.a. zugrunde gelegt.

Für erkennbare Risiken und ungewisse Verpflichtungen sind nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung Rückstellungen gebildet worden, die mit ihren (notwendigen) Erfüllungsbeträgen passiviert wurden.

Die Verbindlichkeiten werden ebenfalls mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Latente Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen den handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 HGB zulässig ist. Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung würde in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt werden. Im Falle einer Steuerentlastung würde vom entsprechenden Aktivierungswahlrecht kein Gebrauch gemacht werden. Im Geschäftsjahr ergab sich insgesamt eine – nicht bilanzierte – aktive latente Steuer.

## Erläuterungen zur Bilanz

Die Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen im Geschäftsjahr ergibt sich aus dem Anlagenspiegel.

# Entwicklung des Anlagevermögens

	Stand am 1.1.2023 Euro	Zugänge Euro	Umgliederung Umbuchung Euro	Abgänge Euro	Stand am 31.12.2023 Euro
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten</b>					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	6.139.152,88	0,00	0,00	275.863,27	5.863.289,61
2. Geleistete Anzahlungen	0,00	2.442.718,57	4.300.545,38	0,00	6.743.263,95
	6.139.152,88	2.442.718,57	4.300.545,38	275.863,27	12.606.553,56
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	797.277,73	46.222,22	19.916,40	12.363,80	851.052,55
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.320.461,78	0,00	-4.320.461,78	0,00	0,00
	5.117.739,51	46.222,22	-4.300.545,38	12.363,80	851.052,55
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11	0,00	0,00	0,00	53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.793.168,12	0,00	0,00	0,00	2.793.168,12
3. Sonstige Ausleihungen	6.223,32	0,00	0,00	2.961,27	3.262,05
	56.521.737,55	0,00	0,00	2.961,27	56.518.776,28
	<b>67.778.629,94</b>	<b>2.488.940,79</b>	<b>0,00</b>	<b>291.188,34</b>	<b>69.976.382,39</b>
<b>Abschreibungen</b>					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	5.594.098,88	167.566,00	0,00	275.863,27	5.485.801,61
2. Geleistete Anzahlungen	0,00				0,00
	5.594.098,88	167.566,00	0,00	275.863,27	5.485.801,61
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	724.071,73	42.359,62	0,00	12.363,80	754.067,55
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	0,00				0,00
	724.071,73	42.359,62	0,00	12.363,80	754.067,55
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0,00				0,00
2. Beteiligungen	0,00				0,00
3. Sonstige Ausleihungen	0,00				0,00
	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
	<b>6.318.170,61</b>	<b>209.925,62</b>	<b>0,00</b>	<b>288.227,07</b>	<b>6.239.869,16</b>
<b>Buchwerte</b>					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände					
1. Entgeltlich erworbene Software	545.054,00				377.488,00
2. Geleistete Anzahlungen	0,00				6.743.263,95
	545.054,00				7.120.751,95
II. Sachanlagen					
1. Betriebs- und Geschäftsausstattung	73.206,00				96.985,00
2. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	4.320.461,78				0,00
	4.393.667,78				96.985,00
III. Finanzanlagen					
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	53.722.346,11				53.722.346,11
2. Beteiligungen	2.793.168,12				2.793.168,12
3. Sonstige Ausleihungen	6.223,32				3.262,05
	56.521.737,55				56.518.776,28
	<b>61.460.459,33</b>				<b>63.736.513,23</b>

\_1 Der vollständige unmittelbare und mittelbare Anteilsbesitz der E.V.A. im Sinne des § 285 Nr. 11 HGB ist in einer gesonderten Übersicht im Anhang angegeben.

\_2 Die **Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 12.618 TEuro auf 79.076 TEuro.

Bei den **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** betragen 29 TEuro (Vorjahr: 13 TEuro).

Die **Forderungen gegen verbundene Unternehmen** gliedern sich wie folgt:

	2023 TEuro	2022 TEuro
Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG)	73.859	54.460
ESBUS GmbH (ESBUS)	60	829
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG)	16	0
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie)	15	71
Aachener Parkhaus GmbH (APAG)	5	117
Regionetz GmbH (Regionetz)	1	4
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär)	1	1
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	0	124

Abweichend zum Vorjahr wurde auf die Verrechnung von Forderungen und Verbindlichkeiten mit gleicher Laufzeit verzichtet. Sie ergeben sich mit 73.676 TEuro hauptsächlich aus der Gewinnabführung der STAWAG. Des Weiteren bestehen Forderungen aus dem Cash-Pooling in Höhe von 59 TEuro gegen die ESBUS.

Die **Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht**, setzen sich ausschließlich aus der unmittelbaren Beteiligung an der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) zusammen und betreffen vornehmlich Verwaltungsdienstleistungen.

Die **Forderungen gegen Gesellschafter** betragen unverändert 179 TEuro und enthalten ausschließlich die Einbehaltung von Kapitalertragsteuer (Vorjahr: 179 TEuro).

Die **sonstigen Vermögensgegenstände** beinhalten Steuererstattungsansprüche in Höhe von 3.935 TEuro (Vorjahr: 10.132 TEuro).

Im Berichtsjahr gibt es wie im Vorjahr keine Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr.

\_3 Die Position **Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten** enthält im Wesentlichen Guthaben bei Kreditinstituten aus einem Tagesgeldkonto sowie dem Cash-Pool-Masterkonto.

\_4 An dem **Stammkapital** ist die Stadt Aachen mit einer Stammeinlage von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt.

Die **Kapitalrücklage** nach § 272 Absatz 2 Nr. 4 HGB beträgt unverändert wie im Vorjahr 43.753 TEuro.

\_5 Am 1. Januar 2012 wurde eine Betriebsvereinbarung zur betrieblichen Altersversorgung geschlossen, die den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen ab dem 1. Januar 2012 einen Rechtsanspruch auf Ruhegeld gewährt.

\_6 Die **Steuerrückstellungen** in Höhe von insgesamt 10.481 TEuro bestehen aus Körperschaftsteuerverpflichtungen in Höhe von 3.805 TEuro und aus Gewerbesteuerpflichtungen in Höhe von 6.676 TEuro.

\_7 Die **sonstigen Rückstellungen** betreffen hauptsächlich Verpflichtungen aus dem Personalbereich, aus den Aufwendungen für Beiträge, für Prüfungskosten, für Archivierungskosten und für ausstehende Rechnungen.

\_8 Die **Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen** nahmen um 8.930 TEuro auf 56.515 TEuro zu. Sie betreffen im Wesentlichen die ASEAG in Höhe von 40.423 TEuro (Vorjahr: 45.821 TEuro) und resultieren mit 423 TEuro (Vorjahr: 6.401 TEuro) aus dem Cash-Pooling, mit 4.300 TEuro aus einem Darlehen, mit 1.920 TEuro (Vorjahr: 1.847 TEuro) aus der Umsatzsteuer-Organschaftsabrechnung und mit 33.769 TEuro (Vorjahr: 33.136 TEuro) aus der vertraglichen Verlustübernahme. Insgesamt ergibt sich nachfolgende Übersicht:

	<b>2023</b> <b>TEuro</b>	2022 TEuro
Aachener Straßenbahn- und Energieversorgungs-AG (ASEAG)	40.423	45.821
Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft (STAWAG)	8.079	0
Aachener Parkhaus GmbH (APAG)	5.880	0
Unterstützungseinrichtung AKREKA GmbH (AKREKA)	1.801	1.580
ASEAG-Reisen GmbH (ASEAG-Reisen)	210	184
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR)	111	0
Regionetz GmbH (Regionetz)	10	0

\_9 Die **Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern** resultieren mit 12.400 TEuro aus einem Darlehen der Stadt Aachen mit einer Restlaufzeit bis zum 31. Dezember 2025 und mit 2.546 TEuro aus einem Darlehen der StädteRegion Aachen mit einer Laufzeit von mehr als fünf Jahren. Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2023	Restlaufzeiten			31.12.2022
	gesamt TEuro	bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro	gesamt TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	126	126	0	0	498
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	56.515	52.215	4.300	0	47.585
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	16	16	0	0	630
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	14.946	0	14.946	2.546	14.946
5. Sonstige Verbindlichkeiten	23.701	154	23.547	0	23.703
davon aus Steuern	85	85	0	0	404
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0	0
	<b>95.304</b>	52.511	42.793	2.546	<b>87.362</b>

Die Restlaufzeiten der Vorjahresverbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Verbindlichkeitspiegel	31.12.2022 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis 1 Jahr TEuro	größer 1 Jahr TEuro	davon größer 5 Jahre TEuro
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	498	498	0	0
2. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	47.585	43.285	4.300	0
3. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	630	630	0	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	14.946	0	14.946	2.546
5. Sonstige Verbindlichkeiten	23.703	156	23.547	0
davon aus Steuern	404	404	0	0
davon aus sozialen Abgaben	0	0	0	0
	<b>87.362</b>	44.569	42.793	2.546

### Haftungsverhältnisse

Die bei der STAWAG zur Finanzierung von Investitionen bestehenden Darlehen in Höhe von 128.104 TEuro (Vorjahr: 133.749 TEuro) enthalten die Bedingung, dass das Beteiligungsverhältnis zur E.V.A. und der Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. in vollem Umfang aufrecht erhalten bleiben.

### Sonstige finanzielle Verpflichtungen

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen aus Verträgen über IT-Dienstleistungen mit einer Laufzeit von bis zu fünf Jahren in Höhe von 3.151 TEuro.

Finanzielle Verpflichtungen bestehen auch im Zusammenhang mit dem Ergebnisabführungsvertrag mit der ASEAG. Gemäß den Planungen der ASEAG werden sich in den nächsten Jahren weiterhin Verluste ergeben, die durch den Ergebnisabführungsvertrag von der E.V.A. ausgeglichen werden. Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die ASEAG einen Verlustausgleich in Höhe von 43,2 Mio. Euro. Die Verlustausgleichsverpflichtungen sind in der Planung der E.V.A. für die kommenden Jahre bereits berücksichtigt.

# Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

\_10 Die **Umsatzerlöse** aus Verwaltungsdienstleistungen gliedern sich wie folgt:

	2023 TEuro	2022 TEuro
für verbundene Unternehmen	17.029	16.893
für sonstige Kunden	1.981	2.480
	<b>19.010</b>	19.373

\_11 Die **sonstigen betrieblichen Erträge** in Höhe von 74 TEuro (Vorjahr: 171 TEuro) beinhalten im Wesentlichen Auflösungen von Rückstellungen in Höhe von 17 TEuro (Vorjahr: 141 TEuro).

\_12 Die **Aufwendungen für bezogene Leistungen** resultieren hauptsächlich aus EDV-Leistungen in Höhe von 4.546 TEuro (Vorjahr: 4.104 TEuro). Vom gesamten **Materialaufwand** wurden insgesamt 4 TEuro (Vorjahr: 10 TEuro) von verbundenen Unternehmen berechnet.

\_13 Die **Personalaufwendungen** beinhalten die Vergütungen für durchschnittlich 123 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen (Vorjahr: 126), davon 90 Vollzeit- (Vorjahr: 93) und 33 Teilzeitkräfte (Vorjahr: 33). Die Aufwendungen für die Altersversorgung belaufen sich auf 390 TEuro (Vorjahr: 307 TEuro).

\_14 Die **sonstigen betrieblichen Aufwendungen** betreffen im Wesentlichen ein Investitionszuschuss an die ASEAG in Höhe von 8.500 TEuro, die Mieten für Geschäftsräume in Höhe von 770 TEuro (Vorjahr: 768 TEuro), die Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 1.805 TEuro (Vorjahr: 2.176 TEuro), den freiwilligen Sozialaufwand und die Gesundheitsvorsorge in Höhe von 235 TEuro (Vorjahr: 335 TEuro), die Versicherungsbeiträge in Höhe von 392 TEuro (Vorjahr: 229 TEuro) sowie die Fortbildungsaufwendungen in Höhe von 106 TEuro (Vorjahr: 107 TEuro). Insgesamt wurden 824 TEuro (Vorjahr: 842 TEuro) ohne den Investitionszuschuss der ASEAG von verbundenen Unternehmen berechnet.

\_15 Die **Erträge aus Beteiligungen** resultieren mit 3.163 TEuro (Vorjahr: 1.852 TEuro) aus der Ausschüttung der regio iT und mit 166 TEuro (Vorjahr: 166 TEuro) aus der Dividende der gewoge.

\_16 Bei den **Erträgen aus Gewinnabführungsverträgen** handelt es sich um die Gewinnabführung der STAWAG in Höhe von 73.676 TEuro (Vorjahr: 67.996 TEuro).

\_17 Die **sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** resultieren mit 1.497 TEuro (Vorjahr: 1.315 TEuro) aus Steuererstattungsansprüchen sowie Zinserträge aus Termingelder in Höhe von 210 TEuro Die Zinserträge aus verbundenen Unternehmen betragen 6 TEuro (Vorjahr: 8 TEuro).

\_18 Bei den **Aufwendungen aus Verlustübernahme** handelt es sich um den Verlust der ASEAG in Höhe von 33.769 TEuro (Vorjahr: 33.136 TEuro).

\_19 Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** betreffen mit 30 TEuro (Vorjahr: 30 TEuro) die verbundenen Unternehmen, mit 38 TEuro (Vorjahr: 38 TEuro) die Gesellschafterdarlehen und mit 901 TEuro (Vorjahr: 901 TEuro) Stiftungsdarlehen der Stadt Aachen. In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus Rückstellungszuführungen für Pensionen in Höhe von 15 TEuro (Vorjahr: 141 TEuro) sowie für Zinsen zur Körperschafts- und Gewerbesteuer für Vorjahre in Höhe von 195 TEuro (Vorjahr: 176 TEuro) ausgewiesen.

\_20 Für das Geschäftsjahr belaufen sich die **Steuern vom Einkommen und vom Ertrag** auf 6.741 TEuro Körperschaftsteuer (Vorjahr: 7.191 TEuro) und auf 7.306 TEuro Gewerbesteuer (Vorjahr: 5.332 TEuro). Ertragsteuererstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -1.783 TEuro (Vorjahr: -1.114 TEuro) resultieren im Wesentlichen aus einem Einspruchsverfahren für das Veranlagungsjahr 2002.

Aufgrund der unterschiedlichen Bewertungsansätze in der Handels- und Steuerbilanz ergeben sich beim Organträger und bei den Organgesellschaften im Berichtsjahr temporäre Differenzen, die gemäß § 285 Nr. 29 HGB zu erläutern sind. Hieraus ergeben sich aktive latente Steuern in Höhe von 136.495 TEuro sowie passive latente Steuern in Höhe von 4.936 TEuro. Insgesamt verbleibt ein Überhang von aktiven latenten Steuern in Höhe von 131.559 TEuro. Die sich rechnerisch ergebende Steuerentlastung wurde nach dem Wahlrecht des § 274 HGB im Berichtsjahr nicht aktiviert.

# Bilanz

Bilanz-Posten >>

Die Bewertungsunterschiede und die latenten Steuern stellen sich wie folgt dar:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
<b>Aktiva</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	32,69%	0	0
Sachanlagen	724.295	725.638	1.343	32,69%	1.512	-1.073
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	131.653	130.209	-1.444	32,69%	825	-1.297
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	117.338	138.827	21.489	16,86%	5.731	-2.108
Forderungen	156.137	156.167	30	32,69%	10	0
Vorräte	0	500	500	32,69%	164	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	0	256	256	16,86%	51	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	2.629	2.696	67	32,69%	22	0
Summe Aktiva	1.132.052	1.154.293	22.241		8.315	-4.485
<b>Passiva</b>						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	1.277	-1.277	32,69%	0	-418
Rückstellungen	680.794	288.880	391.914	32,69%	128.150	-33
Verbindlichkeiten	313.343	313.337	6	32,69%	2	0
Rechnungsabgrenzungsposten	33.707	33.620	87	32,69%	28	0
Summe Passiva	1.027.844	637.114	390.730		128.180	-451
<b>Aktivüberhang aus Differenz</b>			<b>412.971</b>		<b>131.559</b>	

Die E.V.A. Gruppe unterliegt grundsätzlich den Regelungen der globalen Mindestbesteuerung, da die Umsatzgrenze von 750 Mio. Euro auf Konzernebene überschritten wird. Dies betrifft für die E.V.A. sowohl eine Primärerergänzungssteuerpflicht (E.V.A.) sowie eine nationale Ergänzungsteuerpflicht in Deutschland (E.V.A.).

Auf Grundlage einer vorgenommenen Betroffenheitsanalyse wurde festgestellt, dass keine Auswirkungen, d.h. keine Ergänzungssteuerbeträge zu erwarten sind, da entsprechende Erleichterungsvorschriften (untergeordnete internationale Tätigkeit und CbCR-Safe-Harbour) genutzt werden können.

# Anteils

Anteilsbesitz >>

# Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2023

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2023 TEuro
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)</b>			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	183.873	100,0	0 <sup>3)</sup>
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	96.538	100,0 <sup>2)</sup>	0 <sup>3)</sup>
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	271.951	50,8 <sup>2)</sup>	0 <sup>3) 15)</sup>
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	50,1 <sup>16)</sup>	0 <sup>3)</sup>
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 <sup>2)</sup>	0 <sup>3)</sup>
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 <sup>3)</sup>
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	8.887	100,0 <sup>1)</sup>	1.221 <sup>9)</sup>
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	4.412	100,0 <sup>16)</sup>	124
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.302	100,0 <sup>16)</sup>	112
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 <sup>16)</sup>	0 <sup>3)</sup>
STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande	39	100,0 <sup>4)</sup>	-456
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	6.595	80,0 <sup>4)</sup>	1.398
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 <sup>4)</sup>	466
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 <sup>4)</sup>	418
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	753	100,0 <sup>4)</sup>	41
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.900	100,0 <sup>4)</sup>	195
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	3.289	100,0 <sup>4)</sup>	578
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	7.173	59,0 <sup>4)</sup>	1.473
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	9.919	100,0 <sup>4)</sup>	1.522
Windpark Simmerath II GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Mainz	3.631	100,0 <sup>4)</sup>	-9
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	6.382	100,0 <sup>4)</sup>	1.299
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	6.590	100,0 <sup>4)</sup>	2.046
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	5.550	100,0 <sup>4)</sup>	907
Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen	3.836	100,0 <sup>4)</sup>	385
Windpark Ertfstadt GmbH & Co. KG (WP Ertfstadt), Aachen	8.285	100,0 <sup>4)</sup>	-15
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)</b>			
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 <sup>10)</sup>	100,0 <sup>6)</sup>	-30
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	34 <sup>5)</sup>	100,0 <sup>16)</sup>	1 <sup>5)</sup>
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	34 <sup>5)</sup>	100,0 <sup>16)</sup>	1 <sup>5)</sup>
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	2.124 <sup>7)</sup>	100,0 <sup>1)</sup>	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 <sup>1)</sup>	0 <sup>3)</sup>
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 <sup>1)</sup>	0 <sup>3)</sup>
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	237	100,0 <sup>4)</sup>	26
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	50	80,0 <sup>18)</sup>	3

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2023 TEuro
<b>Wesentliche Beteiligungen</b>			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	19.658	37,6	6.148
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	3.612	70,0 <sup>8)</sup>	1.111
elect iT GmbH (elect iT), Berlin	1.220	100,0 <sup>19)</sup>	1.138
WRS, Softwareentwicklungs GmbH, Hamm	45	100,0 <sup>19)</sup>	19
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Aachen	-53	60,0 <sup>8)</sup>	29
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	196	49,5 <sup>1)</sup>	-110
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	117.061 <sup>5)</sup>	12,0 <sup>2)</sup>	27.630 <sup>5)</sup>
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	9.395 <sup>5)</sup>	16,9 <sup>2)</sup>	1.608 <sup>5)</sup>
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	40.738	13,7 <sup>2)</sup>	7.979
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 <sup>5)14)</sup>	8,5 <sup>2)</sup>	-54.708 <sup>5)</sup>
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	302.011 <sup>5)</sup>	4,8 <sup>4)</sup>	10.486 <sup>5)</sup>
Stadtwerke Lübeck Energie GmbH (Lübeck), Lübeck	131.064 <sup>5)</sup>	25,1 <sup>2)</sup>	0 <sup>5)12)</sup>
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	34.629 <sup>5)</sup>	40,0 <sup>4)</sup>	9.459 <sup>5)</sup>
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	24.391 <sup>5)</sup>	50,0 <sup>2)</sup>	2.318 <sup>5)</sup>
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10.379 <sup>5)</sup>	50,0 <sup>2)</sup>	1.106 <sup>5)</sup>
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	6.018 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>2)</sup>	413 <sup>5)</sup>
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	5.647 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>2)</sup>	297 <sup>5)</sup>
Gemeindewerke Ruppichterath GmbH (GW Ruppichterath), Ruppichterath	5.671 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>2)</sup>	328 <sup>5)</sup>
RegioBoden GmbH (RegioBoden), Aachen	25	50,0 <sup>16)</sup>	0
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	150 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>11)</sup>	62 <sup>5)</sup>
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.415	46,0 <sup>4)</sup>	1.115
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 <sup>4)</sup>	1.564
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.583	49,0 <sup>4)</sup>	927
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.537	49,0 <sup>4)</sup>	900
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	6.234	50,0 <sup>4)</sup>	880
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	2.260 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>4)</sup>	-84 <sup>5)</sup>
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	1.026	100,0 <sup>17)</sup>	233
WEA Dorsten Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Dorsten	1.268	100,0 <sup>17)</sup>	-112
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	16.929	50,0 <sup>4)</sup>	2.637
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	1.868	100,0 <sup>13)</sup>	453
Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck	6.803	100,0 <sup>13)</sup>	1.281
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	46	100,0 <sup>13)</sup>	2
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	48	100,0 <sup>13)</sup>	4
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	6 <sup>5)</sup>	50,0 <sup>13)</sup>	-5 <sup>5)</sup>
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	11.635 <sup>5)</sup>	16,0 <sup>2)</sup>	3.177 <sup>5)</sup>
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	8.677 <sup>5)</sup>	30,0 <sup>2)</sup>	-363 <sup>5)</sup>
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	95 <sup>5)</sup>	46,0 <sup>2)</sup>	10 <sup>5)</sup>

1) Anteile werden gehalten über ASEAG  
 2) Anteile werden gehalten über STAWAG  
 3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn  
 4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH  
 5) Wertansätze zum 31.12.2022  
 6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH & Co. KG und Turnow West II GmbH & Co. KG gehalten  
 7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage  
 8) Anteile werden gehalten über regio iT  
 9) Thesaurierung des Gewinns  
 10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 422 TEuro ausgewiesen  
 11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH  
 12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 35.161 TEuro  
 13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG  
 14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 244.486 TEuro ausgewiesen.  
 15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 35.181 TEuro  
 16) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten  
 17) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten  
 18) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG gehalten  
 19) Anteile werden gehalten über vote iT

## Sonstige Angaben

Die Gesamtbezüge der Geschäftsführung bestehen aus einer Festvergütung und betragen im Berichtsjahr 14.488,56 Euro.

Name	Festvergütung in Euro
Dr. Christian Becker	7.244,28
Michael Carmincke	7.244,28

Die Mitglieder des Aufsichtsrats erhalten für ihre Tätigkeit eine pauschale Aufwandsentschädigung gemäß § 11 des Gesellschaftsvertrags, dabei erhalten der Vorsitzende den 2-fachen und die stellvertretenden Vorsitzenden den 1,5-fachen Betrag. Darüber hinaus wird pro Sitzung und Teilnehmer ein Betrag von 50 Euro vergütet.

## Mitglieder des Aufsichtsrats

	Gesamtbezüge in Euro
Sibylle Keupen, Vorsitzende	5.400
Dr. Tim Grüttemeier, 1. stellv. Vorsitzender	4.050
Manfred Wiemers, 2. stellv. Vorsitzender	bis 16. Juni 2023 1.879
Leo Buse, 2. stellv. Vorsitzender	ab 16. Juni 2023 3.577
Jörg Bogoczek	2.800
Julia Brinner	2.750
Guido Finke	2.900
Boris Linden	2.600
Kaj Neumann	2.900
Daniela Parting	2.900
Frank Reichmann	bis 16. Juni 2023 1.303
Dr. Michael Ritzau	2.800
Stefan Roebrocks	ab 16. Juni 2023 1.554
Peter Tillmanns	2.900
Sascha Vogel	ab 16. Juni 2023 1.504
Jacob von Thenen	2.900
Wilfried Warmbrunn	2.900

**47.617**

Die Angabe der im Geschäftsjahr erfassten Abschlussprüfer-Honorare i. S. d. § 285 Nr. 17 HGB erfolgt im Konzernanhang.

### **Nachtragsbericht**

Nach Ende des Geschäftsjahres sind keine Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Bedeutung eingetreten, die das im vorliegenden Abschluss vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft wesentlich beeinflussen.

### **Ergebnisverwendungsvorschlag**

Die Geschäftsführung schlägt dem Aufsichtsrat vor, den Jahresüberschuss in Höhe von 21.996.808,73 Euro mit dem Verlustvortrag zu verrechnen.

Aachen, den 4. Juni 2024

Energieversorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft mbH Aachen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

## Prüfungsurteile

**W**ir haben den Jahresabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2023 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote) haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2023 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht

erstreckt sich nicht auf den Inhalt der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

## Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

## Sonstige Informationen

Die gesetzlichen Vertreter und der Aufsichtsrat sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f Abs. 4 HGB (Angaben zur Frauenquote).

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

#### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Kapitalgesellschaften geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen und Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungs-

nachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu

machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

– beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.

– beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.

– führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 4. Juni 2024

PKF Fasselt  
Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Rechtsanwälte



Lickfett  
Wirtschaftsprüferin



Pentschev  
Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrats

**D**er Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 sowie der Lagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 16. Juni 2023 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Jahresabschluss und Lagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Gesellschaft unter Einbeziehung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Jahresabschlusses sowie des Lageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat billigt den aufgestellten Jahresabschluss zum 31. Dezember 2023 und den Lagebericht und empfiehlt die Feststellung des Jahresabschlusses durch die Gesellschafterversammlung.

Aachen, den 21. Juni 2024

Der Aufsichtsrat



Keupen  
Vorsitzende

# Bericht

Berichterstattung  
über den Konzern >>

# Konzernlagebericht

## I. Grundlagen des Unternehmens

### Geschäfts- und Rahmenbedingungen

Die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen, Aachen, (E.V.A.) ist in ihrer Doppelfunktion als geschäftsführende Holding und als Dienstleistungsgesellschaft für sämtliche Konzern- und Beteiligungsgesellschaften tätig. Die Geschäftsgrundlage für ihre Stellung als Holding bilden die Beherrschungs- und Gewinnabführungsverträge mit den Gesellschaften Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG, Aachen, (ASEAG) und Stadtwerke Aachen Aktiengesellschaft, Aachen, (STAWAG) die als zentrale Säulen der öffentlichen Daseinsvorsorge anzusehen sind und für den kommunalen und steuerlichen Querverbund stehen.

Im Laufe der langjährigen Geschichte der ASEAG haben sich die Schwerpunkte innerhalb des satzungsgemäßen Geschäftsmodells verschoben, sodass derzeit

- der Betrieb von Omnibuslinien zur Personenbeförderung in der Region Aachen,
- der Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen und
- die Erprobung alternativer Antriebsformen und Mobilitätskonzepte

im unmittelbaren Fokus der Geschäftstätigkeit liegen. Dabei werden sämtliche Aktivitäten im Hinblick auf den Bau und die Bewirtschaftung von Parkhäusern und Parkplätzen durch die 100-prozentige Tochtergesellschaft Aachener Parkhaus GmbH, Aachen, (APAG) wahrgenommen, sodass bezüglich dieser Aktivitäten auf den Geschäftsbericht der APAG verwiesen wird. Alternative Mobilitätskonzepte werden im Hause der ASEAG entwickelt. Dabei wird softwareseitig auf eine IT-Lösung der Better Mobility GmbH, Aachen, (Better Mobility) zurückgegriffen. Die Gesellschaft wurde 2019

gemeinsam mit der regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh, Aachen, (regio iT) gegründet und soll die gemeinschaftlich entwickelte Mobilitätsplattform „Mobility Broker“ technologisch fortentwickeln und überregional als IT-Lösung vermarkten.

Mit der förmlichen Betrauung der ASEAG, die durch ihre Aufgabenträger Stadt und Städte-Region Aachen im April 2017 erfolgt ist, ist die Basis geschaffen worden, um den Anforderungen der EU-Verordnung über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße (VO 1370/2007) und des ÖPNV-Gesetzes NRW bis zum Jahr 2027 gerecht zu werden.

Die **STAWAG** ist der Dienstleister rund um Energie und Wasser in Aachen. Kernaufgabe des Unternehmens ist die zuverlässige, preisgünstige und umweltschonende Versorgung der Aachener Bürgerinnen und Bürger mit Strom, Gas, Wasser und Wärme. Darüber hinaus bietet die STAWAG ihren Kunden in den Segmenten Haushalt, Gewerbe und Industrie umfassende Beratungs- und Serviceleistungen, was den umweltschonenden und effizienten Einsatz von Energie betrifft. Die Tochtergesellschaften der STAWAG sind verantwortlich für den Betrieb und die Unterhaltung der Versorgungsnetze und der städtischen Abwasserkanäle sowie für den zukunftsweisenden Ausbau der Eigenerzeugung, vor allem im Bereich der Erneuerbaren Energien. Darüber hinaus werden für lokal und bundesweit agierende Vertriebe wie auch für Verteilnetzbetreiber effiziente Kundenservice-, Markt- und Abrechnungsprozesse, modular auf den Kunden zugeschnitten, angeboten. Gesteuert werden die vielfältigen Geschäftsaktivitäten innerhalb des STAWAG-Konzerns über eine Bereichs-, eine Geschäftsfeld- und eine Segmentebene. So wird auf der Bereichsebene zwischen „operativem Geschäft“ und „Beteiligungen“ differenziert. Das operative Geschäft untergliedert

sich innerhalb der STAWAG in die Geschäftsfelder „Kraftwerke/Speicher“, „Wärme“, „Vertrieb“ und „Sonstige Geschäftsfelder“ sowie in die operativen Beteiligungen, die einen bedeutenden Ergebnisbeitrag für das Gesamtergebnis der STAWAG leisten und eine Beteiligungsquote der STAWAG von mindestens 50 Prozent aufweisen.

Gegenstand des Unternehmens **regio iT** ist die automatisierte Informationsverarbeitung für alle hierfür geeigneten Aufgaben ihrer kommunalen Gesellschafter, ihrer kommunalen Unternehmen und wirtschaftlich selbständigen Organisationseinheiten sowie ihrer juristischen Personen des öffentlichen Rechts. Die Gesellschaft verfolgt das Ziel, innovative und wettbewerbsfähige Lösungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette ihrer Kunden anzubieten, damit diese ihrerseits mit ihren Leistungen am Markt wirtschaftlich erfolgreich sind. Zu den Dienstleistungen gehören insbesondere Produktnutzung, Dienstleistung/Beratung, Verkauf/Vermietung von Hard- und Software sowie Leasinggeschäft.

Zum 1. Januar 2020 hatte die regio iT den IT-Geschäftsbetrieb vom Civitec Zweckverband für kommunale Informationstechnik, Siegburg, (Civitec), im Wege eines Asset-Deals erworben. Die regio iT firmiert weiterhin unter dem am Markt etablierten Namen. Civitec war als strategischer Partner und Kunde bereits bisher mit einem Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT beteiligt und stockt im Gegenzug seine Anteile an der regio iT auf 18 Prozent der Geschäftsanteile auf. Drei Prozent der Anteile erfolgen durch den Verkauf von Anteilen der E.V.A. an Civitec. Im Berichtsjahr 2021 hat die E.V.A. weitere ein Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT der regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G. mit Vertrag vom 9. September 2021 verkauft. Seitdem hält die E.V.A. nun 37,64 Prozent der Geschäftsanteile an der regio iT.

Des Weiteren hält die E.V.A. unverändert 5,9 Prozent der Geschäftsanteile an der gewoge AG, Aachen, (gewoge).

Das Dienstleistungsgeschäft der E.V.A. basiert auf den mit den Konzerngesellschaften abgeschlossenen Dienstleistungsverträgen für kaufmännisch-administrative Tätigkeiten sowie für Gebäudedienstleistungen.

## II. Wirtschaftsbericht

### Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen

Die gesamtwirtschaftliche Lage des Jahres 2023 war geprägt von den Auswirkungen der geopolitischen Spannungen insbesondere durch den andauernden Krieg in der Ukraine und damit verbundenen Unsicherheiten in der Weltwirtschaft. Eine hohe Inflation und die damit einhergehenden Zinserhöhungen der Notenbanken belastete die Weltwirtschaft im Berichtsjahr 2023, der sich auch die wirtschaftliche Entwicklung im Euro-Raum nicht entziehen konnte. Während sich im Jahr 2023 das durchschnittliche Jahreswachstum im Euro-Raum gemäß Angaben der OECD gegenüber 3,4 Prozent im Vorjahr auf nunmehr 0,6 Prozent deutlich verlangsamt hat, liegt das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) in Deutschland gemäß dem Statistischen Bundesamt sogar um 0,3 Prozent niedriger als im Vorjahr (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2024). Ursächlich für die Rezession der deutschen Wirtschaft sind der private Konsumrückgang infolge verminderter Kaufkraft sowie hohe Bau- und Kreditkosten bei mangelnden Arbeitskräften und hohen Energiepreisen, die die Investitionen im Baugewerbe und in energieintensiven Sektoren dämpfte. (Quelle: EU-Kommission, Economic Forecast for Germany, 15. Februar 2024).

Die Entwicklung des Leitzinses war bereits im Jahr 2022 von einer schrittweisen Erhöhung durch die Europäische Zentralbank (EZB) geprägt, die im Jahr 2023 weiter fortgesetzt wurde. Nach insgesamt zehn Erhöhungen in Folge pausiert der Leitzins seit dem 26. Oktober 2023 bei 4,5 Prozent. Dabei hat die Erhöhung des Leitzinses in Bezug auf die Inflationsentwicklung auch eine entsprechende Wirkung entfaltet. Während die Teuerungsrate in der Eurozone im Juni 2023 noch bei 5,5 Prozent lag,

ging sie im Dezember 2023 auf 3,4 Prozent zurück und erreichte im Februar 2024 einen Wert von 2,6 Prozent. In Deutschland hat sich die Inflation laut Statistischem Bundesamt von 6,4 Prozent im Juni 2023 auf zwischenzeitlich 2,5 Prozent im Februar 2024 verringert (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 270 vom 11. Juli 2023 und Pressemitteilung Nr. 094 vom 12. März 2024).

Trotz der Belastungen und dem Ausmaß an Unsicherheit im Jahre 2023 hat sich der Arbeitsmarkt im Jahr 2023 vergleichsweise gut behauptet. Die Arbeitslosigkeit hat sich von Januar bis im Dezember 2023 um lediglich 0,4 Prozent erhöht. Im Jahresdurchschnitt 2023 waren rund 45,93 Millionen Menschen mit Arbeitsort in Deutschland erwerbstätig und damit so viele wie noch nie zuvor. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Presseinfo Nr. 2 vom 3. Januar 2024). Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes ist die jahresdurchschnittliche Zahl der Erwerbstätigen im Jahr 2023 gegenüber dem Vorjahr um 333.000 Personen bzw. 0,7 Prozent gestiegen (Quelle: Destatis, Pressemitteilung Nr. 019 vom 15. Januar 2024).

Dagegen ist der Energieverbrauch in Deutschland im Jahr 2023 um 7,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen und liegt mit 368,2 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (Mio. t SKE) auf einem historischen Tief. Die Ursache liegt gemäß der Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen (AG Energiebilanzen) im Rückgang der wirtschaftlichen Leistung, besonders in energieintensiven Produktionszweigen. Nur 0,5 Prozent führt die AG Energiebilanzen auf die gegenüber dem Jahr 2022 leicht wärmere Witterung zurück.

Der Erdgasverbrauch ist im Jahr 2023 um knapp 4,3 Prozent auf rund 90,1 Mio. t SKE zurückgegangen. Hauptursache für den Nachfragerückgang waren Einsparungen in der In-

dustrie, in privaten Haushalten und im Bereich Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (GHD). Die Witterung war nur geringfügig für den Rückgang verantwortlich. Für das Gesamtjahr 2023 rechnet die AG Energiebilanzen mit einem Rückgang der energiebedingten CO<sub>2</sub>-Emissionen insbesondere bei den fossilen Energieträgern von ca. 10 Prozent bzw. etwa 66 Millionen Tonnen. Der Beitrag der Erneuerbaren Energien erhöhte sich im Jahr 2023 insgesamt um 2,3 Prozent, wobei Strom aus Windenergieanlagen mit 15 Prozent bzw. aus Wasserkraft mit 11 Prozent den größten Anteil erreichten (Quelle: AG Energiebilanzen e.V., Pressedienst vom 20. Dezember 2023).

Die Verbraucherpreise in Deutschland haben sich im Jahresdurchschnitt 2023 um 5,9 Prozent gegenüber 2022 erhöht. Die Inflationsrate für das Jahr 2023 lag damit unter dem historischen Höchststand des Jahres 2022. Sie ist mit knapp 6 Prozent aber weiterhin auf einem hohen Stand. Die Jahresteuersatzrate ohne Berücksichtigung von Energie und Nahrungsmitteln, häufig auch als Kerninflation bezeichnet, lag 2023 bei +5,1 Prozent, nach +3,8 Prozent im Jahr 2022, und hat sich im Vergleich zum Vorjahr damit verstärkt. Diese Kenngröße verdeutlicht auch, dass die Teuerung in anderen Güterbereichen im Jahresdurchschnitt 2023 ebenfalls hoch war. Die Preise für Dienstleistungen insgesamt stiegen 2023 im Vergleich zum Vorjahr mit 4,4 Prozent unterdurchschnittlich. Die für diese Entwicklung bedeutsamen Nettokaltmieten verteuerten sich im Jahresdurchschnitt um 2 Prozent. Unter dem Jahresdurchschnitt für 2023 lag auch die Preisentwicklung im öffentlichen Personennahverkehr, hier wirkte sich insbesondere die Einführung des Deutschlandtickets aus (Quelle: Statistisches Bundesamt, Pressemitteilung Nr. 020 vom 16. Januar 2024).

Der VDV (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) meldet in seiner Bekanntmachung vom 30. Januar 2024 zusammenfassend die folgende ÖPNV-Bilanz 2023: Fahrgastzahlen erholen sich weiter, Kosten bleiben hoch, eine Rekordzahl bei angemeldeten Ausbau- und Modernisierungsprojekten, rund elf Millionen Menschen besitzen ein Deutschland-Ticket. Nach Berechnungen des VDV waren 2023 rund 9,5 Milliarden Fahrgäste in Deutschland mit Bussen und Bahnen unterwegs. Damit hat sich die Nachfrage im deutschen ÖPNV nach jahrelangen pandemiebedingten Einbrüchen im vergangenen Jahr weiter erholt. Gleichzeitig blieben im letzten Jahr die Kosten für Personal, Strom und Diesel weiter auf hohem Niveau. 2023 zahlte die Branche im Vergleich zu 2020 im Schnitt 57 Prozent mehr für ihren Strom und 54 Prozent mehr für Dieselmotorkraftstoff. Die Ticketpreise sind hingegen, bedingt vor allem durch das 9-Euro-Ticket und das Deutschland-Ticket, im selben Zeitraum branchenweit um durchschnittlich über 23 Prozent gesunken. Hohe Kosten bei sinkenden Einnahmen stellen die Branche daher vor große wirtschaftliche Herausforderungen (Quelle: VDV, Verband Deutscher Verkehrsunternehmen, Pressemitteilung, Berlin 30. Januar 2024).

## **Geschäftsverlauf**

Im Folgenden werden die Geschäftsverläufe der dezentral gesteuerten Konzerntochtergesellschaften auf Basis von deren Einzelabschlüssen beschrieben:

### **ASEAG:**

Das Ergebnis der ASEAG in Höhe von -33,8 Mio. Euro ist um rund +8,8 Mio. Euro besser als geplant ausgefallen. Nachdem bereits im Geschäftsjahr 2022 die negativen Auswirkungen der Corona-Pandemie deutlich rückläufig waren, setzte sich dieser Trend im ersten Quartal des Geschäftsjahres 2023 fort und die Umsatzzahlen erreichten bereits annähernd die Umsatz- und Fahrgastwerte des „Vor-Corona-Jahres“ 2019. Im zweiten Quartal 2023 wurde dann das Deutschlandticket auch im AVV-Verbundgebiet eingeführt, sodass unmittelbare Vergleiche mit Vorjahren nicht mehr möglich sind. Die klassische Monatskarte (Abo bzw. freier Verkauf) für das Stammgebiet Aachen erreicht im Dezember 2023 lediglich noch etwa 15 Prozent seiner bisherigen Umsatzwerte. Hier spiegelt sich eine seit der Einführung des Deutschlandtickets stattfindende Wechselbewegung von den bisherigen Dauerkarten hin zum Deutschlandticket wider. Das Deutschlandticket hat nach dem 9-Euro-Ticket für eine weiterhin hohe mediale Aufmerksamkeit für den ÖPNV gesorgt. Dies ist aus Marketingsicht sehr zu begrüßen, da sich nun auch Kundengruppen mit dem ÖPNV intensiver beschäftigen, die diesem bisher eher zurückhaltend gegenüberstanden. Im Hinblick auf Fahrgastzahlen hat das Deutschlandticket aus Sicht der ASEAG jedoch nicht zu der nachhaltigen Sogwirkung geführt, wie sie sich gegebenenfalls in den großen Metropolen mit entsprechender Verkehrsinfrastruktur eingestellt hat.

Die Gesamtleistung der ASEAG liegt mit 89,4 Mio. Euro circa 4,3 Mio. Euro über dem Planansatz. Wesentliche Ursache ist u.a. die Zuführung von Restmitteln aus der AVV-Fahrzeugförderung 2022 (circa 3,5 Mio. Euro). Dabei fielen die Restmittel aufgrund der Investitionsverschiebungen der E-Busse in die Förderjahre 2023 und 2024 besonders hoch aus.

Die Planung ging von deutlich höheren Energiekosten aus. Insgesamt wurden hier circa 3,2 Mio. Euro weniger aufgewendet. Hierbei kommen zwei Effekte zum Tragen. Zum einen erfolgte die Planung zum Zeitpunkt sehr hoher Energiekosten und entsprechender Prognosen aufgrund der Ukraine-Krise, die sich letztendlich dann gerade im Strombereich nicht bewahrheitet haben. Zum anderen lag den Annahmen eine Betriebsleistung zugrunde, die dann u.a. aufgrund der Entwicklungen rund um die A544-Sperrung nicht umgesetzt werden konnte.

Sonstige Materialkosten lagen mit 56,3 Mio. Euro etwa 4,2 Mio. Euro unter Planniveau. Hier spiegelt sich auch die Verschiebung von Fahrplanleistungen gegenüber der Planung wider.

Die Kosten für die Personalbeschaffung über die ESBUS Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS) lagen circa 1,4 Mio. Euro unter Plan, da die hohen Personalabgänge der ASEAG nicht vollumfänglich kompensiert werden konnten. Die Personalkosten liegen insgesamt auf Planniveau.

Aufgrund von Investitionsverschiebungen fielen die Abschreibungen um 1,5 Mio. Euro geringer aus als im Planansatz.

Die Sonstigen Aufwendungen überschreiten aufgrund der allgemeinen Preisentwicklung das Planniveau um circa 0,6 Mio. Euro.

Im Finanzergebnis erfolgte eine ungeplante Abschreibung auf den Beteiligungswert der APAG in Höhe von 5 Mio. Euro und die APAG hat ungeplant ihr Ergebnis nicht abgeführt

(1,2 Mio. Euro). Die Abschreibung auf den Beteiligungsbuchwert der APAG wurde im Konzernabschluss im Rahmen der Kapitalkonsolidierung eliminiert. Dem entgegen stehen Zinserträge, die aus dem deutlichen Anstieg der Zinsen im Jahr 2023 resultieren, (0,6 Mio. Euro) sowie ein deutlich geringerer Zinseffekt im Bereich der Pensionsrückstellungen (2,6 Mio. Euro).

### **STAWAG:**

Das Jahresergebnis (EBT) der STAWAG liegt im Geschäftsjahr 2023 infolge einer guten operativen Geschäftsentwicklung und aufgrund außerordentlicher positiver Ergebniseffekte mit rund 73,7 Mio. Euro deutlich oberhalb der ursprünglichen Erwartungen.

Das Jahresergebnis 2023 der STAWAG ist dabei weiterhin von den (energiewirtschaftlichen) Folgen des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine beeinflusst. So haben sich die massiven Preisentwicklungen an den Energiemärkten deutlich positiv insbesondere auf den konventionellen und regenerativen Erzeugungsbereich ausgewirkt.

Im konventionellen Erzeugungsbereich der STAWAG haben die sogenannten Clean-Dark-Spreads im Jahr 2023 eine mit hohen Deckungsbeiträgen verbundene Vermarktung der Kraftwerksscheibe TKL (Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG, Lünen; Anteilsquote: 8,45 Prozent) am Strommarkt ermöglicht, so dass ein positives operatives Ergebnis mit dem Betrieb des Steinkohlekraftwerks in Höhe von rund 21,1 Mio. Euro erzielt werden konnte. Aufgrund der zwischenzeitlich wieder deutlich rückläufigen Spreads ist jedoch ersichtlich, dass der Kraftwerksbetrieb TKL unter Berücksichtigung der Fixkosten in den Folgejahren weiterhin nicht kostendeckend erfolgen kann. Insofern führt die STAWAG die zum Ende des Jahres 2022 bereits bestehende Drohverlustrückstellung für den bis zum angenommenen

Stilllegungszeitpunkt im Jahr 2033 erwarteten defizitären Kraftwerksbetrieb Lünen in Höhe von 64,6 Mio. Euro zum 31. Dezember 2023 weiter fort.

Neben der Beteiligung am Steinkohlekraftwerk Lünen ist die STAWAG mit 16,9 Prozent zudem an der TGH (Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG, Aachen) beteiligt. Im Gegensatz zur TKL besteht zwischen der TGH und den Gesellschaftern kein Stromliefervertrag (PPA-Vertrag). Das Gaskraftwerk wird vielmehr zentral bewirtschaftet und fungiert als reine Finanzbeteiligung der STAWAG. Aus dem von der STAWAG an die TGH gewährten Gesellschafterdarlehen in Höhe von aktuell 11,5 Mio. Euro, das seinerzeit für die vorzeitige Ablösung bestehender Bankdarlehen von den Gesellschaftern der TGH ausgereicht wurde, erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2022 Zinserträge von rund 0,7 Mio. Euro. Hierbei hat die TGH im Laufe des Geschäftsjahres 2023 die gestundeten Zinsen aus den Vorjahren vollständig zurückgeführt, sodass keine weitere Zinsstundung mehr besteht. Es ist davon auszugehen, dass eine Rückführung des ausgereichten Gesellschafterdarlehens sowie Ergebnisabführungen und Rückführungen des Eigenkapitals an die Gesellschafter erst mittelfristig erfolgen werden.

Mit einem Gesellschaftsanteil von 13,7 Prozent ist die STAWAG auch an der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) beteiligt. Geschäftsgrundlage ist hierbei ein zwischen der TGE und den Gesellschaftern bestehender Speichernutzungsvertrag. Im Geschäftsjahr 2023 erzielt die STAWAG mit dem Gasspeicher Epe ein insgesamt ausgeglichenes Ergebnis. Für den Betrachtungszeitraum bis zum Ende des Speicherzugangsvertrags im Jahr 2028 hat die STAWAG in der Vergangenheit bereits Drohverlustrückstellungen gebildet, die sich zum 31. Dezember 2023 auf rund 6,7 Mio. Euro belaufen.

Im Wärmebereich konnten die geplanten Spreads aus der stromoptimierten Vermarktung bei den beiden großen Blockheizkraftwerken (BHKW) Campus Melaten und Schwarzer Weg aufgrund der negativen Preisentwicklungen am Energiemarkt nicht vollumfänglich realisiert werden. Darüber hinaus konnte das neu errichtete BHKW Schwarzer Weg aufgrund von Lieferengpässen der Anlagentechnik im Jahr 2023 erst ein Quartal später als ursprünglich geplant in Betrieb gehen. Diese ergebnismindernden Effekte konnten durch ein gutes Vermarktungsergebnis von CO<sub>2</sub>-Absicherungsgeschäften, den Wegfall der planerisch noch berücksichtigten Gasbeschaffungsumlage und durch einen positiven Sondereffekt bei den Altersversorgungsaufwendungen im Wärmebereich überkompensiert werden.

Die Preisentwicklungen an den Energiemärkten infolge des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine hatten einen wesentlichen Einfluss auf die vertriebliche Stromsparte im Geschäftsjahr 2023. Bereits zum 1. Januar 2023 mussten die Preise im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund massiver Bezugskostensteigerungen erhöht werden. Durch den massiven Verfall der Bezugspreise im Jahresverlauf 2023 hat sich der Wettbewerb deutlich schneller als erwartet intensiviert, womit sich die Kundenentwicklung innerhalb des Berichtsjahres umgekehrt hat. Die Absatzmengen im Tarifkundensegment sind damit im Jahr 2023 auf 272,7 Gigawattstunden (GWh) gesunken, wobei dennoch Umsatzerlöse oberhalb des Vorjahresniveaus erzielt werden konnten. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen an Drittkunden mit 147,9 GWh nur geringfügig unterhalb des Vorjahresniveaus. Ein maßgeblich positiver vertrieblicher Ergebniseffekt ergibt sich aus Korrekturen der Vorjahresergebnisse aufgrund von Hochrechnungskorrekturen und Mehr-/Mindermengenabrechnungen. Im Segment der Industrie- und Geschäftskunden liegt das Ergebnisniveau

neben den vorgenannten Entwicklungen in Standardverträgen auch durch ungeplante Abschlüsse von Sonderverträgen oberhalb des Planniveaus.

Da aufgrund der beschriebenen Marktsituation die Weitergabe von gestiegenen Kosten nicht möglich ist, hat die STAWAG für diesen Sachverhalt eine entsprechende Drohverlustrückstellung zum 31. Dezember 2023 in Höhe von 4,8 Mio. Euro gebildet.

Die Verkaufspreise in der vertrieblichen Gassparte sind bereits im November 2022 erhöht worden, während Preise im Tarifkundensegment im Jahresverlauf 2023 konstant gehalten werden konnten. Auch hier führte der anschließende Bezugspreisverfall zu einer Intensivierung des Wettbewerbs. Die Absatzmengen lagen mit 617,6 GWh auch hier aufgrund der oben genannten Kundenentwicklungen bei ähnlicher Witterung deutlich unterhalb der Werte des Vorjahres. Im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen mit 475,7 GWh leicht oberhalb des Vorjahresniveaus. Insbesondere vorgenommene Korrekturen der Vorjahresergebnisse aufgrund von Hochrechnungskorrekturen und Mehr-/Mindermengenabrechnungen haben sich positiv auf den erzielten Deckungsbeitrag in der vertrieblichen Gassparte ausgewirkt.

Im Rahmen der Zusammenführung der beiden ehemaligen Netzbetreiber INFRAWEST und regionetz in die gemeinsame große Netzgesellschaft Regionetz erfolgt seit dem Jahr 2018 eine Übertragung der Erlösobergrenze der ehemaligen regionetz auf die Regionetz, womit die Netzbetreibertätigkeit der ehemaligen INFRAWEST, formell ergänzt um die neuen Netzgebiete, fortgeführt wird.

Im Stromnetz bildet das Jahr 2023 das fünfte und letzte Jahr der 3. Regulierungsperiode. Der jeweilige Bescheid zur Festlegung der kalenderjährlichen Erlösobergrenzen der ehemaligen

Gesellschaften INFRAWEST und der ehemaligen regionetz liegen in der Zwischenzeit bereits vor und sind nach zwischenzeitlichen Beschwerdeverfahren mittlerweile auch rechtskräftig. Die im jeweiligen Bescheid enthaltenen Effizienzwerte für die dritte Regulierungsperiode Strom liegen für die ehemalige INFRAWEST bei 92,22 Prozent und für die ehemalige regionetz bei 94,94 Prozent. Im Jahr 2016 wurde eine umfassende Novellierung der Anreizregulierung beschlossen. Im Ergebnis wurde der bis dahin in der Regulierung angelegte Zeitverzug zwischen der Tötigung von Investitionen und den erstmaligen Rückflüssen über Erlösobergrenzen vollständig abgeschafft und durch ein System eines jährlichen Kapitalkostenausgleichs abgelöst. Die Änderungen entfalten ihre Wirkung seit Beginn der dritten Regulierungsperiode (Gas 2018, Strom 2019). Im Strombereich hat die Regionetz hieraus resultierend für die Jahre 2019 bis 2024 zum 30. Juni des jeweiligen Vorjahres, Anträge auf Einbeziehung eines Kapitalkostenaufschlags entsprechend den Vorgaben aus dem § 10 a ARegV bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Ausgehend von den Erlösobergrenzenfestlegungen der Behörden, deren Gültigkeit sich grundsätzlich auf die gesamte Regulierungsperiode bezieht, haben die Netzbetreiber jährlich zum 1. Januar eines Jahres die Erlösobergrenze nach § 4 Abs. 3 Satz 1 ARegV anzupassen und die hieraus resultierenden Netzentgelte samt Verprobungsrechnung sowie die schriftliche Dokumentation der Entgeltermittlung bei den Regulierungsbehörden vorzulegen. Das jeweilige Ergebnis aus der von der Regulierungsbehörde zuletzt durchgeführten Kostenprüfung stellt hierbei das Ausgangsniveau für die dritte Regulierungsperiode dar. Darauf entfalten im Laufe der Regulierungsperiode die individuellen und generellen Effizienzvorgaben anhand des jeweils festgelegten Effizienzwerts und des generellen sektoralen Produktivitätsfaktors eine erlösenkende Wirkung. Im Strombereich liegt

die zulässige Erlösobergrenze der Regionetz für das Jahr 2023 nach diesen Anpassungen mit 151,5 Mio. Euro etwa 12,5 Mio. Euro über dem Niveau aus dem Vorjahr. Die Steigerung lässt sich insbesondere mit einer Erhöhung der volatilen Kosten sowie mit einem höheren Kapitalkostenaufschlag, höheren Personalausgaben und höheren vorgelagerten Netzkosten begründen. Im Jahr 2023 konnte die Kostenprüfung der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode im Strombereich abgeschlossen werden, sodass hierdurch das genehmigte Ausgangsniveau gesichert als eine wesentliche Größe der künftigen Erlösobergrenzen als gesichert angesehen werden kann. Mit Beschluss vom 21. Februar 2018 für Gas bzw. 28. November 2018 für Strom hat die Bundesnetzagentur (BNetzA) schließlich auch die Festlegung des allgemeinen sektoralen Produktivitätsfaktors für die dritte Regulierungsperiode im Gasbereich mit einer Höhe von 0,49 Prozent und im Strombereich von 0,9 Prozent p.a. abgeschlossen. Die Regionetz hat – wie zahlreiche weitere Netzbetreiber auch – Beschwerde gegen dieses Festlegungsverfahren beim Oberlandesgericht (OLG) Düsseldorf eingereicht. Die Gerichtsverfahren zum generellen sektoralen Produktivitätsfortschritt Strom und Gas sind nach aktuellem Stand noch nicht vollkommen rechtskräftig abgeschlossen, sodass hierzu die weitere Entwicklung der entsprechenden Beschwerdeverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVG) und des Bundesgerichtshofs (BGH) abzuwarten bleibt. Im Rahmen der Festlegung des so genannten Eigenkapitalzinssatzes I (EK I) für die vierte Regulierungsperiode (2023 bis 2027 für Gas und 2024 bis 2028 für Strom) hat die BNetzA den Eigenkapitalzinssatz für Neuanlagen zunächst auf 5,07 Prozent und für Altanlagen auf 3,51 Prozent – jeweils vor Körperschaftsteuer – festgelegt. Aufgrund des allgemein gesunkenen Zinsniveaus sind diese Werte niedriger als die in der dritten Regulierungsperiode festgelegte Eigenkapitalverzin-

sung in Höhe von 6,91 Prozent für Neuanlagen bzw. 5,12 Prozent für Altanlagen. Zahlreiche Netzbetreiber, darunter auch die Regionetz, haben Rechtsbeschwerde gegen die Festlegung der zulässigen Eigenkapitalverzinsung eingelegt, da aus Sicht der Branche unter anderem die Berechnung der Marktrisikoprämie durch die BNetzA fehlerhaft erfolgt ist. Diese Festlegung ist auch weiterhin noch nicht rechtskräftig, da die BNetzA vor dem BGH Rechtsbeschwerde gegen das Urteil des OLG Düsseldorf eingelegt hat, das den Netzbetreibern in ihrer ursprünglichen Klage im August 2023 in erster Instanz Recht gegeben hatte. Mit einem Urteil durch den BGH ist nunmehr im Laufe des Jahres 2024 zu rechnen. Im Rahmen des Gesetzes zur Einführung einer Strompreisbremse hatte der Gesetzgeber der BNetzA im Jahr 2022 unter anderem im Energiewirtschaftsgesetz die Möglichkeit gegeben, abweichend von der bisherigen Praxis, einen Bezugszeitraum bzw. Bezugsgrößen für die Ermittlung der kalkulatorischen Fremdkapitalzinssätze von Verteilnetzbetreibern zu setzen. In Bezug auf die vierten Regulierungsperioden (2023 bis 2027 im Gas bzw. 2024 bis 2028 im Strom) hat die BNetzA im Jahr 2023 auf dieser Basis weitere regulatorische Festlegungen auf den Weg gebracht. So hat die Behörde im Laufe des Jahres u. a. eine Erhöhung der Zinssätze für den Fremd- und Eigenkapitalanteil im Kapitalkostenaufschlag für Neuinvestitionen in die Strom- und Gasnetze ab dem Jahr 2024 angekündigt bzw. teilweise auch schon umgesetzt. Damit soll zum einen der aktuellen Zinsentwicklung Rechnung getragen und zum anderen auch Anreize für Investitionen in den Netzausbau gesetzt werden, um die Energiewende weiter voranzutreiben. Diese Festlegungen gelten jedoch nur für Neuinvestitionen ab dem Jahr 2024 und stellen zusätzlich auch nur eine Übergangsregelung dar, die auf die Dauer der vierten Regulierungsperiode beschränkt ist, sodass die Regionetz gegen die bereits erlassene Festlegung für den Fremdkapitalanteil im Kapitalkostenauf-

schlag für Neuinvestitionen in die Strom- und Gasnetze ab 2024 Beschwerde eingelegt hat. Das Festlegungsverfahren zur Bestimmung des kalkulatorischen Eigenkapitalzinssatzes für Neuanlagen im Kapitalkostenaufschlag ist zum aktuellen Stand noch nicht abgeschlossen; die Stellungnahmefrist endete am 6. Dezember 2023. Die finale Festlegung hierzu steht momentan noch aus. Beide Festlegungsverfahren sind grundsätzlich positiv zu beurteilen. Die aus den Festlegungsverfahren resultierenden Zinssätze liegen zwar deutlich oberhalb derjenigen Werte, die sich ohne diese Anpassung ergeben hätten, sodass hierdurch zumindest eine teilweise Kompensation der zur vierten Regulierungsperiode deutlich gesunkenen Eigenkapitalzinssätze erfolgen wird. Im Zuge des seit dem Ukrainekrieg deutlich gestiegenen Zinsniveaus sind allerdings weitere Anpassungen am regulatorischen Rechtsrahmen, insbesondere auch für die Bestandsanlagen, dringend erforderlich, so dass die Regionetz Ende Dezember 2023 einen individuellen Antrag nach § 29 Abs. 2 EnWG auf Änderung und Neubescheidung der Eigenkapitalzinssätze bei der BNetzA eingereicht hat. In welcher Weise die Behörde auf diese Anträge reagieren wird, bleibt aktuell abzuwarten. Mit dem generellen sowie auch individuellen Produktivitätsfaktor für Gas und Strom sind jedoch auch einige weitere regulatorische Großparameter zur vierten Regulierungsperiode weiterhin noch nicht abschließend festgelegt beziehungsweise befinden sich aktuell immer noch in der Konsultation mit der Behörde.

Das Jahr 2023 bildete im Gasbereich das erste Jahr der vierten Regulierungsperiode der Anreizregulierung. Ein verbindlicher Bescheid zur Erlösbergrenzenfestlegung für die Jahre 2018 bis 2022 liegt bis zum heutigen Zeitpunkt nur für die ehemalige INFRAWEST vor. Für die Erlösbergrenzenfestlegung der ehemaligen regionetz zur dritten Regulierungsperiode stehen die Anhörung sowie die Erteilung

eines verbindlichen Bescheids aktuell auch nach Abschluss der Regulierungsperiode zum 31. Dezember 2022 weiterhin aus. Die entsprechende Kostenprüfung konnte aber bereits im Jahr 2022 abgeschlossen werden, sodass das hieraus resultierende Ausgangsniveau als wesentlicher Bestandteil der künftigen Erlösberggrenzenfestlegung als gesichert angesehen werden kann. Im Gasbereich haben die ehemalige INFRAWEST und die ehemalige regionetz zum 30. Juni 2017, erstmals entsprechend den Vorgaben aus dem § 10 a ARegV, einen Antrag auf Kapitalkostenaufschlag bei der zuständigen Regulierungsbehörde eingereicht. Für die Jahre 2019 – 2024 wurden jeweils zum 30. Juni des Vorjahres entsprechende Folgeanträge gestellt. Der Effizienzwert der Regionetz für die vierte Regulierungsperiode wurde in der Erlösberggrenzenanpassung 2023 noch mit 87 Prozent angenommen; der mittlerweile durch die BNetzA mitgeteilte vorläufige Effizienzwert liegt bei 91,38 Prozent. Da allerdings im Laufe des Jahres 2023 der BGH in einem Beschwerdeverfahren zur dritten Regulierungsperiode einige grundsätzliche Feststellungen zur sachgerechten Ermittlung der Effizienzwerte getroffen hat, ist davon auszugehen, dass sich der vorläufige Effizienzwert der Regionetz im Laufe des weiteren Festlegungsverfahrens nochmals ändern wird. Im Gasbereich liegt die vorläufige Erlösberggrenze der Regionetz unter Berücksichtigung des angenommenen Effizienzwerts und des Kapitalkostenausgleichs für das Jahr 2023 mit 82,7 Mio. Euro etwa 4,7 Mio. Euro über dem Niveau der für das Jahr 2022 genehmigten Erlösberggrenze. Die Steigerung lässt sich insbesondere auf ein höheres Ausgangsniveau in der neuen Regulierungsperiode sowie höhere vorgelagerte Netzkosten und höhere Personalzusatzkosten zurückführen, die einem etwas niedrigeren Kapitalkostenaufschlag gegenüberstehen.

Einen wesentlichen Schwerpunkt der Investitionstätigkeit im Stromnetz bildeten im Geschäftsjahr 2023 zahlreiche Maßnahmen in Umspannwerken. So wurde die Schutz- und Leittechnik im Umspannwerk West erneuert und diverse Mittelspannungsschaltanlagen und Netztransformatoren getauscht. Zudem hat das Projekt zum Umbau der 110 kV Schaltanlage im Umspannwerk Süd begonnen. Weitere Schwerpunkte waren eine große Maßnahme in Stolberg-Mausbach, bei der fehleranfällige Mittelspannungskabel ausgetauscht wurden, sowie die Durchführung diverser Netzverstärkungen im Bereich der Niederspannung in Aachen.

Im Gasbereich lagen die Schwerpunkte insbesondere in der alters- und zustandsbedingten Erneuerung zahlreicher Versorgungsleitungen, vor allem in Aachen und in Eschweiler. Die Erschließung neuer Netzgebiete hat nicht stattgefunden, dagegen wurden aber wieder angestiegene Anschlussanfragen in bereits erschlossenen Gebieten bearbeitet und umgesetzt. Über Verdichtungsmaßnahmen hinaus wurden auch systemische Netzerweiterungen, insbesondere Anbindeleitungen vorgenommen.

Im Wasserbereich wurden im Jahr 2023 maßgeblich alters- und zustandsbedingte Leitungserneuerungen in Aachen vorgenommen.

Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 2023 ohne Berücksichtigung aktivischer abgesetzter Kapitalzuschüsse rund 67,6 Mio. Euro in das Anlagevermögen der Regionetz investiert – wobei auf das Stromnetz 22,5 Mio. Euro, auf das Gasnetz 17 Mio. Euro und auf das Wassernetz 12,2 Mio. Euro entfielen. Weitere Investitionen in Höhe von insgesamt rund 15,9 Mio. Euro erfolgten im Bereich der Telekommunikation, des Netzleitsystems, der Straßenbeleuchtung sowie des allgemeinen Verwaltungsbereichs.

Das Ergebnis vor Steuern (EBT) der Regionetz beträgt im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 etwa 37 Mio. Euro. Das Ergebnis wird über den

bestehenden Ergebnisabführungsvertrag (EAV) – nach Abzug der Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin EWW in Höhe von 9,8 Mio. Euro und den darauf entfallenden Steuern in Höhe von 1,8 Mio. Euro – mit einem verbleibenden Betrag von 25,4 Mio. Euro an die STAWAG abgeführt.

Im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG Energie GmbH, Aachen, (STAWAG Energie) die Erweiterung des bestehenden Windparks in Simmerath-Lammersdorf um zwei weitere Windkraftanlagen mit einer Leistung von insgesamt 11,2 Megawatt auf den Weg gebracht. Die zusätzliche Produktion von rund 26 Millionen Kilowattstunden grünen Stroms reicht aus, um rechnerisch rund 7.400 Haushalte klimafreundlich mit Strom zu versorgen. Der bereits bestehende Windpark mit sieben Anlagen und einer Leistung von 23,1 Megawatt wurde bereits Ende 2016 in Betrieb genommen.

Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG Energie mit einem Anlagenportfolio von knapp 25 Windparks, zwölf Solarparks und noch einigen kleineren Anlagen ein EBT von 18,8 Mio. Euro erzielt und die Erwartungen damit deutlich übertroffen. Wesentlicher Treiber für die Ergebnisverbesserung sind deutlich über Plan liegende Beteiligungsergebnisse der Wind- und Solarparks, für die vor allem die höheren Marktwerte dieser Projektgesellschaften im abgelaufenen Geschäftsjahr verantwortlich sind. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die getätigten Investitionen der STAWAG Energie haben sich im Geschäftsjahr 2023 auf rund 14,4 Mio. Euro belaufen.

Die FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR) hat im Geschäftsjahr 2023 von einem wieder deutlich ansteigenden Zählpunkt-wachstum im externen Dienstleistungsgeschäft profitiert. Trotz höheren Aufwendungen für die Altersversorgung, die sich durch den aktuellen

GWE-Abschluss mit Wirkung ab dem 1. Februar 2025 ergeben und zum Teil durch einen unter Plan liegendem Mitarbeiterbestand kompensiert werden konnten, erzielt die FACTUR bei einem Gesamtumsatz von 33,4 Mio. Euro ein EBT von rund 4,9 Mio. Euro und liegt damit deutlich oberhalb der ursprünglichen Planannahme. Der Gewinn wird über den bestehenden EAV vollständig an die STAWAG abgeführt.

Die WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) an der die STAWAG neben der enwor zu 50 Prozent beteiligt ist, wird im Jahr 2023 Umsatzerlöse von 28,3 Mio. Euro und ein Ergebnis nach Steuern (EAT) von voraussichtlich rund 2,9 Mio. Euro erzielen. Im Geschäftsjahr 2022 hat die WAG einen Jahresüberschuss von rund 2,3 Mio. Euro erwirtschaftet, wovon jeweils 1 Mio. Euro an die beiden Gesellschafter STAWAG und enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, (enwor) ausgeschüttet und ein Betrag von rund 0,3 Mio. Euro auf neue Rechnung vorgetragen wurde.

Die STAWAG ist mit einem Anteil von 25,1 Prozent an den Stadtwerken Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) beteiligt. Die SW Lübeck hatte zum 1. Juli 2020 mit der Hansewerk AG, Quickborn, (Hansewerk) einen neuen regional ausgerichteten gemeinsamen Netzverbund gegründet. Die bisherige Netz Lübeck GmbH, Lübeck, (Netz Lübeck) wurde dabei in die Trave-Netz GmbH, Lübeck, (TraveNetz) umfirmiert. Rund 100 bisher von der Hansewerk bzw. ihren Tochtergesellschaften, der Schleswig-Holstein Netz AG, Quickborn, (SHNG) und der HanseGas GmbH, Quickborn, (HNG), betreuten Konzessionsgebiete wurden im Zuge der Kooperation in die bisherige Netz Lübeck eingebracht und werden von dieser gemeinsam mit den dort bereits bestehenden Netzgebieten betrieben. Im Gegenzug hat die SHNG eine Beteiligung von 25,1 Prozent an der TraveNetz erhalten, wobei die übrigen 74,9 Prozent von den SW Lübeck

gehalten werden. Die TraveNetz betreibt die Verteilnetze für Strom und Gas im Wirtschaftsraum Lübeck sowie Umgebung und nimmt die Aufgaben der grundzuständigen Messstellenbetreiberin wahr. Sie verfügt hierfür über das Eigentum an den Strom- und Gasnetzen, die Wegenutzungsrechte in Form von 124 Konzessionsverträgen und alle erforderlichen Betriebseinheiten. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die SW Lübeck ein EBT vor Ausgleichszahlung an die außenstehende Gesellschafterin STAWAG in Höhe von 35,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG eine Ausgleichszahlung aus dem Geschäftsjahr 2022 in Höhe von rund 4,9 Mio. Euro phasenverschoben vereinnahmt. Insgesamt hat die STAWAG aus der Beteiligung an den SW Lübeck bislang etwa 39 Mio. Euro an Ausgleichszahlungen erhalten.

Die STAWAG hält seit 2013 als strategischer Partner der Stadtwerke Rösrath – Energie GmbH, Rösrath, (SWR-E) einen Gesellschafteranteil von 49 Prozent. Geprägt ist das Jahresergebnis der Gesellschaft durch die Geschäftsfelder Energieversorgung und Bäderbetrieb. Zum 1. Januar 2017 haben die SWR-E das Stromnetz in Rösrath übernommen und gleichzeitig einen Pacht- und Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. In der für die STAWAG im Rahmen eines bestehenden Tracking-Stock-Modells relevanten Versorgungssparte wird für das Geschäftsjahr 2023 ein positives Ergebnis von rund 1,6 Mio. Euro erwartet. Insgesamt wird der erwirtschaftete Gewinn der SWR-E voraussichtlich rund 1,3 Mio. Euro betragen. Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,6 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2022 phasenverschoben vereinnahmt.

Darüber hinaus ist die STAWAG seit 2013 an der enewa GmbH, Wachtberg, (enewa) mit einem Gesellschafteranteil von 49 Prozent beteiligt.

Die Gesellschaft ist in den Geschäftsfeldern Wasserversorgung, Energieversorgung und im Bäderbetrieb aktiv. Die enewa hat überdies zum 1. Januar 2018 das Eigentum des Stromnetzes in Wachtberg erworben und gleichzeitig einen Pacht- und einen Dienstleistungsvertrag mit der Regionetz abgeschlossen. Zudem hat die enewa zum 1. Januar 2021 das Wassernetz im Ortsteil Niederbachem von der Energie- und Wasserversorgung Bonn/Rhein-Sieg GmbH, Bonn, erworben. Die Gesellschaft erwartet für das Geschäftsjahr 2023 ein Ergebnis von insgesamt rund 0,4 Mio. Euro. Das für die STAWAG im Rahmen des Tracking-Stock-Modells relevante Ergebnis des Versorgungsbereichs beläuft sich dabei auf rund 0,8 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2023 hat die STAWAG von der enewa ein (anteiliges) Beteiligungsergebnis in Höhe von 0,3 Mio. Euro aus dem Geschäftsjahr 2022 phasenverschoben vereinnahmt.

Ebenso hat sich die STAWAG bereits im Jahr 2015 mit 49 Prozent als strategischer Partner an der Gemeindewerke Ruppichterorth GmbH, Ruppichterorth, (GWR) beteiligt. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die GWR ein Ergebnis von rund 0,3 Mio. Euro. Im Geschäftsjahr 2023 wurde keine Ausschüttung des Jahresergebnisses 2022 vorgenommen. Zur Stärkung der Kapitalstruktur wurde das Jahresergebnis 2022 in Höhe von 327 TEuro vollständig thesauriert.

Aus dem im Geschäftsjahr 2022 erzielten Jahresüberschuss der Trianel GmbH, Aachen, (Trianel) in Höhe von rund 27,6 Mio. Euro hat die STAWAG gemäß ihrer Anteilsquote von 11,97 Prozent ein phasenverschobenes Beteiligungsergebnis von 3,3 Mio. Euro sowie eine Ausschüttung aus der Gewinnrücklage von 2,4 Mio. Euro im Jahr 2023 vereinnahmt. Für das Geschäftsjahr 2023 erwartet die Trianel ein Ergebnis vor Steuern (EBT) von rund 79,7 Mio. Euro.

Der Anteil der STAWAG am Telekommunikationsanbieter NetAachen GmbH, Aachen, (NetAachen) liegt bei 16 Prozent. Für das Geschäftsjahr 2023 wird die NetAachen nach vorläufigen Angaben einen Jahresüberschuss von 3,1 Mio. Euro erwirtschaften. Die STAWAG vereinnahmt im Geschäftsjahr 2023 ein anteiliges Beteiligungsergebnis aus dem Jahr 2022 in Höhe von rund 0,5 Mio. Euro.

Die Technischen Werke Naumburg GmbH, Naumburg, (TWN), an der die STAWAG einen Anteil von 2 Prozent hält, wird im Geschäftsjahr 2023 einen voraussichtlichen Jahresüberschuss von rund 3 Mio. Euro erzielen. Zur Stützung der Liquiditätssituation wurde jedoch ein Gesellschafterbeschluss gefasst, der für die Jahre 2022 bis einschließlich 2025 eine Theaurierung der Jahresergebnisse vorsieht. Um den bestehenden EAV zwischen der TWN und der Kurbetriebsgesellschaft Naumburg/Bad Kösen mbH, Naumburg, nicht zu gefährden ist eine temporäre Reduzierung des festen Ausgleichsbetrags auf 9,8 TEuro sowie ein Verzicht auf die flexiblen Ausgleichsbeträge für die Jahre 2022 - 2025 vorgesehen. Insofern vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2023 sowie in den Jahren 2024 bis einschließlich 2026 einen phasenverschobenen Ergebnisbeitrag in Höhe von lediglich 400 Euro (reduzierter fester Ausgleichsbetrag).

Die STAWAG hat im Jahr 2021 fünf Prozent ihrer Gesellschafteranteile an der smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen, (smartlab) an die Thüga Aktiengesellschaft verkauft und hält seitdem einen Gesellschaftsanteil in Höhe von 30 Prozent. Der im Jahr 2022 erzielte Jahresfehlbetrag der smartlab in Höhe von 0,4 Mio. Euro wurde auf neue Rechnung vorgetragen. Für das Geschäftsjahr 2023 geht die smartlab von einem Jahresfehlbetrag in Höhe von rund 0,2 Mio. Euro aus.

Anfang 2018 hat sich die STAWAG zusammen mit der Mark-E Aktiengesellschaft, Hagen, (Mark-E) mit jeweils 50 Prozent an der neu gegründeten PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG, Hagen, (PSW Rönkhausen) beteiligt. Die Gesellschaft ist Eigentümerin des Pumpspeicherkraftwerks (PSW) mit einer installierten Leistung von 140 MW. Das PSW ist an die Mark-E verpachtet, die auch den kommerziellen Betrieb der Anlage verantwortet. Aus der Pachtgesellschaft vereinnahmt die STAWAG im Jahr 2023 eine vertraglich fixierte Garantiedividende von jährlich 375 TEuro.

Unter Berücksichtigung der vereinnahmten Beteiligungserträge erzielt die STAWAG im Geschäftsjahr 2023 einen Gewinn vor Ergebnisabführung von insgesamt rund 73,7 Mio. Euro und übertrifft die ursprünglichen Erwartungen von 60,8 Mio. Euro damit deutlich. Der Gewinn von 73,7 Mio. Euro soll vollständig an die E.V.A. abgeführt werden.

#### **regio iT:**

Mit 37,6 Prozent Beteiligung der E.V.A. an der regio iT, gehört die regio iT zu den wesentlichen nicht konsolidierten Teilungsunternehmen der E.V.A.

Die regio iT hat aus ihrem Jahresüberschuss 2022 ein Beteiligungsergebnis in Höhe von 3,2 Mio. Euro (Plan 2,8 Mio. Euro) an die E.V.A. im Jahr 2023 ausgeschüttet und liegt damit um 0,4 Mio. Euro über Planniveau.

Die gesamten Umsatzerlöse der regio iT liegen, trotz der Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“, mit 155,3 Mio. Euro um 1,7 Mio. Euro über dem Vorjahresumsatz. Im Bereich Produktlösungen sind die Umsatzerlöse, bei Bestands- und Neukunden, um 4,9 Mio. Euro auf 110 Mio. Euro gestiegen. Aufgrund des breiten Produktportfolios der regio iT sind Umsatzsteigerungen sowohl bei

den Bestandskunden als auch mit Neukunden generiert worden. Hierbei haben insbesondere die Mitglieder der regio iT Beteiligungsgenossenschaft e.G. zum Anstieg der Umsatzerlöse beigetragen. Die Umsatzerlöse aus Beratungs- und Projektleistungen liegen mit 12,3 Mio. Euro unter dem Vorjahresniveau von 15,1 Mio. Euro und fallen insbesondere aufgrund der Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ geringer als im Vorjahr aus. Die Umsatzerlöse aus dem Handels-/Leasing-Geschäft sind hingegen von 21,8 Mio. Euro auf 23,5 Mio. Euro gestiegen. Der Anstieg im Geschäftsjahr resultiert insbesondere aus höheren Investitionen im Rahmen von Digitalisierungsprojekten in Schulen.

Der Materialaufwand hat sich korrespondierend zu den Umsatzerlösen um 2,1 Mio. Euro auf 69,5 Mio. Euro erhöht. Gründe hierfür sind einerseits der geänderte Ausweis der produktionsnahen Stromaufwendungen von 1,3 Mio. Euro, die bisher unter den sonstigen betrieblichen Aufwendungen ausgewiesen worden sind, und andererseits Preissteigerungen der Vorlieferanten.

Die Personalaufwendungen sind um 3,3 Mio. Euro auf 56,7 Mio. Euro angestiegen. Ursächlich sind, neben Einmalzahlungen, die um 28 Personen auf 697 Personen gestiegene Anzahl an Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zum Jahresende gewesen. Aufgrund des Anstiegs liegt die Personalkostenintensität (Personalaufwendungen in Prozent vom Umsatz) mit 36,5 Prozent um 1,7 Prozent über dem Vorjahresniveau. Aufgrund höherer Aufwendungen und einem außergewöhnlich guten Vorjahresergebnis sind, trotz eines leichten Anstiegs des Rohergebnisses auf 89,5 Mio. Euro, das Ergebnis vor Steuern auf 8,5 Mio. Euro und der Jahresüberschuss auf 6,1 Mio. Euro gesunken.

Insbesondere aufgrund der gestiegenen Fremdfinanzierung und einem geringeren Jahresüberschuss ist die Eigenkapitalquote trotz Einstellung in die Gewinnrücklagen auf 29,5 Prozent (Vorjahr: 40,9 Prozent) gesunken.

Der Anlagendeckungsgrad von 59,6 Prozent zeigt, dass die Investitionen des Berichtsjahres nicht vollständig aus eigenen Mitteln, sondern auch durch langfristige Kredite, finanziert werden können. Zum Bilanzstichtag sind die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten um 9,3 Mio. Euro auf 18,8 Mio. Euro gestiegen.

#### **E.V.A.:**

Die E.V.A. erzielt für das Geschäftsjahr 2023 ein negatives Betriebsergebnis in Höhe von –9,5 Mio. Euro und liegt damit deutlich unter dem Planwert (0 Mio. Euro). Die Gesamtleistung übertrifft den Planansatz von 18,6 Mio. Euro mit 19,2 Mio. Euro um 0,6 Mio. Euro, was insbesondere aus ungeplanten Umsatzerlösen aus Weiterberechnungen resultiert. Die Planabweichung begründet sich insbesondere auf höhere Beratungsaufwendungen, die an andere Konzerngesellschaften weiterberechnet wurden. Der Gesamtaufwand fiel mit 28,7 Mio. Euro um 10 Mio. Euro höher aus als geplant. Das negative Betriebsergebnis (–9,5 Mio. Euro) basiert im Wesentlichen auf einem geleisteten zweckgebundenen Investitionszuschuss der E.V.A. in Höhe von 8,5 Mio. Euro an die ASEAG für die „Anschaffung von E-Bussen“. Im Rahmen der Aufwands- und Ertragskonsolidierung wurden die 8,5 Mio. Euro Zuschuss von E.V.A. an ASEAG eliminiert. In der Gesellschaftersammlung der E.V.A. am 16. Juni 2023 wurde angesichts des deutlich positiven Jahresüberschusses 2022 der E.V.A. (26,4 Mio. Euro), der hinsichtlich der Ergebnisverwendung mit dem zum 31. Dezember 2021 bestehenden Verlustvortrag von 50,8 Mio. Euro verrechnet wurde, die Zahlung eines Zuschusses in Höhe von 5 Mio. Euro zur

finanziellen Stärkung der ASEAG beschlossen. Die Zahlung soll der finanziellen Stärkung der ASEAG im Zuge der mit der Mobilitätswende verbundenen Mehraufwendungen dienen. Darüber hinaus hat die Stadt Aachen im Jahresverlauf 2023 aus bisher nicht in Anspruch genommenen Fördermitteln für Fahrzeugbeschaffungen mit alternativen, klimafreundlichen Antrieben zudem einen Ertragszuschuss in Höhe von rund 3,5 Mio. Euro an die ASEAG geleistet, der den Verlust der ASEAG und damit auch die Verlustübernahmeverpflichtung der E.V.A. im Geschäftsjahr 2023 entsprechend reduziert. In Höhe der „ersparten“ Verlustausgleichsverpflichtung der E.V.A. von 3,5 Mio. Euro sowie der beschlossenen Zahlung von 5 Mio. Euro wurde mit AR-Beschluss vom 1. Dezember 2023 ein zweckgebundener Investitionszuschuss von insgesamt 8,5 Mio. Euro für die Anschaffung von 33 Elektrobussen von der E.V.A. an die ASEAG geleistet, der bei der E.V.A. aufwandswirksam gebucht wurde und sich im Geschäftsjahr 2023 entsprechend negativ auf das Betriebsergebnis der E.V.A. auswirkt.

### **Finanzielle und nichtfinanzielle Leistungsindikatoren**

Die Konzerngesellschaften werden grundsätzlich dezentral gesteuert. Nachfolgend werden daher die wesentlichen Leistungsindikatoren der einzelnen Gesellschaften (Geschäftsbereiche) dargestellt.

**ASEAG:**

Zur internen Steuerung der ASEAG werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Betriebsleistung in Nutzkilometer
- Beförderte Personen
- Anzahl Mitarbeiter
- Jahresergebnis

Nachfolgende Tabelle zeigt die Leistungsindikatoren – teilweise mit ergänzenden Informationen:

		Wirtschaftsplan	Jahresabschluss	+/-
Nutzwagenkilometer eigene Leistung inkl. ESBUS	in tausend	9.330	8.225	-1.105
Nutzwagenkilometer angemietete Leistung ohne ESBUS	in tausend	10.899	10.774	-125
	in tausend	20.229	18.999	-1.230
Beförderte Personen	in tausend	52.352	64.209	11.857
Beförderungserlöse	TEuro	61.635	54.395	-7.239
Zuschüsse	TEuro	8.045	8.901	856
Kosten Treibstoff	TEuro	-6.389	-4.899	1.491
Kosten Busanmietungen inkl. ESBUS	TEuro	-46.668	-44.584	2.085
Mitarbeiteräquivalente (ESBUS)	Anzahl	160	125	-35
Kosten Fahreranmietungen (ESBUS)	TEuro	-7.789	-6.337	1.452
Mitarbeiteräquivalente eigene	Anzahl	574	560	-14
Kosten Personal	TEuro	-36.054	-36.113	-59
darin enthalten:				
Kosten Altersversorgung	TEuro	-2.556	-3.648	-1.092
Zinsaufwendungen im Wesentl. für Altersversorgung	TEuro	-4.138	-1.565	2.573
Ergebnis ASEAG	TEuro	-42.619	-33.769	8.850
darin enthalten:				
Ergebnis APAG	TEuro	1.960	0	-1.960
Ergebnis ASEAG Reisen	TEuro	0	-2	-2
Ergebnis ESBUS	TEuro	41	173	132

Stand 31.12.2023

## STAWAG:

Für die Steuerung der STAWAG sind die Umsatzerlöse (abhängig von den ausgespeisten und abgesetzten Mengen) sowie die finanziellen Kennzahlen EBITDA, EBIT und EBT relevant. Deren Entwicklung ist im Folgenden dargestellt:

<b>Kennzahl</b>	<b>Plan 2023</b>	<b>Ist 2023</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung %</b>
Umsatzerlöse (TEuro)	635.786	671.173	+35.387	+5,6
EBITDA (TEuro)	17.435	24.593	+7.158	+41,1
EBIT (TEuro)	8.433	15.486	+7.053	+83,6
EBT (TEuro)	60.842	73.676	+12.834	+21,1

Die Umsatzerlöse der STAWAG liegen im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 mit rund 671,2 Mio. Euro um rund 5,6 Prozent über dem geplanten Niveau, was insbesondere aus deutlich höheren Handels- bzw. Vermarktungsumsätzen im Speichergeschäft und beim Steinkohlekraftwerk Lünen, aber auch aus höheren Umsätzen des Vertriebs der STAWAG resultiert. Das EBIT liegt mit rund 15,5 Mio.

Euro um 7,1 Mio. Euro oberhalb des Planwertes. Insgesamt erzielt die STAWAG ein EBT von 73,7 Mio. Euro, womit der ursprüngliche Planwert um etwa 12,8 Mio. Euro übertroffen wird.

Das Vertriebsgeschäft stellt sich hinsichtlich der Mengenentwicklung im abgelaufenen Geschäftsjahr 2023 wie folgt dar:

<b>Sparte (Menge)</b> <b>Vertriebsgeschäft</b>	<b>Plan 2023</b>	<b>Ist 2023</b>	<b>Abweichung</b>	<b>Abweichung %</b>
Strom (Mio. kWh)	498	486	-12	-2,4
Gas (Mio. kWh)	1.229	1.208	-21	-1,7
Wasser (Mio. m <sup>3</sup> )*	15	14	-1	-6,7
Wärmecontracting (Mio. kWh)	13	11	-2	-15,4

\* ohne Verlustmengen

In der Strom- sowie der Gassparte lagen die Absatzmengen im Tarifkundenbereich insbesondere aufgrund der im Geschäftsjahr 2023 wieder rückläufigen Kundenentwicklung infolge deutlich sinkender Marktpreise unter Plan. Die Mengen im Geschäftskundenbereich haben aufgrund erfolgreicher Akquise die Planwerte übertroffen. In der Wassersparte sowie im Contractingbereich lagen die abgesetzten Mengen unterhalb der Planannahmen.

Die Netzausspeisungen im Strombereich liegen zum Jahresende um etwa 5,2 Prozent unter dem Planwert sowie etwa 5,5 Prozent unterhalb des Vorjahreswertes, was zum einen mit den Auswirkungen der Energiekrise zusammenhängt, aber auch mit dem starken Zubau der Photovoltaikanlagen sowie der sogenannten Balkonkraftwerke und dadurch ausgelösten höheren Eigenverbrauchsmengen. Im Gasbereich liegen die Netzausspeisungen witterungsbedingt zum Ende des Jahres 2023 etwa 3,5 Prozent unterhalb des Planwertes.

<b>Sparte (Menge)</b>				
<b>Netzausspeisung</b>	Plan 2023	Ist 2023	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.231,7	2.116,2	-115,5	-5,2
Gas (Mio. kWh)	4.964,2	4.794,5	-169,7	-3,4

Der starke Anstieg an PV-Zubauten hielt auch im Berichtsjahr 2023 weiter an, sodass mehr als 4.600 Erzeugungsanlagen (Vorjahr: 2.750) angefragt und in Betrieb gesetzt wurden. Somit ist eine weitere Steigerung um 1.850 Anschlussbegehren zu verzeichnen, was im Vergleich zum Vorjahr einen weiteren Zuwachs von etwa 70 Prozent darstellt. Die Regionetz geht, wie auch schon im vergangenen Jahr, von einer weiteren Steigerung des PV-Zubaus in den kommenden Jahren aus. Durch die Einführung und Optimierung einer eigenen Portallösung konnte die Regionetz mehr als 95 Prozent der Anschlussbegehren technisch fristgerecht bearbeiten

und somit die Inbetriebnahmen ermöglichen. Der Schwerpunkt der Anfragen lag im Geschäftsjahr erneut im Bereich der Photovoltaikanlagen (PV-Anlagen), die die typischen Größen für Einfamilienhäuser aufweisen (5–10 kWp).

Die beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bzw. die Vollzeitäquivalente (VZÄ) der STAWAG beliefen sich – ohne Berücksichtigung des Vorstands, der Auszubildenden und der Aushilfen – zum Jahresende 2023 auf 105,3 VZÄ. Zusätzlich waren zum 31. Dezember 2023 760,6 VZÄ bei den Tochtergesellschaften Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR beschäftigt.

<b>Mitarbeiteräquivalente</b>	Plan 2023	Ist 2023	Abweichung	Abweichung %
STAWAG	105,3	105,2	-0,1	-0,1
Regionetz	513,8	518,2	+4,4	+0,9
STAWAG Energie	37,6	40,8	+3,2	+8,5
FACTUR	220,6	201,7	-18,9	-8,6

Das Durchschnittsalter der Belegschaft der STAWAG beträgt im Geschäftsjahr 2023 45,27 Jahre. Die STAWAG zeichnet sich als Arbeitgeber durch eine geringe Fluktuationsquote aus, die sich in einer durchschnittlichen Betriebszugehörigkeit von rund 13,4 Jahren niederschlägt.

Mit vielfältigen Maßnahmen ist das Unternehmen dabei, die Nachfolge für ausscheidende Fach- und Führungskräfte (Stichwort: demografischer Wandel) vorzubereiten und zu begleiten. Dabei werden entstehende Vakanzen vorzugsweise mit eigenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nachbesetzt. Seinen engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bietet das Unternehmen damit hervorragende Möglichkeiten einer qualifizierten Weiterentwicklung und attraktive Karriereoptionen. Zur Erweiterung ihrer Kompetenzen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dabei durch eine Vielzahl von Personalentwicklungsmaßnahmen unterstützt. Um die Leistungsfähigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter langfristig über das gesamte Berufsleben zu erhalten und diese vor allen Dingen bei einer gesunden Lebensweise zu unterstützen, nimmt das Betriebliche Gesundheitsmanagement (BGM) eine zunehmend wichtige Rolle ein. Die Durchführung von Gesundheitstagen ist mittlerweile übliche Praxis. Im Rahmen des BGM können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine Reihe weiterer hilfreicher Angebote, auch in Kooperation mit dem Caritas-Unternehmensservice, wahrnehmen. Als Beispiele seien hier Vorträge zu Themen wie etwa die Patientenverfügung, die Vorsorgevollmacht und die Betreuungsverfügung genannt sowie auch die Einrichtung einer Telefonhotline, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in gesundheitlichen, in persönlichen und in familiären Notlagen unter Wahrung der Anonymität Unterstützung und Rat anbietet.

#### **regio iT:**

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die folgenden bedeutsamsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen (monetäre Werte in Mio. Euro):

#### **Finanzielle Leistungsindikatoren**

Eine wesentliche Strategie der regio iT ist die Steigerung der eigenen Wertschöpfung bei gleichzeitig hohem Bestand dauerhafter Kundenverträge. Wichtige Indikatoren für die eigene Wertschöpfung sind die Entwicklung des Rohergebnisses und der einzelnen Umsatzsegmente. Nach Abzug des Materialaufwandes von der Gesamtleistung verbleibt ein Rohergebnis von 89,4 Mio. Euro im Berichtsjahr (Vorjahr: 89 Mio. Euro). Die Rohertragsquote (Rohertrag im Verhältnis zum Gesamtumsatz) liegt in 2023 stabil bei 57,6 Prozent (Vorjahreszeitraum: 58 Prozent). Der Anteil der Beratungsumsätze im Verhältnis zum Gesamtumsatz beträgt 7,9 Prozent. Dies entspricht einem relativen Rückgang von 1,9 Prozentpunkten zum Vorjahr (9,8 Prozent). Aufgrund der Ausgründung des Geschäftsbereiches „kommunale Serviceportale“ ist ein nennenswerter Erfolgsfaktor der regio iT weggebrochen. Dies hat zur Konsequenz, dass sowohl der absolute als auch der relative Anteil der Wertschöpfungskette rückläufig ist.

### Nichtfinanzielle Leistungsindikatoren

Die regio iT verfügt über zertifizierte Geschäftsprozesse. Mit den definierten und zertifizierten Qualitätsstandards trägt die regio iT den hohen Anforderungen ihrer Kunden Rechnung und qualifiziert sich gleichzeitig für die erfolgreiche Teilnahme an Ausschreibungen.

Das Managementsystem (IMS) der regio iT hat sich in den letzten Jahren kontinuierlich weiterentwickelt. Mittlerweile ist das Managementsystem so aufgebaut, dass es möglich ist, die drei für die regio iT wichtigen Normen ISO 9001 (Organisation und Prozesse), ISO 27001 (Sicherheit) und ISO 20000 (Servicemanagement) zeitgleich von den externen Auditoren hinsichtlich ihrer Wirksamkeit überprüfen zu lassen. Die Audits ISO 20000 und ISO 27001 fanden auch im Berichtsjahr 2023 statt.

Das Auditergebnis bestätigt, dass das Qualitäts-, Informations-, Sicherheits- und Servicemanagement-System für diese Standorte wirksam implementiert ist. Insgesamt wurden keine wesentlichen Abweichungen zu den zugrundeliegenden Normforderungen festgestellt.

Die Einführung von intelligenten Messsystemen (Smart Metern) ist das Startsignal für die Digitalisierung der Energiewende in Deutschland. Die Voraussetzung für die Bereitstellung von IT-Services und die Durchführung von Geschäftsprozessen (Smart Meter Gateway Administration) ist eine Bestätigung bzw. Zertifizierung, dass die regio iT die Anforderungen des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik gemäß Messstellenbetriebsgesetz § 25 erfüllt. Im Rahmen der IMS Audits wurde bestätigt, dass die regio iT diese Anforderungen umgesetzt hat und anwendet. Diese ergänzende Zertifizierung (nach BSI TR-03109-6, Version 1) ist bis 2026 gültig.

Für die regio iT bedeuten die positiven Ausichten der IT-Branche, dass sich der bestehende Fachkräftemangel noch verstärken könnte. Daher ist es für die regio iT bei der Gewinnung neuer Fachkräfte ein wichtiger Wettbewerbsfaktor, Unternehmensziele und Mitarbeiterinteressen in eine tragfähige Balance zu bringen. Seit 2011 hält die regio iT das Siegel „Beruf und Familie“ der Hertie-Stiftung (berufundfamilie GmbH). Das Siegel bescheinigt, dass die Maßnahmen und Angebote der regio iT zur besseren Vereinbarkeit von Beruf und Familie überdurchschnittlich umfangreich und vielfältig sind. Die regio iT ist nach der Bestätigung der Zertifizierung im Jahr 2023 auch weiterhin berechtigt, dieses Siegel bis 2026 zu führen.

## E.V.A.:

Zur internen Steuerung des Unternehmens werden die nachfolgend aufgeführten bedeutendsten finanziellen und nichtfinanziellen Leistungsindikatoren, die für das Verständnis des Geschäftsverlaufs und der Lage der Gesellschaft von Bedeutung sind, herangezogen:

- Umsatzerlöse
- Betriebsergebnis
- Beteiligungsergebnis
- Anzahl Mitarbeiter

<b>E.V.A. Leistungsindikatoren</b>		Wirtschaftsplan 2023	Jahresabschluss 2023
Umsatzerlöse	TEuro	18.432	19.010
Andere aktivierte Eigenleistungen	TEuro	202	107
Sonstige betriebliche Erträge	TEuro		74
<b>Gesamtleistung</b>	<b>TEuro</b>	<b>18.634</b>	<b>19.191</b>
<b>Gesamtaufwand</b>	<b>TEuro</b>	<b>-18.634</b>	<b>-28.683</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>TEuro</b>	<b>0</b>	<b>-9.492</b>
<b>Beteiligungsergebnis</b>	<b>TEuro</b>	<b>13.170</b>	<b>43.236</b>
davon ASEAG	TEuro	-42.619	-33.769
davon STAWAG	TEuro	52.842	73.676
davon regio iT	TEuro	2.781	3.163
davon gewoge	TEuro	166	166
Anzahl Mitarbeiter	MAÄ <sup>1)</sup>	120,6	114,4

1) MAÄ = Mitarbeiteräquivalent, entspricht einem Vollzeitmitarbeiter/-in

Die Umsatzerlöse aus dem operativen Geschäft der E.V.A. in Höhe von 19 Mio. Euro liegen um 0,6 Mio. Euro über dem Planwert von 18,4 Mio. Euro. Sie setzen sich aus Erlösen für kaufmännische Dienstleistungen und für Gebäudedienstleistungen in Höhe von 13,9 Mio. Euro (Plan: 14,2 Mio. Euro) und aus Weiterberechnungen an Konzerngesellschaften in Höhe von 5,1 Mio. Euro (Plan: 4,3 Mio. Euro), insbesondere aus weiterberechneten EDV-Kosten, aus Beratungs- und Prüfungsaufwendungen sowie aus freiwilligen Sozialaufwendungen (z. B. Job-Ticket), Portokosten und Versicherungen zusammen. Die höheren Umsatzerlöse von 0,8 Mio. Euro resultieren insbesondere aus der Weiterberechnung von Beratungsaufwendungen im Zuge des Vorprojektes zur Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen (nachfolgend: NERA), da die Beauftragung zunächst über die E.V.A. erfolgte, die Kosten jedoch vollständig an die STAWAG weiterberechnet wurden. Des Weiteren wurde eine nicht geplante Cyber-Versicherung abgeschlossen, wovon 0,1 Mio. Euro an Konzerngesellschaften weiterberechnet werden. Zudem ergeben sich höhere Umsatzerlöse aus IT-Weiterberechnungen, die mit höheren Kosten aus Fremdleistungen, insbesondere für EDV-Beratung und Lizenzen, einhergehen. Dagegen entfallen andere Umsatzerlöse wie z. B. der Wegfall der Job-Ticket-Weiterberechnung an die regio iT (0,1 Mio. Euro) oder ein geplantes, aber auf 2024 verschobenes Traineeprogramm mit Personalkosten-Weiterberechnungen an die STAWAG (0,3 Mio. Euro).

Bei den aktivierten Eigenleistungen handelt es sich um Erträge aus aktivierten Personalleistungen aus dem S/4 HANA-Projekt (0,1 Mio. Euro).

Sonstige betriebliche Erträge beinhalten außerplanmäßige Sachverhalte, insbesondere Erträge aus Erstattungen des Arbeitsamtes und der Krankenkassen.

Die Gesamtaufwendungen liegen mit –28,7 Mio. Euro um 10 Mio. Euro oberhalb des Planansatzes.

Der Materialaufwand liegt dabei mit –5,4 Mio. Euro um 0,7 Mio. Euro oberhalb der Wirtschaftsplanung. Ursächlich hierfür sind insbesondere nicht geplante Arbeitnehmerleistungen Dritter im kaufmännischen Bereich (–0,7 Mio. Euro) maßgeblich zur Unterstützung des Tagesgeschäfts angesichts der Ressourcenbindung im SAP S/4 HANA-Projekt bei gleichzeitiger vorübergehender Unterbesetzung von Planstellen.

Die Personalkosten liegen mit –10,6 Mio. Euro um 0,5 Mio. Euro unter dem Plan. Der Personalbestand zum Ende des 4. Quartals 2023 beträgt 114,4 Mitarbeiteräquivalente (MAÄ) gegenüber einem Planwert von 120,6 MAÄ zum Jahresende. In den geplanten Personalkosten sind –0,3 Mio. Euro für das Traineeprogramm der STAWAG enthalten. Das Traineeprogramm, das fünf geplante Vollzeitstellen vorsieht, wurde jedoch auf das Jahr 2024 verschoben. Eine weitere wesentliche Ursache für die niedrigeren Personalkosten sind zwei Planstellen im Center Revision, die in der Personalkostenplanung auch entsprechend berücksichtigt sind, im gesamten Jahr 2023 aber nicht besetzt wurden.

Die Abschreibungen liegen mit –0,2 Mio. Euro auf Planniveau.

Dagegen überschreiten die sonstigen betrieblichen Aufwendungen mit –12,4 Mio. Euro den Planwert (–3,1 Mio. Euro) um 9,3 Mio. Euro, was im Wesentlichen auf den bereits erwähnten Investitionszuschuss an die ASEAG in Höhe von 8,5 Mio. Euro zurückzuführen ist. Des Weiteren sind größtenteils weiterberechnete Beratungskosten in Höhe von –1,8 Mio. Euro um 0,8 Mio. Euro höher als geplant ausgefallen, davon entfallen auf das NERA-Vorprojekt –1,2 Mio. Euro. Daneben fallen ungeplante Fremdleistungen für den Bereich Revision und den Finanzbereich

sowie Kosten für eine ungeplante Cyber-Versicherung an, welche jedoch größtenteils an die Konzerngesellschaften weiterberechnet werden und durch geringere Aufwendungen (z. B. durch Wegfall Job-Ticket regio iT) kompensiert werden.

Das Gesamtergebnis der E.V.A. in Höhe von 22 Mio. Euro wurde wesentlich geprägt durch die Gewinnabführung von der STAWAG bzw. durch die Verlustübernahme von der ASEAG sowie durch die Beteiligungsergebnisse der regio iT und der gewoge.

Die E.V.A. weist für 2023 ein Beteiligungsergebnis von 43,2 Mio. Euro (Plan: 13,2 Mio. Euro) aus.

Der E.V.A.-Konzern beschäftigte zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 insgesamt 1.782 (Vorjahr: 1.756) Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inklusive Auszubildende und Aushilfen.

## **Ertragslage**

Im Berichtsjahr 2023 wurden neben der E.V.A. insgesamt 25 (Vorjahr: 23) Tochterunternehmen gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes in den Konsolidierungskreis einbezogen.

Die Ertragslage des E.V.A.-Konzerns wurde im Berichtsjahr 2023 durch die wirtschaftliche Geschäftsentwicklung und von den Ergebnisbeiträgen der Beteiligungsgesellschaften aus der Energieversorgung und aus dem öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) bestimmt. Im laufenden Geschäftsjahr ergab sich ein positiver Konzernüberschuss.

Die STAWAG schließt das Geschäftsjahr 2023 mit einem Überschuss von 73,7 Mio. Euro (Vorjahr: 74 Mio. Euro) ab. Wesentliche Ursache hierfür ist die Entwicklung an den Energiemärkten, die für ein positives Ergebnis im operativen Bereich sowie bei den Beteiligungsergebnissen beigetragen hat. Ohne weitere Zuführung in die Gewinnrücklagen (Vorjahr: 6 Mio. Euro) erfolgte eine vollständige Gewinnabführung in Höhe von 73,7 Mio. Euro (Vorjahr: 68 Mio. Euro) an die E.V.A.

Bei der Regionetz beträgt das Ergebnis vor Steuern (EBT) im abgelaufenen Geschäftsjahr 37 Mio. Euro (Vorjahr: 46,8 Mio. Euro) und fließt – nach Abzug der Ausgleichszahlung an den außenstehenden Gesellschafter EWV (9,8 Mio. Euro) und den darauf entfallenden Steuern (1,8 Mio. Euro) – über den geschlossenen Ergebnisabführungsvertrag in Höhe von etwa 25,4 Mio. Euro an die STAWAG.

Die ASEAG hat das Geschäftsjahr 2023 mit einem Fehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 33,8 Mio. Euro abgeschlossen. Dies bedeutet gegenüber dem Vorjahr eine Ergebnisverschlechterung von 0,7 Mio. Euro. Davon resultieren insgesamt 1 Mio. Euro aus einem besseren Betriebsergebnis und –1,7 Mio. Euro aus einem verschlechterten Finanz- und Betei-

ligungsergebnis. Es wurden zwar durch gestiegene Zinserträge um 0,5 Mio. Euro und durch reduzierte Zinsen für Pensionsaufwendungen um 2,6 Mio. Euro positive Effekte erzielt, jedoch erfolgte wegen der Unternehmensneubewertung der APAG eine außerplanmäßige Abschreibung auf Finanzanlagen in Höhe von 5 Mio. Euro. Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen erhöhten sich um 0,1 Mio. Euro.

Der Konzern-Umsatz erhöhte sich im Geschäftsjahr um 10,8 Mio. Euro bzw. 1 Prozent auf 1.067,6 Mio. Euro (Vorjahr: 1.056,8 Mio. Euro). Ausschlaggebend für den Umsatzzugang ist hierbei im Wesentlichen die Umsatzentwicklung bei der ASEAG, bei der APAG und bei der Regionetz. Die Umsätze bei den Windparkgesellschaften nahmen insgesamt hingegen ab.

Bei der STAWAG sind die Umsatzerlöse um 4,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr gestiegen und stehen zum Teil immer noch im Zusammenhang mit dem mittlerweile seit über zwei Jahren andauernden russischen Angriffskrieg in der Ukraine und den daraus gravierenden Folgen auf den Energiemärkten.

Im Stromgeschäft mussten die Verkaufspreise zum 1. Januar 2023 im Privat- und Gewerbekundensegment aufgrund massiver Bezugskostensteigerungen erhöht werden. Durch den massiven Verfall der Bezugspreise im Jahresverlauf 2023 hat sich der Wettbewerb deutlich schneller als erwartet intensiviert, womit sich die Kundenentwicklung innerhalb des Berichtsjahres umgekehrt hat. Die Absatzmengen im Tarifikundensegment sind damit im Jahr 2023 auf 272,7 Gigawattstunden (GWh) gesunken, wobei dennoch Umsatzerlöse oberhalb des Vorjahresniveaus erzielt werden konnten. Im Sonderkundengeschäft lagen die Absatzmengen an Drittkunden mit 147,9 GWh nur geringfügig unterhalb des Vorjahresniveaus. Insgesamt fällt das Stromvertriebsergebnis mit einer Steigerung von rund 34,6 Mio. Euro gegenüber

dem Vorjahr besser aus. Bei der Stromvermarktung aus dem konventionellen Kraftwerksbereich nahmen die Umsatzerlöse im Geschäftsjahr um 19,7 Mio. Euro zu.

Die Verkaufspreise in der vertrieblichen Gaspartie sind bereits im November 2022 erhöht worden, während Preise im Tarifikundensegment im Jahresverlauf 2023 konstant gehalten werden konnten. Auch hier führte der anschließende Bezugspreisverfall zu einer Intensivierung des Wettbewerbs. Die Absatzmengen lagen mit 617,6 GWh auch hier aufgrund der oben genannten Kundenentwicklungen bei ähnlicher Witterung deutlich unterhalb der Werte des Vorjahres. Im Sonderkundensegment lagen die Absatzmengen hingegen mit 475,7 GWh leicht oberhalb des Vorjahresniveaus. Insgesamt verringerten sich die Umsatzerlöse im Gasvertriebsgeschäft um 45,8 Mio. Euro.

In der Sparte Fernwärme gab es eine Preiserhöhung aufgrund der bestehenden Preisanpassungsklausel zum 1. Juli 2023. Wegen der warmen Witterung konnten die geplanten Absatzmengen nicht erreicht werden. Trotz einer geringeren Absatzmenge gegenüber dem Vorjahr nahmen die Umsatzerlöse um rund 6,5 Mio. Euro zu.

Seit der letzten Erhöhung der allgemeinen Wasserpreise zum 1. März 2017 blieben die Preise auch im Berichtsjahr konstant. Aufgrund witterungsbedingt leicht gesunkener Abnahmemengen lagen die Umsatzerlöse auf Vorjahresniveau.

Der Umsatz in der Sparte Stadtentwässerung erhöhte sich um rund 8,2 Mio. Euro auf 24 Mio. Euro.

Bei der Regionetz wurden im Geschäftsjahr insgesamt 2.116 GWh und damit etwa 5,5 Prozent weniger als noch im Geschäftsjahr 2022 aus dem von der Regionetz betriebenen Stromnetz ausgespeist. Für insgesamt 327 Netznutzungs-

kunden (311 Lieferanten und 16 Netzkunden mit eigenem Netznutzungsvertrag) wurde Energie durchgeleitet. Etwa 1.663 GWh und damit etwa 78,6 Prozent der Gesamtmenge wurden aus dem vorgelagerten Netz der Westnetz GmbH, Dortmund, (Westnetz) in das Stromnetz der Regionetz eingespeist. Die restlichen etwa 21,4 Prozent wurden mit Hilfe dezentraler Anlagen im Netzgebiet erzeugt und nach Maßgabe des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) und des Kraft-Wärme-Kopplungsgesetzes (KWKG) in das öffentliche Netz eingespeist.

Im Gasbereich betrug die von der Regionetz abgewickelte Netzdurchleitung für insgesamt 257 Lieferanten und vier Netzkunden mit direktem Netznutzungsvertrag insgesamt 4.794 GWh und damit etwa 5,66 Prozent weniger als noch im Jahr 2022. Die Umsatzerlöse der Regionetz betragen im abgelaufenen Geschäftsjahr für alle Medien gemeinsam 472,8 Mio. Euro (Vorjahr: 412,9 Mio. Euro).

Die Umsatzerlöse der ASEAG aus Verkehrseinnahmen erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 9,5 Mio. Euro auf 56 Mio. Euro. Im Vorjahr wurde in den Sommermonaten auf die Nutzung des 9-Euro-Tickets zurückgegriffen. Im Berichtsjahr wurde im Mai das 49-Euro-Ticket eingeführt. Die im Vergleich zum Vorjahr erhöhten Einnahmen erklären sich aus dem Ende der Corona-Pandemie und dem daraus resultierenden Anstieg der Nachfrage. Die Zuschüsse erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,7 Mio. Euro auf 8,9 Mio. Euro. Die sonstigen Umsatzerlöse, zum Beispiel Fahrzeugvermietungen, Sonderverkehre und Leistungen für andere Verkehrsunternehmen, stiegen um 1 Mio. Euro auf 6,7 Mio. Euro. Die Erhöhung der Umsatzerlöse insgesamt um 11,3 Mio. Euro auf 71,6 Mio. Euro ist hauptsächlich auf die gestiegenen Verkehrseinnahmen zurückzuführen.

Bei der STAWAG Energie nahmen im abgelaufenen Geschäftsjahr die Umsatzerlöse von 2,3 Mio. Euro auf 5,7 Mio. Euro ab.

Die sonstigen betrieblichen Erträge im Konzern verringerten sich um 10,3 Mio. Euro auf 30,9 Mio. Euro. Sie beinhalten unter anderem Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen in Höhe von 3,9 Mio. Euro, die Anlagenabgänge in Höhe von 0,5 Mio. Euro, die Zuschüsse in Höhe von 13,9 Mio. Euro, die Schadensersatzleistungen in Höhe von 4,2 Mio. Euro sowie die sonstigen periodenfremden Erträge in Höhe von 3,7 Mio. Euro.

Die Materialaufwendungen des Konzerns verringerten sich um 3,2 Mio. Euro auf 734,7 Mio. Euro. Hierbei entfielen auf bezogene Waren 511,2 Mio. Euro (Vorjahr: 536,9 Mio. Euro) und auf bezogene Leistungen 223,5 Mio. Euro (Vorjahr: 201 Mio. Euro).

Im Geschäftsjahr 2023 beschäftigte der E.V.A.-Konzern im Konsolidierungskreis im Jahresdurchschnitt 1.681 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (Vorjahr: 1.684), 48 Auszubildende und 41 Aushilfen. Die Anzahl der Beschäftigungsverhältnisse (ohne Auszubildende und Aushilfen) verringerten sich insgesamt um drei gegenüber dem Vorjahr. Bei der Bewertung der Pensionsrückstellungen wurden im Berichtsjahr die aktuellen Heubeck-Richttafeln RT 2018 angewandt. Der Personalaufwand erhöhte sich im Berichtsjahr um insgesamt 32,9 Mio. Euro auf 172,2 Mio. Euro.

Die Abschreibungen des Anlagevermögens erhöhten sich um 4,5 Mio. Euro auf 63,5 Mio. Euro gegenüber dem Vorjahr. Hierin enthalten sind außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von 0,2 Mio. Euro.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen erhöhten sich um 1,2 Mio. Euro auf 102 Mio. Euro. Sie beinhalten im Wesentlichen die Konzessionsabgaben in Höhe von 23,3 Mio. Euro (Vorjahr: 25,3 Mio. Euro), die Zuführung zur Drohverlustrückstellung aus schwebenden Geschäften in Höhe von 17 Mio. Euro (Vorjahr: 11,2 Mio. Euro), die Aufwendungen für Beratungs- und für Prüfungskosten in Höhe von 9,1 Mio. Euro (Vorjahr: 7,9 Mio. Euro), für Marketingmaßnahmen in Höhe von 4,5 Mio. Euro (Vorjahr: 4,4 Mio. Euro) sowie für Versicherungsprämien in Höhe von 3,7 Mio. Euro (Vorjahr: 3,1 Mio. Euro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 1,1 Mio. Euro (Vorjahr: 0,6 Mio. Euro).

Das Betriebsergebnis verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um 32,3 Mio. Euro auf nunmehr 43,3 Mio. Euro.

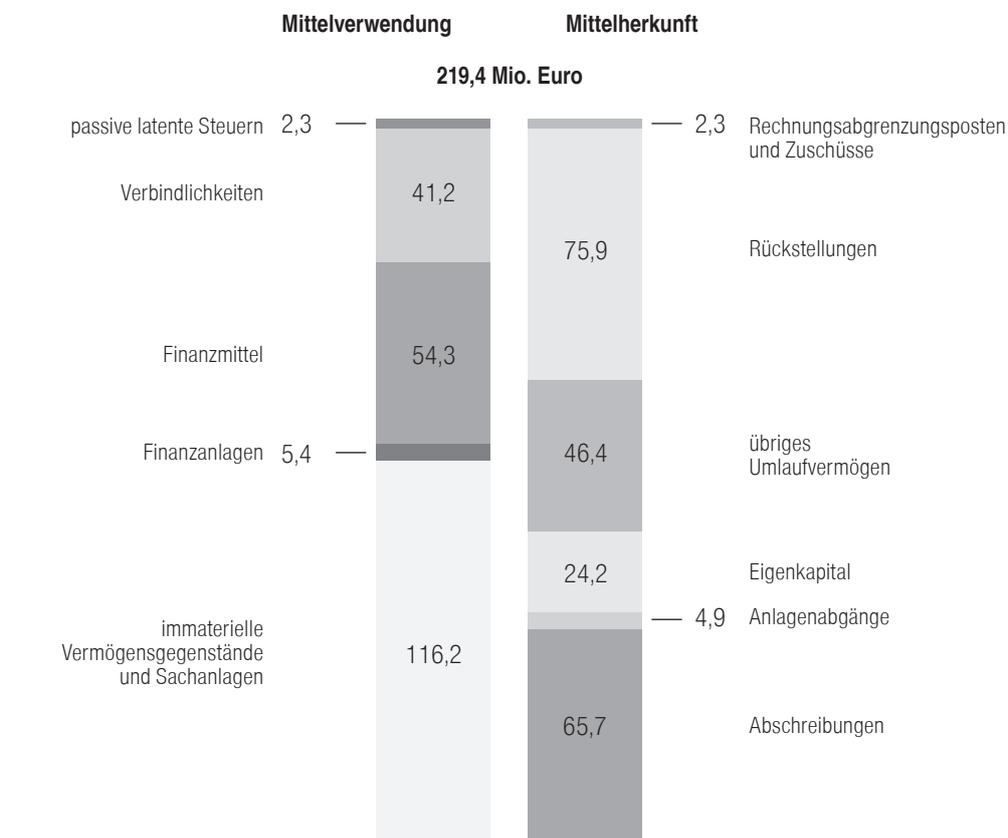
Das Finanzergebnis verbesserte sich um 11,6 Mio. Euro auf 11,3 Mio. Euro.

Das bessere Finanzergebnis resultiert im Wesentlichen aus dem rückläufigen negativen Zinsergebnis in Höhe von -12,8 Mio. Euro (Vorjahr: -21,5 Mio. Euro) sowie aus einem besseren Beteiligungsergebnis von 24,9 Mio. Euro (Vorjahr: 19,8 Mio. Euro). Die gesamten Zinsaufwendungen zu Pensionsrückstellungen betragen im Berichtsjahr 4,3 Mio. Euro (Vorjahr: 14,4 Mio. Euro).

Das Konzernergebnis vor Steuern beträgt 54,6 Mio. Euro und liegt damit um 20,8 Mio. Euro unter dem Vorjahresergebnis.

Die Ertragsteuern betragen insgesamt 14,8 Mio. Euro und beinhalten Erstattungsansprüche für Vorjahre in Höhe von -1,8 Mio. Euro (Vorjahr: -1,1 Mio. Euro). Darüber hinaus sind passive latente Steuern aus Bewertungsunterschieden in Höhe von -2,2 Mio. Euro enthalten.

## Finanzlage



Im Jahr 2023 belief sich das Finanzierungsvolumen des E.V.A.-Konzerns auf 219,4 Mio. Euro. Die Investitionen in immaterielle Vermögensgegenstände und in Sachanlagen betragen insgesamt 116,2 Mio. Euro und betrafen Erneuerungen und Ertüchtigungen in die Strom-, Gas-, Wasser- und Wärmenetze sowie in das Straßenbeleuchtungsnetz bei der Regionetz, bei der STAWAG und bei der Alsdorf Netz GmbH, Alsdorf, (Alsdorf Netz) in Höhe von rund 78,5 Mio. Euro. In den Zugängen des Geschäftsjahres enthalten sind auch Sachverhalte aus der Erweiterung des Konsolidierungskreises von zwei Windparkgesellschaften, insbesondere

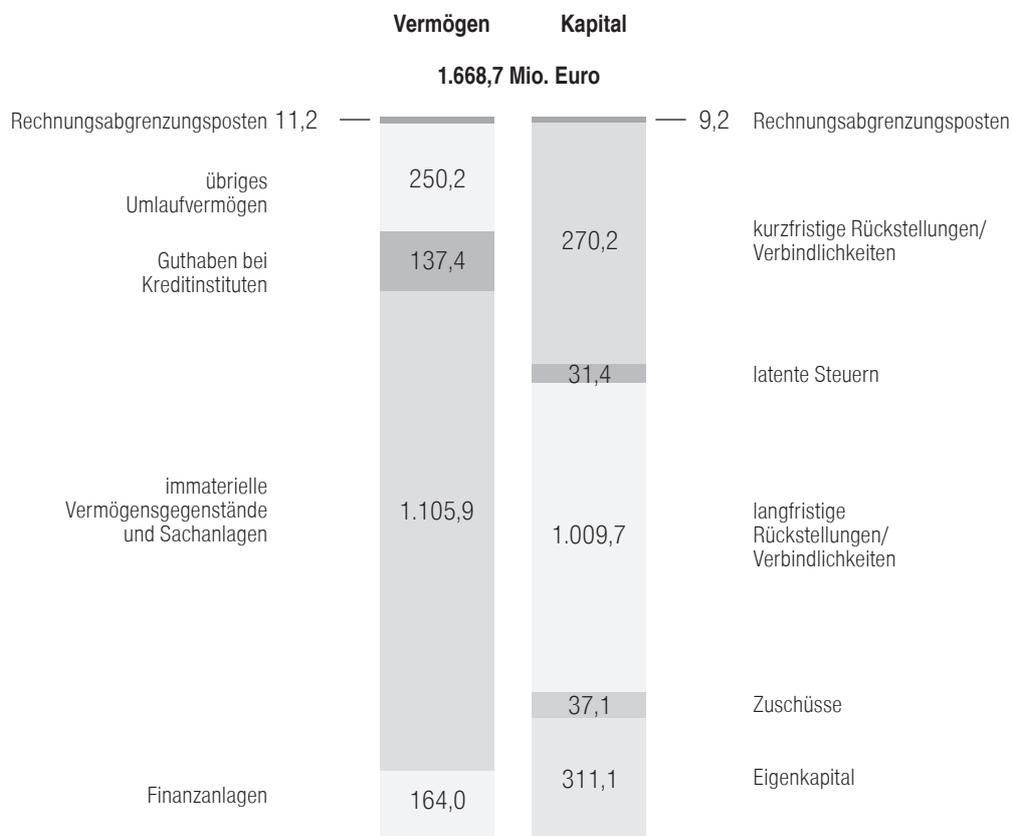
bei den Sachanlagen. Weitere Investitionen erfolgten bei der ASEAG in Höhe von 6,3 Mio. Euro nach Abzug von Zuschüssen und betrafen im Wesentlichen den Ausbau der digitalen Bordtechnik bei Bussen, die Anschaffung von Fahrzeugen des Personennahverkehrs mit konventionellem Antrieb sowie weitere Maßnahmen in die Betriebs- und Geschäftsausstattung. Darüber hinaus erfolgten weitere Investitionen in das Finanzanlagevermögen aus Beteiligungen. Ferner standen Finanzmittel in Höhe von 54,3 Mio. Euro sowie Verbindlichkeiten in Höhe von 41,2 Mio. Euro zur Verfügung.

Zur weiteren Optimierung der kurz- und mittelfristigen Finanzierungsstrategie besteht ein einstufiges Cashpooling-System, in das neben der E.V.A. auch die ASEAG und die APAG eingebunden sind. Das Cash-Pooling-System verwaltet alle liquiden Mittel und stellt den notwendigen Betriebsmittelbedarf zur Verfügung.

Bei der Mittelherkunft standen insgesamt 70,6 Mio. Euro aus Abschreibungen und aus Anlagenabgängen sowie weitere 75,9 Mio. Euro aus höheren Rückstellungen zur Verfügung. Bei den Rückstellungen entfallen auf die Zunahme bei den Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen 30,1 Mio. Euro, bei den Steuerrückstellungen 0,8 Mio. Euro sowie bei den sonstigen Rückstellungen um 45 Mio. Euro. In den sonstigen Rückstellungen sind Drohverlustrückstellungen aus schwebenden Geschäften der STAWAG im Wesentlichen aufgrund der Beteiligung an der TKL aus dem konventionellen Stromerzeugungsbereich und aus der Beteiligung an der TGE für die Bewirtschaftung des Gasspeicherbetriebs sowie aus dem Gasabsatzgeschäft enthalten. Darüber hinaus bestehen Rückstellungen aus ausstehenden Rechnungen, aus sonstigen Personalverpflichtungen und aus allen zur Erfüllung der bestehenden Verpflichtungen erforderlichen Positionen zum Bilanzstichtag.

Ferner standen Finanzierungsmittel aus dem übrigen Umlaufvermögen in Höhe von 46,4 Mio. Euro und aus Eigenkapital in Höhe von 24,2 Mio. Euro zur Verfügung. Die Abnahme des übrigen Umlaufvermögens resultiert im Wesentlichen mit 28,7 Mio. Euro aus dem Rückgang der Forderungen und den sonstigen Vermögensgegenständen sowie aus rückläufigen Vorratsbeständen in Höhe von 17,7 Mio. Euro.

## Vermögenslage



Die Bilanzsumme des Konzerns erhöhte sich zum Bilanzstichtag um 54,6 Mio. Euro (3,4 Prozent) auf 1.668,7 Mio. Euro. Das Sachanlagevermögen in Höhe von insgesamt 1.084,6 Mio. Euro wird von den technischen Netzanlagen der Regionetz in Höhe von 479,8 Mio. Euro dominiert. Zusammen mit den immateriellen Vermögensgegenständen in Höhe von 21,3 Mio. Euro ergeben sich insgesamt 66,3 Prozent des Gesamtvermögens. Die Finanzanlagen betreffen im Wesentlichen die nichtkonsolidierten Beteiligungen der STAWAG und der STAWAG Energie an Energieerzeugungsgesellschaften und an Stadtwerken und betragen 9,8 Prozent der Bilanzsumme. Die restlichen Vermögensanteile resultieren mit 8,2 Prozent aus liquiden Mitteln, mit 15 Prozent aus dem sonstigen Umlaufvermögen und mit 0,7 Prozent aus dem aktiven Rechnungsabgrenzungsposten. Die Kapitalseite besteht zu 60,5 Prozent aus langfristigen Mit-

teln, die im Wesentlichen mit 471,3 Mio. Euro aus Pensionsrückstellungen, mit 419,1 Mio. Euro aus Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten, mit 14,9 Mio. Euro aus Darlehensschulden gegenüber Gesellschaftern sowie mit 23,5 Mio. Euro aus Darlehen aus Stiftungsmitteln, die durch die Stadt Aachen verwaltet werden, resultieren. Die Eigenkapitalquote unter Berücksichtigung des passiven Unterschiedsbetrages aus der Kapitalkonsolidierung beträgt 18,6 Prozent. Damit ist das Anlagevermögen zu 104 Prozent durch langfristige Mittel gedeckt.

Die restlichen Mittel bestehen mit 16,2 Prozent aus kurzfristigen Rückstellungen und Verbindlichkeiten, mit 2,2 Prozent aus Zuschüssen, mit 1,9 Prozent aus latenten Steuern sowie mit 0,6 Prozent aus dem passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

### III. Prognosebericht

Nachdem die wirtschaftliche Dynamik in Jahr 2023 noch deutlich von den Nachwirkungen der vorangegangenen und teils anhaltenden Krisen geprägt war, gehen die führenden fünf Forschungsinstitute (Quelle: Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024, veröffentlicht am 27. März 2024) davon aus, dass das BIP im Jahr 2024 lediglich um 0,1 Prozent wachsen und damit gewissermaßen stagnieren wird. Weiterhin wird erwartet, dass sich eine gesamtwirtschaftliche Erholung bei einer insgesamt niedrigen Dynamik erst im Frühjahr einstellen dürfte. Die konjunkturelle Schwäche wird den Beschäftigungsaufbau verlangsamen und die Arbeitslosigkeit zunächst weiter steigen lassen. Die Arbeitslosenquote wird in diesem Jahr mit durchschnittlich 5,8 Prozent um 0,1 Prozentpunkte höher liegen als noch im Jahr 2023.

Die Einkommen privater Haushalte befinden sich weiter im Aufwind. Bereits im vergangenen Jahr wurden die Tariflöhne um 3,7 Prozent und damit deutlich stärker als im Vorjahr (2,2 Prozent) angehoben. Vielfach beinhalteten jüngste Tarifabschlüsse höhere Lohnsteigerungen, wobei in verstärktem Maße auf die Inflationsausgleichsprämie zurückgegriffen wurde, so dass die Effektivverdienste je Arbeitnehmer im Jahr 2023 mit einem Zuwachs von 6,1 Prozent so stark gestiegen sind wie seit dem Jahr 1992 nicht mehr. Da zumindest dauerhafte tabellenwirksame Tariflohnanhebungen ihre Wirkung häufig erst im Jahr 2024 entfalten werden, erwarten die Institute, dass sich die Zunahme der Tarifverdienste im Jahr 2024 auf durchschnittlich 4,4 Prozent erhöht, während Einmalzahlungen mit dem Wegfall der abgabenfreien Inflationsausgleichsprämie mit dem Jahreswechsel 2024/2025 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich zurückgehen.

Hinsichtlich der Geldpolitik erwarten die Institute, dass die kurzfristigen Kreditzinsen zusammen mit den Leitzinsen sinken, die voraussichtlich ab Mitte des Jahres 2024 nach und nach zurückgeführt werden. Der Restriktionsgrad der Geldpolitik dürfte somit allmählich abnehmen. Die Zinsen für längerfristige Kredite dürften hingegen im Einklang mit den Renditen 10-jähriger Staatsanleihen weitgehend unverändert bleiben, da hier der erwartete Rückgang der Kurzfristzinsen größtenteils bereits eingepreist sein dürfte. Infolge gesunkener Immobilienpreise und steigender Einkommen sollte sich die Kreditvergabe für Hauskäufe allmählich beleben. Auch die Unternehmenskreditvergabe dürfte im Zuge der sich aufhellenden Konjunktur leicht zulegen.

Die Inflationsrate wird weiter zurückgehen von durchschnittlich 5,9 Prozent im vergangenen Jahr auf 2,3 Prozent in diesem Jahr. Die Kerninflationsrate, bei der die Energiepreise ausgeklammert werden, lag im vergangenen Jahr bei 6 Prozent, wobei die hohe Preissteigerungsrate in der Gesamtbetrachtung vor allem auf die kräftigen Preisanstiege bis in den Frühling des vergangenen Jahres zurückzuführen ist. Die Preisbremsen für Strom, Gas und Fernwärme sind zum Jahreswechsel ausgelaufen. Dennoch sind die Gaspreise im Januar 2024 gegenüber dem Dezember 2023 mit 2,3 Prozent nur leicht gestiegen, während die Strompreise sogar um 0,8 Prozent gefallen sind. Insgesamt werden für das Jahr 2024 sinkende Strom- und Gaspreise prognostiziert. Während der durchschnittliche Strompreis im Jahr 2023 noch bei 98,7 Euro/MWh (Phelix) lag, wird sich dieser im Jahr 2024 um rund 30 Prozent auf etwa 68,7 Euro/MWh (Phelix) reduzieren. Ebenso werden sich die durchschnittlichen Gaspreise mit 40,7 Euro/MWh (TTF) im Jahr 2023 auf voraussichtlich 27,5 Euro/MWh im Jahr 2024 verringern. In der Prognose der Strom- und Gaspreise wird angenommen, dass die sinkenden Beschaffungs-

preise Schritt für Schritt auf der Verbraucherstufe ankommen. In den nächsten Monaten kommt es bei den beiden Komponenten zu einem Wegfall weiterer staatlicher Preisstabilisierungsmaßnahmen. So wird der Umsatzsteuersatz auf Gas, der im Oktober 2022 vor dem Hintergrund des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine auf 7 Prozent reduziert wurde, zum 1. April 2024 wieder auf sein ursprüngliches Niveau von 19 Prozent erhöht. Bei den Strompreisen entfällt mit Jahresbeginn zudem ein staatlicher Zuschuss zu den Netzentgelten.

Bei der Gestaltung der Verkehrswende wird dem ÖPNV weiterhin eine wesentliche Bedeutung zugeschrieben. Im Geschäftsjahr 2023 traten die letzten Auswirkungen der Corona-Pandemie schnell in den Hintergrund. Das Deutschlandticket mit seinen Auswirkungen auf die Nachfrage und die unsichere Finanzierung ist das beherrschende Thema. Zu Beginn des Jahres 2024 wurde auf der Verkehrsministerkonferenz die Fortführung des Deutschlandtickets zu einem unveränderten Preis von 49 Euro auch im Jahr 2024 beschlossen. Damit zeigt die Politik, dass sie weiterhin die Nachfrage nach dem ÖPNV durch preispolitische Maßnahmen fördern will und so ein wesentlicher Beitrag zum Klimaschutz durch den ÖPNV erbracht werden soll.

#### **E.V.A.:**

Der Wirtschaftsplan der E.V.A. für das Jahr 2024 geht von einem ausgeglichenen Betriebsergebnis aus. Das negative Betriebsergebnis 2023 beinhaltete einen aufwandswirksamen, zweckgebundenen Investitionszuschuss der E.V.A. an die ASEAG in Höhe von 8,5 Mio. Euro für die „Anschaffung von E-Bussen“.

Die für 2024 geplante Gesamtleistung der E.V.A. beträgt 20,4 Mio. Euro und liegt damit

um 1,2 Mio. Euro über dem Vorjahr, im Wesentlichen durch zusätzliche Umsatzerlöse mit der STAWAG (+0,9 Mio. Euro) und der ASEAG (+0,4 Mio. Euro).

In Höhe von 20,4 Mio. Euro werden sich auch die geplanten Gesamtaufwendungen der E.V.A. bewegen.

Der Materialaufwand wird mit –4,6 Mio. Euro um vermutlich rund 0,9 Mio. Euro unter dem Vorjahreswert von –5,5 Mio. Euro liegen. Ursächlich für den erwarteten Rückgang sind insbesondere die im Jahr 2023 noch benötigten Fremdleistungen durch Arbeitnehmerüberlassungen im kaufmännischen Bereich (0,6 Mio. Euro) im Zuge des SAP S/4 HANA-Projekts bei gleichzeitiger Unterbesetzung von Planstellen.

Der für das Jahr 2024 geplante Personalaufwand liegt mit –11,6 Mio. Euro um rund 0,8 Mio. Euro über dem für das Jahr 2023 erwarteten Personalaufwand. Der Personalkostenanstieg resultiert aus einer teilweisen Neubesetzung vakanter Planstellen sowie geplanter Entgeltsteigerungen.

Die Abschreibungen liegen in der Planung 2024 bei –1,1 Mio. Euro und erhöhen sich damit um 0,9 Mio. Euro gegenüber dem laufenden Geschäftsjahr 2023. Ursächlich hierfür ist insbesondere der zum 1. Januar 2024 vorgesehene „Going-Live“ des neuen Hauptbuchhaltungs-Systems SAP S/4 HANA.

Sonstige betriebliche Aufwendungen wurden in Höhe von –3,1 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt, die gegenüber dem Vorjahreswert (–12,4 Mio. Euro) um 9,3 Mio. Euro niedriger ausfallen. Davon entfallen 8,5 Mio. Euro auf den im Jahr 2023 gezahlten zweckgebundenen Investitionszuschuss an die ASEAG für die Anschaffung von E-Bussen. Weiterhin wurden im Geschäftsjahr 2023 für das NERA Vorprojekt Beratungsaufwendungen in Höhe von 1,4 Mio.

Euro an die STAWAG weiterberechnet. Für das Center Revision, für das planerisch eine Neubesetzung der zwei vakanten Planstellen erst ab dem Planjahr 2025 berücksichtigt ist, sind für das Planjahr 2024 externe Beratungskosten mit 0,5 Mio. Euro im sonstigen Aufwand enthalten. Diese werden an die Konzerngesellschaften weiterberechnet.

Ferner wurden ein positives Beteiligungsergebnis in Höhe von 5,5 Mio. Euro und ein negatives Zinsergebnis von -0,2 Mio. Euro in der Planung berücksichtigt. Für das laufende Geschäftsjahr 2024 ergibt sich somit gemäß Wirtschaftsplanung ein positives Jahresergebnis vor Steuern in Höhe von 5,3 Mio. Euro und unter Berücksichtigung der geplanten Steueraufwendungen in Höhe von -0,8 Mio. Euro ein Jahresüberschuss nach Steuern von 4,5 Mio. Euro.

Ohne Berücksichtigung von Geschäftsführern, Auszubildenden und Aushilfskräften wird die geplante Personalstärke zum Ende des Geschäftsjahres 2024 119,2 MAÄ betragen.

#### **ASEAG:**

Für den ÖPNV kam es in den Jahren 2020 bis 2022 coronabedingt und durch das 9-Euro-Ticket zu erheblichen Rückgängen der Beförderungserlöse im Vergleich zu der Zeit vor Corona (2019). Diese Entwicklung wird jetzt durch das Deutschlandticket fortgesetzt. Allerdings gibt es für die Jahre 2023 und 2024 Richtlinien des Landes zum Mindererlösausgleich, die analog zu den Corona-Hilfen auf die Mengengrüste des Jahres 2019 zurückgreifen und zusätzlich eine, wenn auch kleine Mengensteigerungskomponente berücksichtigen. Somit kann die Ertragsseite für das Jahr 2024 als sehr gesichert angenommen werden.

Auf lokaler Ebene ist die Basis für die angebotsseitige Diskussion die von der ASEAG im Herbst 2019 in die politische Diskussion eingebrachte

„Vision 2027“. Diese beinhaltet neben einem erheblichen Ausbau der Infrastruktur auch eine generelle Leistungsausweitung von etwa 30 Prozent des heutigen Leistungsangebots.

Während die politischen Diskussionen angebotsseitig trotz sich erschwerender wirtschaftlicher Rahmenbedingungen weiterhin auf eine Ausweitung des Leistungsangebots hinzielen, hat sich im Hinblick auf die tarifpolitischen Maßnahmen bei den Fahrkartenpreisen die Tendenz zu weiteren Fahrpreisvergünstigungen mit dem Deutschlandticket fortgesetzt. Unter dem Dach des Deutschlandtickets entstehen Produkte für Leistungsempfänger, Schüler und Studierende. Unternehmen werden trotz des insgesamt niedrigen Preisniveaus weiter Rabatte angeboten, wenn sie sich an den Kosten zu Gunsten ihrer Mitarbeiter beteiligen. Auch wenn die unmittelbaren Auswirkungen zurzeit durch Fördermaßnahmen von Bund und Land kompensiert werden sollen, ist die weitere Finanzierung des ÖPNV nunmehr langfristig nahezu ausschließlich von Entscheidungen auf Bundes- und Landesebene abhängig.

Im Bereich der Personalbeschaffung ist die Situation weiterhin angespannt. Auch wenn die altersbedingte Fluktuation im Fahrdienst im Jahr 2023 im Vergleich zu den Vorjahren eher moderat war, so blieb dennoch die Notwendigkeit erhalten, verstärkt Mitarbeiter für den Fahrdienst einzustellen. Die Personalbeschaffung bleibt eine große Herausforderung, weshalb die E.V.A. als zentraler Dienstleister seine Rekrutierungsbemühungen weiter fortsetzen wird und speziell für die ASEAG den Bereich Personalentwicklung verstärkt hat.

Die Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen werden, trotz der aktuellen Zinsentwicklung, auch im Jahr 2024 das Ergebnis noch belasten.

Für 2024 geht die ASEAG von Beförderungserlösen in Höhe von 68,8 Mio. Euro aus. In die Planung ist die im AVV beschlossene Preissteigerung von ca. 8,5 Prozent zum 1. Januar 2024 eingeflossen. Effekte aus dem inzwischen beschlossenen Deutschlandticket sind unberücksichtigt, da diese vollkommen ausgeglichen werden sollen. Aufgrund dieser Entwicklung und der generellen Diskussionen über die Rolle des ÖPNV in Deutschland geht die ASEAG von einer weiteren Erholung der Nachfrage aus. Umsatzseitig wird diese aufgrund der erwähnten Preisreduzierungen bzw. Ausgleichsmechanismen jedoch nicht durchschlagen. Vielmehr werden Erlöse auf lange Sicht gegen staatliche Zuschüsse laufen und diese reduzieren. Auch die Berücksichtigung von zusätzlichen Erlösen, die zur Finanzierung von zusätzlichen Angeboten zur Verfügung stehen, ist in den Richtlinien zum Mindererlösausgleich unabhängig von der tatsächlichen Nachfrage geregelt – dies bringt zumindest Planungssicherheit.

Für das Geschäftsjahr 2024 erwartet die ASEAG einen Jahresfehlbetrag vor Verlustübernahme in Höhe von 43,2 Mio. Euro gemäß verabschiedetem Wirtschaftsplan. Maßnahmen zur Verkehrswende sollen durch Ertragszuschüsse der Stadt Aachen finanziert werden. Diese fließen der ASEAG als sogenannter vorweggenommener Ergebnisausgleich zu. Um die Kreditfinanzierung anderer Konzerngesellschaften im E.V.A.-Konzern nicht zu gefährden, wurde dieses Vorgehen mit der Stadt Aachen abgestimmt. Auf das Ergebnis wirken sich dabei insbesondere Personal-, Treibstoff- und Subunternehmerkosten sowie höhere Abschreibungen durch moderne Fahrgastinformationsmedien (z. B. Dynamische Fahrgastinformationssäulen, Internet und APP), zeitgemäße Vertriebsinfrastruktur (z. B. elektronisches Fahrgeldmanagement) und Fahrzeuge mit modernen Antriebsformen (Elektrobusse) kostentreibend aus, ohne dass im verbliebenen Geschäft wesentliche Einspa-

rungen generiert werden können. So hat die ASEAG zur Erhaltung des hohen technischen Stands der Busflotte zuerst massiv in Busse der Abgasnorm Euro 6 und inzwischen bereits in 27 Elektrobusse investiert. Weitere 33 Elektrobusse sollen Ende 2024 folgen.

Bei der Tochtergesellschaft der ASEAG, der APAG, bleibt die Situation weiterhin angespannt. Für die mittelfristige Zukunft erwartet die APAG eine weiterhin hohe finanzielle Belastung durch Sanierungen, so dass bis 2027 von einem Ergebnis von maximal 1,5 Mio. Euro ausgegangen wird, bevor dann ab 2028 wieder Ergebnisse von über 2 Mio. Euro erwartet werden. Infolge der zumindest in den kommenden Jahren eher moderaten Ergebniserwartung wurde die Beteiligung an der APAG um 5 Mio. Euro wertberichtigt.

Die nach der Pandemie wieder steigende Inanspruchnahme der ÖPNV-Leistungen wird sich nach Einschätzung der ASEAG auch im Jahr 2024 fortsetzen, auch wenn die in letzter Zeit stark zurückgegangene Zuverlässigkeit der Leistungserbringung, insbesondere durch fehlendes Personal im gesamten ÖPNV-System – nicht nur bei der ASEAG – ein erhebliches Risiko darstellt, welches diesen Trend brechen könnte. In die Wirtschaftsplanung sind diese Aspekte prinzipiell eingeflossen. Welche Effekte sich letztendlich einstellen werden, ist auch aufgrund der zurzeit noch anhaltenden großen Veränderungen und Unsicherheiten, die durch das Deutschlandticket ausgelöst wurden, zurzeit nicht abzuschätzen. Aktuell geht die ASEAG davon aus, dass jedweder Mindererlös durch die Förderung des Deutschlandtickets ausgeglichen wird, so dass hieraus kurzfristig keine negativen wirtschaftlichen Effekte erwartet werden.

**STAWAG:**

Der Vertriebsbereich der STAWAG erwartet im Jahr 2024 in der Strom- und Gassparte aufgrund der hohen Marktpreise und des zunehmenden Wettbewerbs eine rückläufige Absatzentwicklung. Im Wasserbereich ist von einem gegenüber dem Vorjahr konstanten Verbrauch bei gleichbleibendem Kundenbestand auszugehen. Im Bereich Wärmecontracting ist aufgrund der verstärkten Akquise ein Mengenzuwachs zu erwarten, wie nachfolgende Tabelle verdeutlicht:

**Mengenentwicklung Vertriebsgeschäft**

Sparte	Ist 2023	Plan 2024	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	486	465	-21	-4,3
Gas (Mio. kWh)	1.208	1.158	-50	-4,1
Wasser (Mio. m <sup>3</sup> )*	14	15	+1	+7,1
Wärmecontracting (Mio. kWh)	11	14	+3	+27,3

\* ohne Verlustmengen

Nachdem die Temperaturen im Jahr 2023 deutlich über dem langjährigen Mittel lagen, dürfte im Falle eines Jahres 2024 mit normalen Temperaturen der witterungsabhängige Teil der Gas- und Stromnachfrage stimuliert werden. Gleichzeitig ist aber davon auszugehen, dass es insbesondere im Gasbereich, aber auch im Strombereich durch weitere nachhaltige Energieeinsparungen bzw. durch eigenerzeugte Mengen zu reduzierten Netzdurchleitungen kommt. Die Regionetz hat diese Erwartung bei den im Rahmen der Netzentgeltkalkulation angesetzten Energiemengen entsprechend berücksichtigt.

## Netzausspeisung Regionetz

Sparte	Ist 2023	Plan 2024	Abweichung	Abweichung %
Strom (Mio. kWh)	2.116,2	2.130,3	+14,1	+0,7
Gas (Mio. kWh)	4.794,5	4.898,1	+103,6	+2,2

Insgesamt ist nach derzeitigem Kenntnisstand und vorbehaltlich wirtschaftlicher Auswirkungen durch den Ukraine-Krieg davon auszugehen, dass die STAWAG im Geschäftsjahr 2024 ein Ergebnisniveau von etwa 56,7 Mio. Euro erzielen wird.

## Finanzielle Kennzahlen

Kennzahl	Ist 2023	Plan 2024	Abweichung	Abweichung %
Umsatzerlöse (TEuro)	671.173	527.383	-143.790	-21,4
EBITDA (TEuro)	24.593	12.456	-12.137	-49,4
EBIT (TEuro)	15.486	1.445	-14.041	-90,7
EBT (TEuro)	73.676	56.689	-16.987	-23,1

Die STAWAG wird im Geschäftsjahr 2024 weiterhin stetig das Ziel verfolgen, die einzelnen Geschäftsfelder vor dem Hintergrund der sich zunehmend ändernden Marktbedingungen weiterzuentwickeln und zu optimieren. Dazu wird der Ausbau der Erneuerbaren Energien, die Forcierung der Projektentwicklung und die Stabilisierung des vertrieblichen Stammgeschäftes fortgesetzt. Eine weiterhin positive Ergebnisentwicklung erwartet die STAWAG im Prozess- und Dienstleistungsbereich.

Ein Schwerpunkt wird zudem auf der Steuerung und Weiterentwicklung der Regionetz sowie der Hebung von Synergiepotenzialen liegen. Vor dem Hintergrund der weiter fortschreitenden Liberalisierung des Energiemarktes und des zunehmenden Investitions- und Kostendrucks

sind im Zuge einer angestrebten Neuordnung der Energie- und Wasserversorgung in der Region Aachen im Herbst 2023 Gremienbeschlüsse für einen Zusammenschluss der STAWAG mit der enwor gefasst worden. Nach bereits erfolgter Zustimmung der Räte der beteiligten Kommunen, einer Nichtbeanstandung durch die Bezirksregierung Köln sowie der kartellrechtlichen Freigabe wird die Umsetzung des Zusammenschlusses mit der Übertragung des gesamten Geschäftsbetriebs der enwor mit allen Beteiligungen im Wege der Ausgliederung zur Aufnahme durch die STAWAG gemäß § 123 Abs. 3 Nr. 1 UmwG im zweiten Halbjahr 2024 vollzogen. Die enwor wird gleichzeitig Aktionärin der STAWAG und erhält im Zuge einer Kapitalerhöhung Aktien der STAWAG in Höhe von 25,1 Prozent des Grundkapitals der

STAWAG, während die E.V.A. mit 74,9 Prozent Mehrheitsaktionärin der STAWAG bleibt. Dabei wird die ertragsteuerliche Organschaft mit einem entsprechenden Beherrschungs- und Gewinnabführungsvertrag zwischen der STAWAG und der E.V.A. fortgeführt. Die enwor wird nach der erfolgten Ausgliederung als (Holding-) Gesellschaft ohne eigenen operativen Geschäftsbetrieb fortbestehen.

Ferner hat sich die STAWAG bis 2030 fünf Ziele für eine klimafreundliche Energieversorgung gesetzt. Diese sind

- die Versorgung von ganz Aachen mit Strom aus eigenen Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien
- die Förderung klimafreundlicher Mobilität
- die klimafreundliche Fernwärme-Erzeugung auf Basis von Kraft-Wärme-Kopplung, Tiefengeo- und Solarthermie
- die Förderung der Energieeffizienz, z. B. durch Anreize zum Energiesparen für Endkunden
- die Ausrichtung innerbetrieblicher Prozesse an Anforderungen des Klimaschutzes, wie z. B. Förderung des Fahrradfahrens

Die Ziele werden medienwirksam durch eine Kampagne über analoge und digitale Plakate, Online-Werbung, Radiospots, Print-Anzeigen und Social Media kommuniziert.

#### **regio iT:**

Die regio iT setzt sich als Ziel, durch die Gewinnung neuer Kunden sowie den Ausbau der Wertschöpfungstiefe bei Bestandskunden auch weiterhin organisch zu wachsen. Mit einem voraussichtlichen Umsatz von 151,5 Milliarden Euro und einer Wachstumsrate von 6,1 Prozent wird trotz der weltweiten Krisen auch für das Jahr 2024 von einer sehr positiven Entwicklung des ITK-Marktes ausgegangen. Durch das breite Dienstleistungsportfolio ist die regio iT auf die Herausforderungen ihrer Kunden sehr gut vorbereitet. Stärkstes Wachstumsthema wird hierbei die digitale Transformation sein. In diesem Themenfeld investieren insbesondere auch die deutschen Behörden, denn es besteht immer noch Nachholbedarf. Experten gehen davon aus, dass sich mittels Digitalisierung die Aufwände für öffentliche Dienstleistungen bei Behörden und Bürgern um die Hälfte reduzieren ließen.

Für das Geschäftsjahr 2024 plant die regio iT bei den Umsätzen aus Produkt-/Applikationsbetrieb mit 114 Mio. Euro eine weitere Steigerung der wesentlichsten Umsatzkategorie mit Wertschöpfung. Bei den Umsatzerlösen aus Projektleistung/Beratung geht die regio iT bei einem geplanten Wert von 13,3 Mio. Euro weiterhin von einem hohen Niveau aus. Aufgrund der bereits vorliegenden Projektbeauftragungen sowie umfangreichen Projekt-/Beratungsanfragen über alle Unternehmensbereiche und über alle Kundengruppen hinweg ist die regio iT optimistisch, dieses Umsatzniveau realisieren zu können. Im Bereich der Umsätze aus Handels-/Leasinggeschäft werden zwar rückläufige Erlöse erwartet, die aber voraussichtlich mit 21,2 Mio. Euro nach wie vor auf hohem Niveau liegen werden.

Trotz rückläufiger Inflationsrate wirken sich die gestiegenen Preise auf die Kostensituation der regio iT aus. Zudem wird für 2024 mit Personalkosten in Höhe von 63,2 Mio. Euro gerechnet, was einem Anstieg von 6,5 Mio. Euro gegenüber 2023 entspricht. Zum einen ist die sehr hohe Tarifsteigerung ab 1. März 2024 in Höhe von 200 Euro zzgl. 5,5 Prozent in der Planung berücksichtigt und zum anderen wird mit einem deutlichen Aufbau des Personalbestandes geplant.

In der Folge erwartet die regio iT für 2024 eine Steigerung des Rohergebnisses von 89,4 Mio. Euro auf 93,3 Mio. Euro. Das Ergebnis vor Steuern wird mit 6,2 Mio. Euro niedriger ausfallen (Vorjahreswert: 8,5 Mio. Euro). Die regio iT wird die gestiegenen Kosten größtenteils nicht an die Kunden weitergeben, weil die Preise für den Produkt-/Applikationsbetrieb auf mehrere Jahre hinweg fest vereinbart sind. Folglich wird die Kostenentwicklung zu Lasten des Ergebnisses gehen.

Zusammenfassend geht die regio iT weiterhin von einer guten Geschäftsentwicklung für das Jahr 2024 aus, auf deren Basis die geplanten Ziele erreicht werden können.

#### IV. Chancen- und Risikobericht

Entsprechend § 91 Abs. 2 Aktiengesetz hat die Geschäftsführung ein Überwachungssystem eingerichtet, das die rechtzeitige Erkennung von Risiken gewährleistet, die den Fortbestand des Unternehmens gefährden könnten. Analog zu unserem Controlling- und Planungsprozess führen regelmäßige Risiko-Inventuren nach einem konzerneinheitlichen Verfahren zu einer vollständigen Dokumentation aller Einzelrisiken. Für die verschiedenen Unternehmensbereiche und Gesellschaften sind Risikoverantwortliche benannt, die Gefahren und Chancen, die sie in ihren Bereichen erkannt haben, durch Abschätzung der Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewerten und sie nach einer wiederkehrenden Systematik dokumentieren. Die Risiken werden nach den Kategorien allgemeine externe, allgemeine interne, leistungswirtschaftliche und finanzwirtschaftliche Risiken unterschieden. Der Risikomanager führt die Ergebnisse in einem halbjährlichen standardisierten Bericht an die Leitungsorgane der Gesellschaft sowie deren Aufsichtsgremien zusammen. Aus den Ergebnissen der Risiko-Inventuren werden Maßnahmen zur Steuerung, zur Begrenzung und zur Minderung der Risiken abgeleitet. Die Risiken der E.V.A. sind aufgrund ihres Geschäftsmodells wenig operativ induziert. Diese liegen eher bei den großen Beteiligungsgesellschaften ASEAG und STAWAG.

Die Risikolage der STAWAG-Gruppe, zu der die Einzelgesellschaften STAWAG, Regionetz, STAWAG Energie und FACTUR Billing Solutions GmbH, Aachen, (FACTUR) gehören, zeigt zum Stichtag 31. Dezember 2023 ein gegenüber dem Vorjahr insgesamt verbessertes Bild. Die massiven Preisentwicklungen an den Energiemärkten haben sich auch 2023 deutlich positiv auf die Bereiche konventionelle Kraftwerksbeteiligungen und regenerative Erzeugungsanlagen ausgewirkt. Erst im Jahresverlauf

gaben die Beschaffungspreise wieder nach und die Märkte kamen zu wettbewerblichen Strukturen zurück. Auf der Vertriebsseite wirkte sich die Entwicklung der Beschaffungsmärkte ungünstig aus. Die STAWAG musste zum Jahresbeginn Preisanhebungen aufgrund der gestiegenen Beschaffungskosten vornehmen. Eine vollständige Weitergabe der Kosten war jedoch nicht möglich, sodass zu der bereits im Vorjahr gebildeten Rückstellung eine zusätzliche Drohverlustrückstellung von 4,8 Mio. Euro gebildet werden musste. Aufgrund der inzwischen wieder deutlich rückläufigen Deckungsbeiträge bei der Vermarktung der Kraftwerksscheibe TKL und der in Zukunft wieder zu erwartenden Unterdeckung bei den Fixkosten wird auch hier die bestehende Drohverlustrückstellung fortgeführt und um 0,5 Mio. Euro auf 64,6 Mio. Euro angepasst.

Im Jahr 2023 stiegen die Kapitalmarktzinsen bis Oktober weiter an. Zinsgedingte Zuführungen zu Pensionsrückstellungen, wie es die STAWAG jahrelang im Ergebnis verkräften musste, haben aktuell keinen Einfluss mehr auf die Risikolage. Im Hinblick auf die in vielen Ländern gewollte Abkehr von fossilen Brennstoffen und die Förderung regenerativer Energiequellen gibt es mittlerweile diverse Initiativen und Gesetzesvorhaben zur Energietransformation. Diese Transformation wird zu hohen Neuinvestitionen, auch in umweltschonende Technologien führen. Es bleiben viele Unsicherheiten darüber, wie schnell die Transformation vollzogen und finanziert werden kann. Darüber hinaus gehören die unbeeinflussbaren Wetterrisiken mit ihren positiven und negativen Effekten auf die Absatzmengen unverändert zum Geschäftsmodell der STAWAG und der Regionetz. Marktbedingt rechnet die STAWAG mit einer rückläufigen Absatzentwicklung. Chancenreich sieht die STAWAG unverändert die Projektentwicklungen in ihrer Tochtergesellschaft STAWAG Energie, in der der weitere Ausbau von regenerativen Energie-

erzeugungsanlagen betrieben wird. In der zwischen STAWAG und EWW bestehenden Netzkoope-ration in der Regionetz wird der Erfolg künftig noch mehr in der Hebung und Realisierung von Synergiepotenzialen liegen. Auch der von den Gremien beschlossene Zusammenschluss von STAWAG und enwor bietet neue Möglichkeiten, das Ergebnisniveau der STAWAG-Gruppe von 50 – 60 Mio. Euro zu halten. Aus heutiger Sicht sind daher keine Risiken zu erkennen, die den Fortbestand der STAWAG-Gruppe oder einzelner Segmente im Berichtszeitraum gefährdet haben oder über diesen hinaus gefährden könnten.

Im Risikoportfolio der ASEAG zum 31. Dezember 2023 wird seit der Corona-Pandemie das neue Risiko einer Pandemie aufgeführt. Auch wenn die Eintrittswahrscheinlichkeit einer erneuten Pandemie in den kommenden Jahren nach der inzwischen als beendet erklärten Corona-Pandemie als gering eingestuft wird, können die wirtschaftlichen Auswirkungen erheblich sein, ungeachtet dessen, dass diese im Wesentlichen durch staatliche Zuschüsse aufgefangen werden. Nach der Corona-Pandemie traten mit der Einführung des Deutschlandtickets neue Unsicherheiten für die ASEAG ein. Zunächst war nicht klar, ob die hierfür von Bund und Ländern bereitgestellten Zuschüsse nur die wirtschaftlichen Nachteile des Jahres 2023 ausgleichen sollten oder ob die Politik zur Förderung der Verkehrswende eine nachhaltige Finanzierungszusage gibt. Mittlerweile kann aber als gesichert angenommen werden, dass die Förderung des Deutschlandtickets im Jahr 2024 fortgesetzt wird. Für die Folgejahre bleibt die Finanzierungsunsicherheit jedoch weiterhin bestehen. Das Deutschlandticket hat sicher seinen Teil dazu beigetragen, dass die ASEAG in vielen Produktbereichen bereits wieder das Vor-Corona-Niveau erreichen konnte. Bremsend für die angestrebte Verkehrswende wirken sich aber die Personalknappheit und die

zunehmenden Finanzierungsschwierigkeiten für umweltfreundliche Mobilität aus. Mittel- bis langfristig wird davon ausgegangen, dass in städtischen Gebieten der Trend hin zum ÖPNV wieder einsetzen wird – je urbaner, desto stärker. Hierin sieht die ASEAG weiterhin eine Chance für sich als Mobilitätsdienstleister. Die aktuellen parteipolitischen Diskussionen sowie der angesagte Kampf gegen den Klimawandel unterstreichen die Chancen zwar, dennoch hat die ASEAG auch Zweifel daran, dass sich der Bund an einer nachhaltigen und langfristigen Finanzierung der Ertragsausfälle aus dem Deutschlandticket und der Verkehrswende beteiligen wird. Vielmehr könnten die derzeitigen Zuschüsse als Anschubfinanzierung gesehen werden.

Aktuelle Zinsprognosen sind in die mittelfristige Wirtschaftsplanung der ASEAG eingeflossen. Dabei wird aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung davon ausgegangen, dass die Zinseffekte auf die Pensionsrückstellungen gegenüber den vorherigen Jahren deutlich rückläufig sein werden. Dennoch können sich weiter verändernde Rahmenparameter (Zinssätze/Zinsprognosen, Tarifabschlüsse) zu zusätzlichen erheblichen Ergebnisbelastungen entwickeln. Dagegen konnten die Zusatzbelastungen aus dem im Jahr 2010 geänderten BilMoG bereits im Jahr 2017 abgeschlossen werden. Um insgesamt die Abhängigkeit der Pensionsrückstellungen von der Zinsentwicklung zu reduzieren, hat die ASEAG den Durchführungsweg für neu zu schaffende Altersvorsorge im Jahr 2016 geändert. Dies ermöglicht eine andere bilanzielle Darstellungsweise, ohne dass jedoch dadurch die letztendlich zu zahlende Altersvorsorge in der Höhe beeinflusst wird. Der für die ASEAG durch die Direktvergabe bestehende Bestandsschutz bis 2027 für die von der ASEAG erbrachten Verkehrsleistungen für die gesamte StädteRegion Aachen trägt auch darüber hinaus kein Risiko, sofern der politische Wille hierzu gegeben ist. Daran

hindert auch die aktuelle Rechtsprechung zur Inhouse-Vergabe nach § 108 GWB nichts. Das in den Vorjahren mehrfach dargelegte Risiko einer Korrektur des Beteiligungswertes der APAG ist letztlich eingetreten. Im Jahresabschluss 2023 erfolgte eine Abschreibung des Wertansatzes um 5 Mio. Euro. Weiterhin hohe Instandhaltungsaufwendungen stellen auch in den kommenden Jahren eine Herausforderung dar, die den Beteiligungswert unter Druck setzen. Zur Stabilisierung des Unternehmenswertes wurden im Rahmen der Wirtschaftsplanung 2024 ff. Steigerungen der Kurzparkertarife und Maßnahmen zur Steigerung des Eigenkapitals und damit der Eigenfinanzierungskraft der APAG berücksichtigt. Insgesamt gilt es, das Bewertungsrisiko der Beteiligung weiterhin zu überwachen. Nachdem seit längerem aus dem Tariftreue- und Vergabegesetz kein unmittelbares Risiko für die Vergabe von Leistungen an Subunternehmer mehr besteht, verbleibt das Risiko eines schleichenden, überproportionalen Kostenanstiegs in diesem Bereich. Der derzeitige Tarifpartner gilt bei Tarifverhandlungen als deutlich durchsetzungsstärker. Im Bereich der Tarifverträge wird von der Nahverkehrsgewerkschaft NahVG sogar das bei ASEAG und ESBUS bis 2027 gültige Tarifmodell in Frage gestellt. Unter Umständen ist das Fortbestehen der ESBUS mit ihren derzeitigen Regelungen bis 2027 nicht als gesichert anzusehen. Die aktuellen Schwierigkeiten aller Verkehrsunternehmen bei der Personalbeschaffung verstärken das Risiko überdurchschnittlicher Lohnsteigerungen sicher noch, weswegen dieser Sachverhalt in der Wirtschaftsplanung adäquat berücksichtigt wurde.

Weitere wesentliche Risiken ergeben sich für die ASEAG aus Umweltbelangen. Sie machen es erforderlich, dass die ASEAG schneller als geplant kostenintensive, schadstoffreduzierende oder umweltpolitische Maßnahmen einzuleiten hat. Dabei stehen aktuell nicht mehr Themen

wie Umweltzone oder Dieselfahrverbote im Vordergrund. Vielmehr sorgt die Clean Vehicles Richtlinie der EU und deren Umsetzung in nationales Recht weiterhin für umweltpolitischen Druck, der die ASEAG belastet. Demnach müssen zukünftig erhebliche Anteile der Fahrzeugbeschaffung E-Busse oder Wasserstoffbusse (inkl. Brennstoffzelle) beinhalten. Hinzu kommt, dass von der ASEAG als kommunales Unternehmen im Zuge der Umstellung auf saubere Antriebstechnologien eine Vorreiterrolle in der Region erwartet wird. Dies spiegelt sich beispielsweise im Grundsatzbeschluss des Mobilitätsausschusses der Stadt Aachen zum Ende des Geschäftsjahres 2021 wider, der vorsieht, dass die ASEAG bei Ersatzbeschaffungen zukünftig ausschließlich auf saubere Fahrzeuge zurückgreifen soll. Bei der Finanzierung dieser Maßnahmen setzt die ASEAG weiterhin auf Förderprogramme des Landes bzw. des Bundes und auf die Co-Finanzierung durch die Aufgabenträger als Besteller der Verkehrsleistungen. Im Jahr 2023 erhielt die ASEAG einen Förderbescheid für insgesamt 90 Busse bis zum Jahr 2026.

Auch zukünftig bleibt ein wesentliches Risiko der ASEAG die Abhängigkeit von Zuschüssen und Fördermitteln. Sie variieren je nach Ticketart, unterliegen in der Regel keiner Dynamisierung und stehen häufig zur jährlichen Disposition bei Haushaltsplanungen an, sodass damit stets die Notwendigkeit verbunden ist, wegfallende oder stagnierende Zuschüsse durch andere geeignete finanzielle Maßnahmen zu kompensieren. Zusätzlich zu den bereits heute vom Bund und vom Land bezuschussten Tickets für spezielle Kundengruppen (z. B. Studenten, Schüler, Empfänger von Sozialleistungen) sowie des allgemeinen Deutschlandtickets, bereitet der ASEAG die Einführung des Deutschlandtickets Sozial als Ersatz für das Mobil-Ticket (i. W. Empfänger von staatlichen Leistungen) Gedanken. Hierdurch würde sich die Unterdeckung in diesem

Tarifsegment spürbar erhöhen. Es zeigt, dass die Abhängigkeit der ASEAG als kommunales Verkehrsunternehmen von Entscheidungen beim Bund und beim Land erheblich zunimmt und Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse in der Region abzielen kaum noch realisierbar sind. Die weitere Entwicklung der ÖPNV-Finanzierung gilt es daher kritisch zu beobachten.

Die E.V.A. nimmt im Konzern Querschnittsfunktionen in Form von Dienstleistungen wahr und ist darüber hinaus eine geschäftsführende Holding sowie eine steuerliche Organträgerin. Damit trägt sie sämtliche steuerliche Risiken aus den angeschlossenen Organgesellschaften, die sich aus den Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz ergeben.

Für erkennbare Risiken aus Betriebsprüfungen wird durch Rückstellungsbildung rechtzeitig vorgesorgt. Dennoch zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre, dass steuerliche Vorgänge zunehmend komplexer geworden sind, schwieriger zu deklarieren sind und sich zuweilen stark von der wirtschaftlichen Beurteilung in der Handelsbilanz entfernen können. Steuerliche Risiken im Zusammenhang mit Steuergesetzänderungen sind allerdings aktuell nicht erkennbar.

Das Geschäftsergebnis der E.V.A. wird in hohem Maße von der Entwicklung der Ergebnisse im Energiebereich der STAWAG und insbesondere von den Verlusten im ÖPNV-Bereich der ASEAG bestimmt. Hieraus entsteht bei der E.V.A. zwar ein mögliches Risiko einer Ergebnis- und Liquiditätsunterdeckung, jedoch ist dieses mit dem Geschäftsjahr 2022 und einem erzielten Nachsteuerergebnis von 26,3 Mio. Euro weitgehend minimiert. Vielmehr knüpft die E.V.A. nochmals an die äußerst positive Entwicklung des letzten Jahres an und beendet das Geschäftsjahr 2023 mit einem Ergebnis nach Steuern in Höhe von 22,0 Mio. Euro. Das wiederum überdurchschnittlich gute Ergebnis führt dazu, dass die E.V.A. ihren Verlustvortrag, der in der Spitze 50,8 Mio.

Euro zum 31. Dezember 2021 betrug, zum 31. Dezember 2023 nahezu abgebaut und das Eigenkapital der E.V.A. insofern wieder deutlich gestärkt werden konnte. Gemäß der aktuellen Wirtschafts- und Mittelfristplanung 2024–2028 geht die E.V.A. ferner davon aus, auch weiterhin deutlich positive Jahresüberschüsse zu erzielen, womit die in der Vergangenheit erhaltenen Ausgleichszahlungen der Stadt Aachen nicht mehr erforderlich sind. Aus diesem Grund wurde ein Gesellschafterbeschluss gefasst, die seit dem Jahr 2013 im E.V.A.-Gesellschaftsvertrag verankerte Ausgleichsverpflichtung gem. § 15 Abs. 3, aus der die Stadt Aachen insgesamt bereits rd. 65,0 Mio. Euro an die E.V.A. geleistet hat, zu streichen. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht zeigt sich die Liquiditätsentwicklung der E.V.A. nach der Gewinnausschüttung durch die STAWAG und dem Verlustausgleich an die ASEAG nochmals deutlich positiver als im letzten Jahr. Bei Bedarf kann die E.V.A., auch wenn dies aktuell nicht absehbar ist, auch weiterhin kurzfristige Liquidität aus dem konzerninternen Cash-Pool in Anspruch nehmen.

Die aktuelle Überprüfung der Risikosituation zeigt, dass insbesondere die zuletzt außerordentlich hohen Ergebnisbeiträge aus dem Energiebereich maßgeblich dazu beigetragen haben, die E.V.A. wieder in eine ausbalancierte Ergebnis- und Finanzsituation zu führen. Damit ist die Grundlage für den langfristigen Fortbestand der E.V.A. bei Wahrnehmung ihrer originären Aufgaben und unter Einbezug des steuerlichen Querverbundes sichergestellt. Konkrete Risiken wurden in den Jahresabschlüssen der Einzelgesellschaften, soweit zulässig, durch adäquate Rückstellungsbildung berücksichtigt bzw. wurden in den Wirtschaftsplänen der Gesellschaften abgebildet.

**Berichterstattung nach § 108 Abs. 3 Nr. 2  
GO NW**

Gesellschaftsvertragsmäßiger Gegenstand der E.V.A. ist die Versorgung mit Elektrizität, Gas, Wasser und Wärme, die Erfüllung anderer Versorgungsaufgaben, die Durchführung von Entsorgungsaufgaben sowie der öffentliche Nahverkehr, die Durchführung von Gelegenheitsverkehr, die Schaffung und Vorhaltung von allgemein zugänglichen Parkflächen, die Verwaltung von Vermögen in der StädteRegion Aachen und deren Umgebung sowie die Erbringung unterstützender Verwaltungsdienstleistungen zur Deckung des Eigenbedarfs ihrer kommunalen Gesellschafter. Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die den Gesellschaftszweck fördern.

Sie kann sich hierbei anderer Unternehmen bedienen, sich an ihnen beteiligen oder solche Unternehmen sowie Hilfs- und Nebenbetriebe errichten, erwerben oder pachten.

Die Gesellschaft ist eine geschäftsleitende Holding-Gesellschaft. Sie hat die Aufgabe, nach Maßgabe abzuschließender Unternehmensverträge (§ 291 AktG) die Leitung der STAWAG und der ASEAG zu übernehmen sowie den Gewinn- und Verlustausgleich vorzunehmen. Sie kann weitere Beteiligungen halten und auch gegenüber weiteren Unternehmen als geschäftsführende Holding tätig werden.

Die im Lagebericht und im Anhang für die E.V.A. und für den Konzern gegebenen Erläuterungen und Daten veranschaulichen, dass die Gesellschaft den aus ihrer satzungsmäßigen Aufgabenstellung folgenden öffentlichen Zwecken auch im Jahr 2023 voll gerecht wurde.

Aachen, den 14. Juni 2024

Energieversorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung  
Aachen

**DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG**

Dr. Christian Becker



Michael Carmincke



# Konzern

Konzernabschluss >>

# Konzernbilanz zum 31. Dezember 2023

Aktiva	Anhang	31.12.2023 Euro	31.12.2022 TEuro
<b>A. Anlagevermögen</b>	_ 1		
I. Immaterielle Vermögensgegenstände			
1. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		12.858.872,59	14.632
2. Geschäfts- oder Firmenwert		580.136,00	653
3. Geleistete Anzahlungen		<u>7.864.549,51</u>	<u>1.114</u>
		21.303.558,10	16.399
II. Sachanlagen			
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		52.363.073,08	53.186
2. Fahrzeuge für Personenverkehr		23.799.610,00	28.813
3. Technische Anlagen und Maschinen einschließlich Verteilungsanlagen		903.279.017,79	869.894
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung		35.649.288,82	25.078
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau		<u>69.502.565,38</u>	<u>60.929</u>
		1.084.593.555,07	1.037.900
III. Finanzanlagen			
1. Anteile an verbundenen Unternehmen		261.646,45	267
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen		53.613.688,06	53.841
3. Beteiligungen		94.624.757,90	94.373
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		15.022.394,55	15.574
5. Sonstige Ausleihungen		<u>457.816,39</u>	<u>512</u>
		163.980.303,35	164.567
		<b>1.269.877.416,52</b>	<b>1.218.866</b>
<b>B. Umlaufvermögen</b>	_ 2		
I. Vorräte			
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		8.649.795,03	6.379
2. Unfertige Leistungen		13.026.292,00	15.427
3. Waren		<u>30.136.443,82</u>	<u>47.648</u>
		51.812.530,85	69.454
II. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände			
1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		125.380.669,33	116.662
2. Forderungen gegen verbundene Unternehmen		604.284,95	834
3. Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		41.219.711,26	61.236
4. Forderungen gegen Gesellschafter		8.258.116,37	19.991
5. Sonstige Vermögensgegenstände		<u>22.933.575,43</u>	<u>28.366</u>
		198.396.357,34	227.089
III. Wertpapiere	_ 3		
Sonstige Wertpapiere		<u>30.000.000,00</u>	<u>10.000</u>
		30.000.000,00	10.000
IV. Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten		<u>107.433.771,73</u>	<u>73.116</u>
		<b>387.642.659,92</b>	<b>379.659</b>
<b>C. Rechnungsabgrenzungsposten</b>		<b>11.225.762,44</b>	15.565
		<b>1.668.745.838,88</b>	1.614.090

Passiva	Anhang	31.12.2023 Euro	31.12.2022 TEuro
<b>A. Eigenkapital</b>	– 4		
I. Gezeichnetes Kapital		14.049.880,00	14.050
II. Kapitalrücklage		43.753.000,00	43.753
III. Gewinnrücklagen		99.821.164,64	98.603
IV. Nicht beherrschende Anteile		174.593.741,43	178.397
V. Konzernbilanzverlust		<u>-39.897.408,14</u>	<u>-68.126</u>
		<b>292.320.377,93</b>	266.677
<b>B. Ausgleichsposten für aktivierte eigene Anteile</b>		<b>25.000,00</b>	25
<b>C. Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung</b>	– 5	<b>18.841.060,00</b>	20.187
<b>D. Zuschüsse</b>	– 6		
1. Baukostenzuschüsse		36.336.340,15	37.409
2. Sonstige Zuschüsse		<u>745.645,46</u>	<u>4.031</u>
		<b>37.081.985,61</b>	41.440
<b>E. Rückstellungen</b>	– 7		
1. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		471.299.733,85	441.156
2. Steuerrückstellungen		13.496.267,98	12.673
3. Sonstige Rückstellungen		<u>188.366.571,43</u>	<u>143.418</u>
		<b>673.162.573,26</b>	597.247
<b>F. Verbindlichkeiten</b>	– 8		
1. Genussscheinkapital		140.090,00	139
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		478.490.727,96	423.988
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen		20.431.216,89	62.980
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		3.418.060,68	3.325
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		10.388.976,32	48.121
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern		39.005.988,85	31.417
7. Sonstige Verbindlichkeiten		<u>54.768.402,16</u>	<u>77.848</u>
		<b>606.643.462,86</b>	647.818
<b>G. Rechnungsabgrenzungsposten</b>	– 9	<b>9.219.457,53</b>	6.969
<b>H. Passive latente Steuern</b>	– 10	<b>31.451.921,69</b>	33.727
		<b>1.668.745.838,88</b>	1.614.090

# Konzern – Gewinn- und Verlustrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2023

	Anhang	2023 Euro	2022 TEuro
1. Umsatzerlöse	_ 11		
a) Brutto-Umsatzerlöse		1.081.763.540,26	1.071.091
b) Strom- und Energiesteuer		-14.119.097,61	-14.336
		<u>1.067.644.442,65</u>	<u>1.056.755</u>
2. Erhöhung/Verminderung (-) des Bestands an unfertigen Leistungen		1.213.187,53	1.181
3. Andere aktivierte Eigenleistungen		15.998.097,19	13.501
4. Sonstige betriebliche Erträge	_ 12	30.870.320,71	41.185
5. Materialaufwand	_ 13		
a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren		-511.168.875,89	-536.963
b) Aufwendungen für bezogene Leistungen		-223.529.523,68	-200.983
		<u>-734.698.399,57</u>	<u>-737.946</u>
6. Personalaufwand	_ 14		
a) Löhne und Gehälter		-109.790.801,09	-106.285
b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		-62.410.420,57	-32.989
		<u>-172.201.221,66</u>	<u>-139.274</u>
7. Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen		-63.536.680,77	-58.992
8. Sonstige betriebliche Aufwendungen	_ 15	-102.010.895,88	-100.820
<b>Betriebsergebnis</b>		<b>43.278.850,20</b>	75.590
9. Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	_ 16	9.056.618,43	10.951
10. Erträge aus Beteiligungen		15.691.850,52	8.798
11. Erträge aus Gewinnabführungsverträgen	_ 17	172.987,33	52
12. Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens	_ 18	1.448.269,25	1.741
13. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge		2.835.349,06	1.452
14. Abschreibungen auf Finanzanlagen	_ 19	-2.184.169,68	-210
15. Aufwendungen aus der Verlustübernahme		-2.015,71	-28
16. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	_ 20	-15.661.437,15	-22.958
17. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	_ 21	-14.809.868,06	-16.392
<b>18. Ergebnis nach Steuern</b>		<b>39.826.434,19</b>	58.996
19. Sonstige Steuern	_ 22	-1.387.301,52	-1.125
20. Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter		-10.923.262,30	-14.768
<b>21. Konzernjahresüberschuss</b>		<b>27.515.870,37</b>	43.103
22. Verlustvortrag		-68.126.000,57	-105.792
23. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Gewinn		-1.254.947,81	-1.870
24. Nicht beherrschenden Anteilen zustehender Verlust		3.188.440,27	3.188
25. Einstellungen in andere Gewinnrücklagen		-1.220.770,40	-6.755
<b>26. Konzernbilanzverlust</b>		<b>-39.897.408,14</b>	-68.126

# Konzernanhang

## Konsolidierungskreis und Konsolidierungsgrundsätze

In den Konsolidierungskreis sind neben der E.V.A. fünfundzwanzig Tochtergesellschaften gemäß Aufstellung des Anteilsbesitzes zum Bilanzstichtag 31. Dezember 2023 einbezogen. Die Windpark Simmerath II GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Simmerath II) und die Windpark Erftstadt GmbH & Co. KG, Aachen, (WP Erftstadt) werden erstmalig in den Konzernabschluss einbezogen.

Ein Wahlrecht nach § 296 Abs. 1 Nr. 1 HGB im Zusammenhang mit einer möglichen Nichtkonsolidierung wurde in Bezug auf die regionetz GmbH, Aachen, (Regionetz) nicht ausgeübt.

Das dem Konzernergebnis zuzurechnende Jahresergebnis der folgenden Tochterunternehmen macht weniger als 3,5 Prozent aus und ist somit von untergeordneter Bedeutung. Ferner würde sich die Einbeziehung dieser Unternehmen nicht wesentlich auf die Konzern-Vermögens- und Finanzlage auswirken. Demgemäß wurden folgende Tochterunternehmen gemäß § 296 Abs. 2 HGB wegen untergeordneter Bedeutung für die Vermittlung eines den tatsächlichen Verhältnissen entsprechenden Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage nicht in den Konzernabschluss einbezogen:

- Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH, Aachen, (Akreka)
- ASEAG-Reisen GmbH, Aachen, (ARG)
- ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH, Eschweiler, (ESBUS)
- STAWAG Energie Komplementär GmbH, Aachen, (STAWAG Energie Komplementär)
- Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH, Aachen, (SA Giebelstadt Verwaltung)
- STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath, (Simmerath Verwaltung)

- STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau, (Monschau Verwaltung)
- Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG, Aachen, (Infrastruktur Turnow)

Die Beteiligung an den Stadtwerken Lübeck Energie GmbH, Lübeck, (SW Lübeck) wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem fortgeführten Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens wurde mit einer Laufzeit von fünf Jahren planmäßig linear abgeschrieben.

Die Beteiligung an der regio iT wird ebenfalls als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt.

Die Beteiligung an der WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH, Roetgen, (WAG) wird als Beteiligung an assoziierten Unternehmen nach der Equity-Methode mit dem fortgeführten Buchwert angesetzt. Der Unterschiedsbetrag zwischen dem Buchwert und dem anteiligen Eigenkapital des assoziierten Unternehmens entspricht dem enthaltenen Geschäfts- oder Firmenwert und beläuft sich zum Bilanzstichtag auf 734 TEuro. Der Geschäfts- oder Firmenwert wird mit einer Laufzeit von 10 Jahren planmäßig linear abgeschrieben. Die Abschreibung wird unter Abschreibungen auf Finanzanlagen und die Änderung des Buchwertes unter Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen ausgewiesen.

Die übrigen wesentlichen Beteiligungen sind ebenfalls in der gesonderten Aufstellung des Anteilsbesitzes aufgeführt. Die dort genannten Gesellschaften sind für die Beurteilung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns aufgrund ihres geringen Ergebnisbeitrags von untergeordneter Bedeutung und werden des-

halb nicht als assoziierte Unternehmen behandelt, sondern als Beteiligungen bilanziert.

Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die vor dem 1. Januar 2010 erworben wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 Satz 2 Nr. 1 HGB a. F. (Buchwertmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Die aktiven und passiven Unterschiedsbeträge aus den Erstkonsolidierungen wurden den anderen Gewinnrücklagen zugeordnet. Die Kapitalkonsolidierungen erfolgten – bezogen auf die Unternehmen, die nach dem 31. Dezember 2009 erworben bzw. einbezogen wurden – entsprechend § 301 Abs. 1 HGB (Neubewertungsmethode) zum Zeitpunkt der Erstkonsolidierung bzw. zum Zeitpunkt des Anteilserwerbs. Forderungen und Verbindlichkeiten, Umsätze, Erträge und Aufwendungen zwischen den konsolidierten Unternehmen wurden eliminiert.

Zwischengewinne innerhalb der Konzernunternehmen wurden – soweit von Bedeutung – eliminiert.

## **Form und Darstellung des Jahresabschlusses**

### **Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze**

Die selbst geschaffenen gewerblichen Schutzrechte und ähnlichen Rechte und Werte werden zu Herstellungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet.

Die entgeltlich erworbenen immateriellen Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten, vermindert um lineare Abschreibungen, bewertet. Die Abschreibungen wurden planmäßig vorgenommen.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens sind zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um lineare Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten für selbst erstellte Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch in angemessenem Umfang Gemeinkosten. Erhaltene Investitionszuschüsse werden von den Anschaffungswerten abgesetzt.

Erhaltene Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge wurden von 2003 bis 2008 bei dem Sachanlagevermögen in Abzug gebracht. Ab dem Jahr 2009 werden die Baukostenzuschüsse für Hausanschlusskostenbeiträge passiviert und entsprechend der Nutzungsdauer der zugrunde liegenden Wirtschaftsgüter erfolgswirksam aufgelöst. Die Baukostenzuschüsse für das vorgelagerte Netz werden mit einer Laufzeit von 20 Jahren aufgelöst.

Um die Klarheit der Darstellung zu verbessern, wurde die Gliederung des Sachanlagevermögens um die Position Fahrzeuge für Personenverkehr ergänzt. Die planmäßigen Abschreibungen erfolgen grundsätzlich entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer der Anlagegüter. Im Rahmen des Jahresabschlusses wurde eine Harmonisierung der Nutzungsdauern vorgenommen. Dabei wurden Bestands-

anlagen, deren Nutzungsdauer durch amtliche AfA-Tabellen geprägt waren, den Nutzungsdauern nach StromNEV und GasNEV angeglichen. Die betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauern betragen bei:

Immateriellen Vermögensgegenständen	3 – 10 Jahre
Gebäuden und Bauten	2 – 90 Jahre
Fahrzeugen für Personenverkehr	5 – 12 Jahre
Technischen Anlagen und Maschinen	1 – 45 Jahre
Betriebs- und Geschäftsausstattung	1 – 25 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter bis 250 Euro werden sofort als Aufwendungen behandelt. Zugänge zu den geringwertigen Anlagengütern im Wert zwischen 250 Euro und 800 Euro werden aktiviert und im laufenden Wirtschaftsjahr vollständig abgeschrieben.

Die Anteile an den nicht konsolidierten verbundenen Unternehmen und Beteiligungen sind zu Anschaffungskosten oder zum niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt. Die enthaltenen Wertminderungen aus Vorjahren sind voraussichtlich von Dauer. Zinslose und niedrig verzinsliche Ausleihungen aus Arbeitgeberdarlehen werden mit 5,5 Prozent auf den Barwert abgezinst.

In den Vorräten sind die Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe unter Beachtung des Niederstwertprinzips zu den durchschnittlichen Einstandspreisen oder zu niedrigeren Tageswerten bewertet. Die als Waren ausgewiesenen eingespeicherten Gasmengen sind zu Anschaffungskosten in gleitendem Durchschnitt oder zu niedrigeren realisierbaren Tageswerten bewertet. Unfertige Leistungen werden mit Herstellungskosten bewertet, die auch angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten und des Werteverzehrs des Anlagevermögens, soweit dieser durch die Fertigung veranlasst ist, enthalten.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände sind zum Nennwert oder – soweit erforderlich – zum Barwert bilanziert; erkennbare Ausfallrisiken werden durch angemessene Bewertungsabschläge berücksichtigt. In den Bereichen Energie- und Wasserversorgung sowie der Netzentgeltabrechnung kommt das rollierende Verfahren für die Abrechnung der Tarifkunden zum Einsatz. Damit bestehen aus der Hochrechnung Forderungen aus noch nicht abgerechneten Lieferungen, die mit erhaltenen Anzahlungen saldiert werden.

Die Anteile an verbundenen Unternehmen im Umlaufvermögen werden zu ihren Anschaffungskosten ausgewiesen.

Liquide Mittel werden zum Nennwert angesetzt.

Die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen wurden nach der Projected-Unit-Credit-Methode unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze mit einem Zinsfuß von 1,82 Prozent p. a., einer erwarteten Lohn- und Gehaltssteigerung von 2 bis 2,5 Prozent p. a., einer jährlichen Steigerung der Beitragsbemessungsgrundlage von 2,0 Prozent, einer jährlichen Rentenanpassung von 1 Prozent p. a. von 1 bis 2 Prozent p. a. auf Basis der „Richttafeln 2018 G“ von Prof. Dr. Klaus Heubeck bewertet. Es wurde eine altersabhängige Fluktuation nach einer konzernweiten spezifischen Fluktuationstabelle zugrunde gelegt. Der in den Rückstellungszuführungen enthaltene Zinsanteil ist im Zinsaufwand ausgewiesen.

Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 Satz 1 HGB beträgt 6.283 TEuro und ergibt sich aus dem Unterschied zwischen dem Verpflichtungswert zum 31. Dezember 2023 mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben bzw. zehn Geschäftsjahre.

Die langfristigen Rückstellungen werden nach § 253 Abs. 2 HGB pauschal mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz abgezinst.

Bei den übrigen Rückstellungen wurde nach vorsichtiger kaufmännischer Beurteilung allen erkennbaren Risiken und ungewissen Verpflichtungen angemessen und ausreichend Rechnung getragen. Die Rückstellungen sind grundsätzlich mit den Erfüllungsbeträgen passiviert.

Die Verbindlichkeiten sind mit ihren Erfüllungsbeträgen ausgewiesen.

Die latenten Steuern werden für zeitliche, sich in der Zukunft voraussichtlich umkehrende Differenzen zwischen handels- und steuerrechtlichen Bilanzansätzen gebildet, soweit dies nach § 274 und § 306 HGB zulässig ist. Die Berechnung der latenten Steuern erfolgte im Geschäftsjahr unter Verwendung eines Steuersatzes von 15,825 Prozent für Körperschaftsteuer und 16,625 Prozent für Gewerbesteuer. Aktive und passive latente Steuern werden miteinander saldiert.

Im Rahmen eines Umwandlungsvorgangs wurden das Vermögen und die Schulden der Regio-Temp GmbH (vormals regionetz GmbH) rückwirkend zum 1. Januar 2018 verschmolzen. Die erlangten Vermögensgegenstände wurden im Konzernabschluss zu einem beizulegenden Wert nach der Neubewertungsmethode bilanziert. Dieser beizulegende Wert lag 134,2 Mio. Euro oberhalb der handelsrechtlichen Buchwerte. Der sich ergebende passivische Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung betrug 26,9 Mio. Euro. Weiterhin resultierten aus der Hebung der stillen Reserven passive latente Steuern in Höhe von 43,6 Mio. Euro. Die Auflösung der gebildeten Passivposten erfolgt über eine Nutzungsdauer von 20 Jahren und korrespondiert mit den Abschreibungen, die sich aus der Hebung der stillen Reserve ergibt.

# Konzern

## Konzern-Anlagevermögen >>

# Entwicklung des Konzern-Anlagevermögens

	Anschaffungs-/Herstellungskosten					Stand 31.12.2023 Euro
	Stand 1.1.2023 Euro	Zugänge Euro	Abgänge Euro	Abgang aus Erstkonsoli- dierung Euro	Umbuchungen Euro	
<b>I. Immaterielle Vermögensgegenstände</b>						
1. Selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	11.080.194,72	0,00	0,00	0,00	0,00	<b>11.080.194,72</b>
2. Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	47.676.514,43	2.343.355,91	699.412,08	0,00	314.401,21	<b>49.634.859,47</b>
3. Geschäfts- oder Firmenwert	1.015.242,86	0,00	0,00	0,00	0,00	<b>1.015.242,86</b>
4. Geleistete Anzahlungen	1.113.736,74	2.707.541,44	0,00	0,00	4.043.271,33	<b>7.864.549,51</b>
	<u>60.885.688,75</u>	<u>5.050.897,35</u>	<u>699.412,08</u>	<u>0,00</u>	<u>4.357.672,54</u>	<b>69.594.846,56</b>
<b>II. Sachanlagen</b>						
1. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	145.587.376,46	802.321,62	532.460,34	0,00	816.970,20	<b>146.674.207,94</b>
2. Fahrzeuge für Personenverkehr	58.671.129,32	-1.338.757,54 <sup>1)</sup>	1.160.520,80	0,00	0,00	<b>56.171.850,98</b>
3. Technische Anlagen und Maschinen	1.930.121.554,58	56.133.301,02 <sup>2)</sup>	6.261.256,25	0,00	26.604.724,09	<b>2.006.598.323,44</b>
4. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	74.483.192,93	4.603.147,64 <sup>3)</sup>	2.553.439,88	0,00	10.589.455,73	<b>87.122.356,42</b>
5. Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	60.929.204,72	50.942.183,22	0,00	0,00	-42.368.822,56	<b>69.502.565,38</b>
	<u>2.269.792.458,01</u>	<u>111.142.195,96</u>	<u>10.507.677,27</u>	<u>0,00</u>	<u>-4.357.672,54</u>	<b>2.366.069.304,16</b>
<b>III. Finanzanlagen</b>						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	315.786,77	0,00	0,00	5.000,00	0,00	<b>310.786,77</b>
2. Beteiligungen an assoziierten Unternehmen	68.813.160,55	3.119.979,21	3.163.665,26	0,00	0,00	<b>68.769.474,50</b>
3. Beteiligungen	113.319.522,82	2.251.567,42	0,00	0,00	0,00	<b>115.571.090,24</b>
5. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	15.573.930,51	0,00	551.535,96	0,00	0,00	<b>15.022.394,55</b>
6. Sonstige Ausleihungen	5.681.817,49	30.579,04	84.230,32	0,00	0,00	<b>5.628.166,21</b>
	<u>203.704.218,14</u>	<u>5.402.125,67</u>	<u>3.799.431,54</u>	<u>5.000,00</u>	<u>0,00</u>	<b>205.301.912,27</b>
	<u>2.534.382.364,90</u>	<u>121.595.218,98</u>	<u>15.006.520,89</u>	<u>5.000,00</u>	<u>0,00</u>	<b>2.640.966.062,99</b>

1) nach Abzug von 2.399.184,04 Euro Investitionszuschüssen

2) nach Abzug von 1.873.142,46 Euro Investitionszuschüssen

3) nach Abzug von 3.128.649,64 Euro Investitionszuschüssen

Abschreibungen				Buchwerte		
Stand 1.1.2023	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand 31.12.2023	Stand 1.1.2023	Stand 31.12.2023
Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro	Euro
11.080.194,72	0,00	0,00	0,00	<b>11.080.194,72</b>	0,00	<b>0,00</b>
33.044.249,68	4.432.849,28	699.412,08	-1.700,00	<b>36.775.986,88</b>	14.632.264,75	<b>12.858.872,59</b>
362.589,86	72.517,00	0,00	0,00	<b>435.106,86</b>	652.653,00	<b>580.136,00</b>
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	1.113.736,74	<b>7.864.549,51</b>
<u>44.487.034,26</u>	<u>4.505.366,28</u>	<u>699.412,08</u>	<u>-1.700,00</u>	<b>48.291.288,46</b>	16.398.654,49	<b>21.303.558,10</b>
92.401.463,73	2.149.358,91	239.687,78	0,00	<b>94.311.134,86</b>	53.185.912,73	<b>52.363.073,08</b>
29.857.526,32	3.525.370,46	1.010.655,80	0,00	<b>32.372.240,98</b>	28.813.603,00	<b>23.799.610,00</b>
1.060.227.935,26	48.962.677,69	5.873.007,30	1.700,00	<b>1.103.319.305,65</b>	869.893.619,32	<b>903.279.017,79</b>
49.405.428,04	4.393.907,43	2.326.267,87	0,00	<b>51.473.067,60</b>	25.077.764,89	<b>35.649.288,82</b>
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	60.929.204,72	<b>69.502.565,38</b>
<u>1.231.892.353,35</u>	<u>59.031.314,49</u>	<u>9.449.618,75</u>	<u>1.700,00</u>	<b>1.281.475.749,09</b>	1.037.900.104,66	<b>1.084.593.555,07</b>
49.140,32	0,00	0,00	0,00	<b>49.140,32</b>	266.646,45	<b>261.646,45</b>
14.972.341,44	183.445,00	0,00	0,00	<b>15.155.786,44</b>	53.840.819,11	<b>53.613.688,06</b>
18.946.332,34	2.000.000,00	0,00	0,00	<b>20.946.332,34</b>	94.373.190,48	<b>94.624.757,90</b>
0,00	0,00	0,00	0,00	<b>0,00</b>	15.573.930,51	<b>15.022.394,55</b>
5.169.625,14	724,68	0,00	0,00	<b>5.170.349,82</b>	512.192,35	<b>457.816,39</b>
<u>39.137.439,24</u>	<u>2.184.169,68</u>	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>	<b>41.321.608,92</b>	164.566.778,90	<b>163.980.303,35</b>
<u>1.315.516.826,85</u>	<u>65.720.850,45</u>	<u>10.149.030,83</u>	<u>0,00</u>	<b>1.371.088.646,47</b>	1.218.865.538,05	<b>1.269.877.416,52</b>

## Erläuterungen zur Konzernbilanz

### \_1 Anlagevermögen

Die Zusammensetzung und Entwicklung des Anlagevermögens und der Abschreibungen ergeben sich aus dem Anlagenspiegel.

### \_2 Umlaufvermögen

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen stammen im Wesentlichen aus Energie- und Wasserlieferungen und setzen sich wie folgt zusammen:

	<b>31.12.2023</b> TEuro	31.12.2022 TEuro
Forderungen aus noch nicht abgelesenem Verbrauch	185.076	157.724
Erhaltene Abschlagszahlungen	-127.077	-104.505
	<b>57.999</b>	53.219
Übrige Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	67.382	63.443
<b>Summe</b>	<b>125.381</b>	116.662

Die Forderungen gegen verbundene Unternehmen resultieren mit 371 TEuro (Vorjahr: 20 TEuro) aus Forderungen aus Lieferungen und Leistungen.

Bei den Forderungen gegen Beteiligungunternehmen handelt es sich um 32.272 TEuro (Vorjahr: 44.099 TEuro) Forderungen aus Lieferungen und Leistungen, 4.895 TEuro (Vorjahr: 9.378 TEuro) Zinsforderungen, Gewinnansprüche in Höhe von 3.709 TEuro (Vorjahr: 4.910 TEuro) und Darlehensforderungen von 344 TEuro (Vorjahr: 2.849 TEuro).

Die Forderungen gegen Gesellschafter richten sich wie im Vorjahr ausschließlich gegen die Stadt Aachen und gliedern sich wie folgt:

	<b>31.12.2023</b> TEuro	31.12.2022 TEuro
Lieferungen und Leistungen	8.080	4.287
Ertragsteuern	178	179
Zuschüsse für den ÖPNV-Rettungsschirm	0	15.525
<b>Summe</b>	<b>8.258</b>	19.991

Die sonstigen Vermögensgegenstände beinhalten im Wesentlichen Forderungen aus Kapitaldienstreservekonten aus der Projektfinanzierung der Wind- und Solaranlagen (3.996 TEuro) die über die Laufzeiten der dazugehörigen Darlehen verpfändet sind und Steuererstattungsansprüche aus Umsatzsteuer (7.925 TEuro) die erst im Folgejahr fällig werden.

Die Forderungen und sonstigen Vermögensgegenstände haben mit 5.001 TEuro (Vorjahr: 9.451 TEuro) eine Restlaufzeit von mehr als einem Jahr und betreffen im Wesentlichen die Forderungen gegen Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

### **\_3 Wertpapiere**

Die sonstigen Wertpapiere betreffen Termingeldanlagen bei der NordLB mit einer Verzinsung von 3,8 Prozent welche im Februar 2024 fällig sind.

### **\_4 Eigenkapital**

An dem gezeichneten Kapital sind unverändert die Stadt Aachen mit Stammeinlagen von insgesamt 14.049 TEuro und die StädteRegion Aachen mit einer Stammeinlage von 1 TEuro beteiligt. Die Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB beträgt, wie im Vorjahr, 43.753 TEuro.

Die Gewinnrücklagen ergeben sich als Saldo aus dem über die Beteiligungsbuchwerte hinausgehenden Mehrvermögen der Konzernunternehmen und einem eliminierten Zwischengewinn aus der Erstkonsolidierung der FACTUR. Aktive (501 TEuro) und passive (44.400 TEuro) Unterschiedsbeträge aus der Kapitalkonsolidierung wurden miteinander verrechnet.

Die Anteile von Minderheitsgesellschaftern betreffen die Kapitalanteile der außenstehenden Gesellschafter.

Der Eigenkapitalspiegel nach § 297 Abs. 1 HGB unter Anwendung des DRS 22 liegt diesem Abschluss als gesonderte Anlage bei.

### **\_5 Unterschiedsbetrag aus der Kapitalkonsolidierung**

Der Unterschiedsbetrag ergab sich durch die Übernahme von Vermögensgegenständen nach der Erwerbsmethode und wird, beginnend mit dem 1. Januar 2018, über 20 Jahre aufgelöst.

### **\_6 Zuschüsse**

Bei den erhaltenen Baukostenzuschüssen für das vorgelagerte Netz und den Hausanschlusskostenbeiträgen betragen die planmäßigen Auflösungen zugunsten der Umsatzerlöse 3.581 TEuro (Vorjahr: 3.834 TEuro).

### **\_7 Rückstellungen**

Die Steuerrückstellungen betreffen Steuern vom Einkommen und vom Ertrag.

Die sonstigen Rückstellungen umfassen im Wesentlichen:

	<b>TEuro</b>
Drohende Verluste aus schwebenden Geschäften	88.774
Ausstehende Rechnungen	69.684
Ungewisse Verpflichtungen aus dem Personalbereich	18.804
Unterlassene Instandhaltung	2.665
Pachten und Fahrzeuganmietungen	2.551
Rückbauverpflichtungen	2.464
Abrechnungsverpflichtungen aus der Verbrauchsabrechnung	1.430
Aufbewahrung und Archivierung	599

## **8 Verbindlichkeiten**

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten dienen im Wesentlichen der Finanzierung von Investitionen.

Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen resultieren vornehmlich aus Energiebezug, Investitionen und Instandhaltungsmaßnahmen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen resultieren mit 1.080 TEuro (Vorjahr: 1.413 TEuro) aus Lieferungen und Leistungen.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen mit 10.365 TEuro (Vorjahr: 48.020 TEuro) Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen und mit 24 TEuro (Vorjahr: 101 TEuro) anrechenbare Steuern.

Die Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern betreffen mit 36.460 TEuro (Vorjahr: 28.871 TEuro) die Stadt Aachen und mit 2.546 TEuro (Vorjahr: 2.546 TEuro) die Städte-Region Aachen. Im Wesentlichen handelt es sich hierbei um verzinsliche Darlehensverpflichtungen in Höhe von 38.946 TEuro (Vorjahr: 31.220 TEuro).

Wesentliche sonstige Verbindlichkeiten betreffen mit 23.547 TEuro (Vorjahr: 24.000 TEuro) mehrere Darlehen der Stadt Aachen aus verschiedenen Stiftungen und Verbindlichkeiten aus Erdgas-, Lohn-, und Umsatzsteuern, Erstattungsverpflichtungen, Abgaben an die Aachener Verkehrsverbund GmbH, Aachen, (AVV) sowie Sozialversicherungsbeiträge.

Die Restlaufzeiten sämtlicher Verbindlichkeiten zeigt die nachfolgende Übersicht:

Konzernverbindlichkeiten	31.12.2023 gesamt TEuro	Restlaufzeiten			31.12.2022 gesamt TEuro	Restlaufzeiten		
		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro		bis zu 1 Jahr TEuro	mehr als 1 Jahr TEuro	davon mehr als 5 Jahre TEuro
1. Genussscheinkapital	140	0	140	140	139	0	139	139
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	478.490 <sup>1)</sup>	59.412	419.078	257.172	423.988 <sup>2)</sup>	49.827	374.161	233.112
3. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	20.431	20.367	64	0	62.980	62.849	131	0
4. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.418	3.418	0	0	3.325	3.325	0	0
5. Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10.389	10.389	0	0	48.121	48.121	0	0
6. Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern	39.005	24.060	14.945	2.546	31.417	19.017	12.400	2.546
7. Sonstige Verbindlichkeiten	54.769	31.222	23.547	0	77.848	54.301	23.547	0
davon aus Steuern	3.023	3.023	0	0	7.701	7.701	0	0
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit	406	406	0	0	235	235	0	0
	<b>606.642</b>	148.868	457.774	259.858	<b>647.818</b>	237.440	410.378	235.797

1) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 149.636 TEuro

2) Sicherungsübereignung mehrerer Windkraft- und Photovoltaikanlagen in Höhe von 152.696 TEuro

## \_9 Rechnungsabgrenzungsposten

Die Rechnungsabgrenzungsposten resultieren aus im Jahr 2023 für das Jahr 2024 vereinnahmten Umsätzen.

## \_10 Passive latente Steuern

Die passiven latenten Steuern in Höhe von 921 TEuro entstammen aus unterschiedlichen steuerlichen und handelsrechtlichen Vermögensbewertungen bei Tochtergesellschaften.

Das Wahlrecht zur Bilanzierung von latenten Steuern nach § 274 HGB wird nicht ausgeübt. Die latenten Steuern nach § 274 HGB kann man der folgenden Tabelle entnehmen:

Bilanz-Posten	Buchwerte				Latente Steuern	
	laut Handelsbilanz TEuro	laut Steuerbilanz TEuro	Differenz TEuro	Steuersatz	aktiv TEuro	passiv TEuro
<b>Aktiva</b>						
Immaterielle Vermögensgegenstände	0	0	0	32,69%	0	0
Sachanlagen	724.295	725.638	1.343	32,69%	1.512	-1.073
Finanzanlagen (Beteiligungen Kapitalgesellschaften, sonst.)	131.653	130.209	-1.444	32,69%	825	-1.297
Finanzanlagen (Beteiligungen Personengesellschaften)	117.338	138.827	21.489	16,86%	5.731	-2.108
Forderungen	156.137	156.167	30	32,69%	10	0
Vorräte	0	500	500	32,69%	164	0
Wertpapiere UV (Beteiligungen Personengesellschaften)	0	256	256	16,86%	51	-7
Rechnungsabgrenzungsposten	2.629	2.696	67	32,69%	22	0
Summe Aktiva	1.132.052	1.154.293	22.241		8.315	-4.485
<b>Passiva</b>						
Sonderposten mit Rücklageanteil (§ 5 Abs. 7 EStG)	0	1.277	-1.277	32,69%	0	-418
Rückstellungen	680.794	288.880	391.914	32,69%	128.150	-33
Verbindlichkeiten	313.343	313.337	6	32,69%	2	0
Rechnungsabgrenzungsposten	33.707	33.620	87	32,69%	28	0
Summe Passiva	1.027.844	637.114	390.730		128.180	-451
<b>Aktivüberhang aus Differenz</b>			<b>412.971</b>		<b>131.559</b>	

# Erläuterungen zur Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung

## \_11 Umsatzerlöse

Die Umsatzerlöse werden ausschließlich in Deutschland erzielt und verteilen sich wie folgt auf die Geschäftsbereiche:

	2023 TEuro	2022 TEuro
Stromversorgung	357.139	337.571
Gasversorgung	317.389	366.793
Energieerzeugung	165.450	161.846
Verkehr	70.725	59.559
Wasserversorgung	45.881	49.952
Fernwärmeversorgung	41.114	34.276
Stadtentwässerung	32.375	13.306
Parkhausbewirtschaftung, Grundbesitzwirtschaft und sonstige Dienstleistungen	37.571	33.452
	<b>1.067.644</b>	1.056.755

## \_12 Sonstige betriebliche Erträge

Die sonstigen betrieblichen Erträge betreffen im Wesentlichen

	2023 TEuro	2022 TEuro
Erträge aus sonstigen Zuschüssen	13.895	694
Erträge aus Schadenersatz	4.178	0
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	3.874	21.198
Sonstige periodenfremde und neutrale Erträge	3.721	722
Erträge aus Anlagenabgängen	510	1.716
Coronahilfen	0	12.000

## \_13 Materialaufwand

Im Materialaufwand sind vornehmlich die Kosten für Energie- und Wasserbezug sowie für Netznutzungsentgelte, für Busanmietung, für Treibstoffe, für Personalgestellung und für Systemaufwendungen enthalten.

## \_14 Personalaufwand

Die Personalaufwendungen beinhalten 38.541 TEuro für Altersversorgung (Vorjahr: 13.819 TEuro).

Die Anzahl der Beschäftigten bei den Konzernunternehmen betrug im Jahresdurchschnitt:

	2023	2022
Mitarbeiter in Vollzeit	1.416	1.415
Mitarbeiter in Teilzeit	265	269
Aushilfen	41	33
	<b>1.722</b>	1.717
Auszubildende	48	43
<b>Gesamt</b>	<b>1.770</b>	1.760

## \_15 Sonstige betriebliche Aufwendungen

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen umfassen vor allem Konzessionsabgaben in Höhe von 23.250 TEuro (Vorjahr: 25.301 TEuro), Drohende Verluste aus schwebenden Energieabsatzgeschäften 17.014 TEuro (Vorjahr: 11.175 TEuro), Aufwendungen für Rechts-, Prüfungs- und Beratungskosten in Höhe von 9.139 TEuro (Vorjahr: 7.854 TEuro), Marketingmaßnahmen von 4.517 TEuro (Vorjahr: 4.425 TEuro) und Versicherungsprämien von 3.658 TEuro (Vorjahr: 3.099 TEuro). Die periodenfremden Aufwendungen betragen 1.085 TEuro (Vorjahr: 553 TEuro).

**\_16 Ergebnis aus Beteiligungen an assoziierten Unternehmen**

Die Erträge stammen von den SW Lübeck, der regio iT und der WAG.

**\_17 Erträge aus Gewinnabführungsverträgen**

Die Erträge aus Gewinnabführungsverträgen resultieren wie im Vorjahr ausschließlich aus verbundenen Unternehmen.

**\_18 Erträge aus Ausleihungen des Finanzanlagevermögens**

Die Erträge stammen im Wesentlichen aus Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht.

**\_19 Abschreibungen auf Finanzanlagen**

Es wurden Abschreibungen auf Geschäfts- oder Firmenwerte in Höhe von 183 TEuro (Vorjahr: 183 TEuro) vorgenommen.

**\_20 Zinsen und ähnliche Aufwendungen**

In den Zinsaufwendungen sind die Zinsanteile aus den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen in Höhe von 4.336 TEuro (Vorjahr: 14.417 TEuro) enthalten.

**\_21 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag**

Die Steuern vom Einkommen und vom Ertrag betreffen die Organträgerin E.V.A., die verbundenen, vollkonsolidierten Unternehmen außerhalb des Organkreises sowie die latenten Steuern aufgrund von Bewertungsunterschieden zwischen Handels- und Steuerbilanz.

	E.V.A. TEuro	Regionetz/ Alsdorf Netz TEuro	Projektgesell- schaften TEuro	latente Steuern TEuro	<b>Gesamt TEuro</b>	Vorjahr TEuro
<b>Laufendes Jahr</b>						
Körperschaftsteuer / SolZ	6.741	2.034	0	-1.062	<b>7.713</b>	8.890
Gewerbeertragsteuer	7.306	0	2.690	-1.116	<b>8.880</b>	8.615
	<u>14.047</u>	<u>2.034</u>	<u>2.690</u>	<u>-2.178</u>	<b>16.593</b>	<u>17.505</u>
<b>für Vorjahre</b>						
Körperschaftsteuer / SolZ	-1.633	0	0	0	<b>-1.633</b>	-1.146
Gewerbeertragsteuer	-150	0	0	0	<b>-150</b>	32
	<u>-1.783</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<u>0</u>	<b>-1.783</b>	<u>-1.114</u>
	12.264	2.034	2.690	-2.178	<b>14.810</b>	16.391

Die E.V.A. Gruppe unterliegt grundsätzlich den Regelungen der globalen Mindestbesteuerung, da die Umsatzgrenze von 750 Mio. Euro auf Konzernebene überschritten wird. Dies betrifft eine Primärer ergänzungssteuerpflicht (E.V.A. GmbH) sowie eine nationale Ergänzungsteuerpflicht in Deutschland (E.V.A. GmbH) und in den Niederlanden (STAWAG Energie B.V.). Auf Grundlage einer vorgenommenen Betroffenheitsanalyse wurde festgestellt, dass keine Auswirkungen, d.h. keine Ergänzungsteuerbeträge zu erwarten sind, da entsprechende Erleichterungsvorschriften (untergeordnete internationale Tätigkeit und CbCR-Safe-Harbour) genutzt werden können.

## **22 Sonstige Steuern**

Die sonstigen Steuern betreffen mit 2.096 TEuro (Vorjahr: 2.027 TEuro) Aufwand des Berichtsjahres und mit 709 TEuro (Vorjahr: 902 TEuro) Erträge aus Vorjahren.

# Anteilsbesitz der E.V.A.

zum 31. Dezember 2023

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2023 TEuro
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen (konsolidiert)</b>			
Stadtwerke Aachen AG (STAWAG), Aachen	183.873	100,0	0 <sup>3)</sup>
STAWAG Energie GmbH (STAWAG Energie), Aachen	96.538	100,0 <sup>2)</sup>	0 <sup>3)</sup>
Regionetz GmbH (vormals INFRAWEST GmbH) (Regionetz), Aachen	271.951	50,8 <sup>2)</sup>	0 <sup>3) 15)</sup>
Alsdorf Netz GmbH, (Alsdorf Netz), Alsdorf	19.604	50,1 <sup>16)</sup>	0 <sup>3)</sup>
FACTUR Billing Solutions GmbH (FACTUR), Aachen	467	100,0 <sup>2)</sup>	0 <sup>3)</sup>
Aachener Straßenbahn und Energieversorgungs-AG (ASEAG), Aachen	9.332	94,9	0 <sup>3)</sup>
Aachener Parkhaus GmbH (APAG), Aachen	8.887	100,0 <sup>1)</sup>	1.221 <sup>9)</sup>
STAWAG Infrastruktur Simmerath GmbH & Co. KG, Simmerath	4.412	100,0 <sup>16)</sup>	124
STAWAG Infrastruktur Monschau GmbH & Co. KG, Monschau	4.302	100,0 <sup>16)</sup>	112
STAWAG Abwasser GmbH, Aachen	25	100,0 <sup>16)</sup>	0 <sup>3)</sup>
STAWAG Energie B.V., Eindhoven, Niederlande	39	100,0 <sup>4)</sup>	-456
Solaranlage Giebelstadt II GmbH & Co. KG (Giebelstadt), Aachen	6.595	80,0 <sup>4)</sup>	1.398
Solar Power Turnow West I GmbH & Co. KG (Turnow West I), Aachen	2.153	59,9 <sup>4)</sup>	466
Solar Power Turnow West II GmbH & Co. KG (Turnow West II), Aachen	1.909	59,9 <sup>4)</sup>	418
Solarpark Gödenroth GmbH & Co. KG (SP Gödenroth), Aachen	753	100,0 <sup>4)</sup>	41
Solarpark Ilbesheim GmbH & Co. KG (SP Ilbesheim), Aachen	1.900	100,0 <sup>4)</sup>	195
Windpark Laudert GmbH & Co. KG (WP Laudert), Aachen	3.289	100,0 <sup>4)</sup>	578
Windpark Riegenroth GmbH & Co. KG (Riegenroth), Aachen	7.173	59,0 <sup>4)</sup>	1.473
Windpark Simmerath GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Aachen	9.919	100,0 <sup>4)</sup>	1.522
Windpark Simmerath II GmbH & Co. KG (WP Simmerath), Mainz	3.631	100,0 <sup>4)</sup>	-9
Windpark Aachen-Nord GmbH & Co. KG (WP Aachen-Nord), Aachen	6.382	100,0 <sup>4)</sup>	1.299
Windpark Monschau GmbH & Co. KG (WP Monschau), Aachen	6.590	100,0 <sup>4)</sup>	2.046
Windpark Münsterwald GmbH & Co. KG (WP Münsterwald), Aachen	5.550	100,0 <sup>4)</sup>	907
Windpark Jülich GmbH & Co. KG (WP Jülich), Aachen	3.836	100,0 <sup>4)</sup>	385
Windpark Ertfstadt GmbH & Co. KG (WP Ertfstadt), Aachen	8.285	100,0 <sup>4)</sup>	-15
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen (nicht konsolidiert)</b>			
Infrastruktur Turnow West GmbH & Co. KG (Infrastruktur Turnow), Aachen	0 <sup>10)</sup>	100,0 <sup>6)</sup>	-30
STAWAG Infrastruktur Simmerath Verwaltungs GmbH, Simmerath	34 <sup>5)</sup>	100,0 <sup>16)</sup>	1 <sup>5)</sup>
STAWAG Infrastruktur Monschau Verwaltungs GmbH, Monschau	34 <sup>5)</sup>	100,0 <sup>16)</sup>	1 <sup>5)</sup>
Unterstützungseinrichtung „Akreka“ GmbH (Akreka), Aachen	2.124 <sup>7)</sup>	100,0 <sup>1)</sup>	0
ASEAG-Reisen GmbH (ARG), Aachen	223	100,0 <sup>1)</sup>	0 <sup>3)</sup>
ESBUS Eschweiler Bus- und Servicegesellschaft mbH (ESBUS), Eschweiler	26	100,0 <sup>1)</sup>	0 <sup>3)</sup>
STAWAG Energie Komplementär GmbH (STAWAG Energie Komplementär), Aachen	237	100,0 <sup>4)</sup>	26
Solaranlage Giebelstadt II Verwaltungs GmbH (SA Giebelstadt Verwaltung), Aachen	50	80,0 <sup>18)</sup>	3

	Eigenkapital TEuro	Beteiligung %	Ergebnis 2023 TEuro
<b>Wesentliche Beteiligungen</b>			
regio iT gesellschaft für informationstechnologie mbh (regio iT), Aachen	19.658	37,6	6.148
vote iT GmbH (vote iT), Aachen	3.612	70,0 <sup>8)</sup>	1.111
elect iT GmbH (elect iT), Berlin	1.220	100,0 <sup>19)</sup>	1.138
WRS, Softwareentwicklungs GmbH, Hamm	45	100,0 <sup>19)</sup>	19
cogniport Beratungs- und Dienstleistungsgesellschaft mbH (cogniport), Aachen	-53	60,0 <sup>8)</sup>	29
Better Mobility GmbH (Better Mobility), Aachen	196	49,5 <sup>1)</sup>	-110
Trianel GmbH (Trianel), Aachen	117.061 <sup>5)</sup>	12,0 <sup>2)</sup>	27.630 <sup>5)</sup>
Trianel Gaskraftwerk Hamm GmbH & Co. KG (TGH), Aachen	9.395 <sup>5)</sup>	16,9 <sup>2)</sup>	1.608 <sup>5)</sup>
Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG (TGE), Aachen	40.738	13,7 <sup>2)</sup>	7.979
Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH & Co. KG (TKL), Lünen	0 <sup>5)14)</sup>	8,5 <sup>2)</sup>	-54.708 <sup>5)</sup>
Trianel Windkraftwerk Borkum GmbH & Co. KG (TWB), Aachen	302.011 <sup>5)</sup>	4,8 <sup>4)</sup>	10.486 <sup>5)</sup>
Stadtwerke Lübeck Energie GmbH (Lübeck), Lübeck	131.064 <sup>5)</sup>	25,1 <sup>2)</sup>	0 <sup>5)12)</sup>
STAWAG Solar GmbH (STAWAG Solar), Aachen	34.629 <sup>5)</sup>	40,0 <sup>4)</sup>	9.459 <sup>5)</sup>
WAG Wassergewinnungs- und -aufbereitungsgesellschaft Nordeifel mbH (WAG), Roetgen	24.391 <sup>5)</sup>	50,0 <sup>2)</sup>	2.318 <sup>5)</sup>
PSW Rönkhausen GmbH & Co. KG (PSW Rönkhausen), Hagen	10.379 <sup>5)</sup>	50,0 <sup>2)</sup>	1.106 <sup>5)</sup>
StadtWerke Rösrath – Energie GmbH (Rösrath), Rösrath	6.018 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>2)</sup>	413 <sup>5)</sup>
enewa GmbH (enewa), Wachtberg	5.647 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>2)</sup>	297 <sup>5)</sup>
Gemeindewerke Ruppichterath GmbH (GW Ruppichterath), Ruppichterath	5.671 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>2)</sup>	328 <sup>5)</sup>
RegioBoden GmbH (RegioBoden), Aachen	25	50,0 <sup>16)</sup>	0
Wilken Pro GmbH, (Wilken Pro), Ulm	150 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>11)</sup>	62 <sup>5)</sup>
Solarpark Ronneburg GmbH & Co. KG (Ronneburg), Aachen	4.415	46,0 <sup>4)</sup>	1.115
Windpark Beltheim II GmbH & Co. KG (Beltheim II), Aachen	4.960	49,9 <sup>4)</sup>	1.564
Windpark Oberwesel II GmbH & Co. KG (Oberwesel II), Aachen	3.583	49,0 <sup>4)</sup>	927
Windpark Oberwesel III GmbH & Co. KG (Oberwesel III), Aachen	3.537	49,0 <sup>4)</sup>	900
Windpark Fischbachhöhe GmbH & Co. KG (WP Fischbachhöhe), Aachen	6.234	50,0 <sup>4)</sup>	880
ELWEA GmbH (ELWEA), Bottrop	2.260 <sup>5)</sup>	49,0 <sup>4)</sup>	-84 <sup>5)</sup>
WEA Marl Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Marl	1.026	100,0 <sup>17)</sup>	233
WEA Dorsten Betreibergesellschaft mbH & Co. KG, Dorsten	1.268	100,0 <sup>17)</sup>	-112
Trave Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG (Trave EE), Lübeck	16.929	50,0 <sup>4)</sup>	2.637
Windmüllerei Broderstorf IV GmbH & Co. KG, Lübeck	1.868	100,0 <sup>13)</sup>	453
Windpark Bokelfeld GmbH & Co. KG (WP Bokelfeld), Lübeck	6.803	100,0 <sup>13)</sup>	1.281
Trave Erneuerbare Energien Verwaltungs GmbH (Trave EE Verwaltung), Lübeck	46	100,0 <sup>13)</sup>	2
Trave Erneuerbare Energien Beteiligungs-Komplementär GmbH (Trave EE Beteiligung), Lübeck	48	100,0 <sup>13)</sup>	4
Regio Nord Wind GmbH (Regio Nord), Hamburg	6 <sup>5)</sup>	50,0 <sup>13)</sup>	-5 <sup>5)</sup>
NetAachen GmbH (NetAachen), Aachen	11.635 <sup>5)</sup>	16,0 <sup>2)</sup>	3.177 <sup>5)</sup>
smartlab Innovationsgesellschaft mbH, Aachen	8.677 <sup>5)</sup>	30,0 <sup>2)</sup>	-363 <sup>5)</sup>
Institut für Wasser- und Abwasseranalytik GmbH (IWA), Aachen	95 <sup>5)</sup>	46,0 <sup>2)</sup>	10 <sup>5)</sup>

1) Anteile werden gehalten über ASEAG

2) Anteile werden gehalten über STAWAG

3) nach Ergebnisabführung; ohne Bilanzgewinn

4) Anteile werden gehalten über STAWAG Energie GmbH

5) Wertansätze zum 31.12.2022

6) Anteile werden durch Turnow West I GmbH &amp; Co. KG

und Turnow West II GmbH &amp; Co. KG gehalten

7) Eigenkapital inklusive Deckungsrücklage

8) Anteile werden gehalten über regio iT

9) Thesaurierung des Gewinns

10) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 422 TEuro ausgewiesen

11) Anteile werden gehalten über FACTUR Billing Solutions GmbH

12) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 35.161 TEuro

13) Anteile werden gehalten über Trave Erneuerbare Energien GmbH &amp; Co. KG

14) Es wird ein „Nicht durch Vermögenseinlagen gedeckter Verlustanteil“ von 244.486 TEuro ausgewiesen.

15) Jahresüberschuss vor Gewinnabführung und Ausgleichszahlung an Minderheitsgesellschafter 35.181 TEuro

16) Anteile werden über Regionetz GmbH gehalten

17) Anteile werden über ELWEA GmbH gehalten

18) Anteile werden über die Solaranlage Giebelstadt II GmbH &amp; Co. KG gehalten

19) Anteile werden gehalten über vote iT

## Sonstige Angaben

Im Geschäftsjahr 2023 beliefen sich die Vergütungen der E.V.A.-Aufsichtsratsmitglieder auf 95 TEuro und die Gesamtbezüge der Mitglieder der Geschäftsführung einschließlich der Vergütung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen auf 725 TEuro. Die Pensionsbezüge der früheren Mitglieder der Geschäftsführung für die Wahrnehmung ihrer Aufgaben in Tochterunternehmen und deren Hinterbliebenen betragen 615 TEuro im Berichtsjahr. Für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Geschäftsführern und deren Hinterbliebenen waren insgesamt 6.592 TEuro zurückzustellen.

Im Berichtsjahr beliefen sich die Honorare gemäß § 314 Abs. 1 Nr. 9 HGB im Konzern auf 1.152 TEuro. Das Gesamthonorar gliedert sich in 357 TEuro Abschlussprüfungsleistungen, 764 TEuro sonstige Leistungen, 29 TEuro andere Bestätigungsleistungen und 2 TEuro Steuerberatung.

Am Bilanzstichtag bestanden sonstige finanzielle Verpflichtungen neben dem Bestellobligo (37,1 Mio. Euro) aus erteilten Aufträgen im Wesentlichen aus IT-Dienstleistungen 182,2 Mio. Euro, kurz-, mittel- und langfristigen Lieferverträgen für den Bezug von Energie und von Wasser von ca. 308,1 Mio. Euro, aus einem langfristigen Konzessionsvertrag sowie aus Parkhauspachtverträgen (4,8 Mio. Euro) und Verträgen über Fahrzeuganmietungen (44,8 Mio. Euro p.a. Verpflichtungen aus Miet-, Leasing-, Wartungs- und Dienstleistungsverträgen und sonstigen Dauerschuldverhältnissen sowie aus hinterlegten Sicherheiten bestehen in geschäftsüblichem Umfang und sind für die Beurteilung der Finanzlage insgesamt von untergeordneter Bedeutung.

Bürgschaften bestanden bei der STAWAG bis zur Höhe von 19 Mio. Euro (Vorjahr: 19 Mio. Euro) für Zahlungsverpflichtungen der Trianel aus Energiehandelsgeschäften. Auf Basis der geplanten Erträge der Trianel ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Die STAWAG hat sich im Rahmen einer Patronatserklärung verpflichtet, die smartlab so zu stellen, dass ein eingeforderter Eigenanteil in Höhe von 0,2 Mio. Euro geleistet werden kann. Auf Basis der Wirtschaftsplanung der smartlab ist mit keiner Inanspruchnahme zu rechnen.

Im Rahmen der Restrukturierung der TGH hat die STAWAG am 16. März 2015 einen Darlehensvertrag mit der TGH geschlossen. In diesem Darlehensvertrag verpflichtet sich die STAWAG, der TGH ein Darlehen von bis zu 18,4 Mio. Euro zu gewähren. Die TGH hat bisher 11,5 Mio. Euro in Anspruch genommen. Somit kann die TGH noch bis zu 6,9 Mio. Euro aus diesem Darlehensvertrag abrufen. Die TGH geht in ihrer Planung davon aus, dass die noch nicht abgerufenen Mittel nicht benötigt werden und das volle Darlehen im Jahr 2026 getilgt wird.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Trianel Gasspeicher Epe GmbH & Co. KG, Aachen, (TGE) hat die STAWAG laut Rahmenkreditlinie – wie im Vorjahr in Höhe von 135 Mio. Euro – ihre Geschäftsanteile einschließlich der Gewinnanteile an dieser Gesellschaft verpfändet.

Zur Absicherung der Bankverbindlichkeiten der Turnow West I und Turnow West II hat die STAWAG Energie ihre Kommanditanteile zugunsten der finanzierenden Bank verpfändet.

Die TGE, die TWB, die Turnow West I und die Turnow West II haben bislang alle Raten fristgerecht an die Kreditinstitute zurückgezahlt, so dass davon auszugehen ist, dass die Gesellschaften die Verpflichtungen auch weiterhin

vertragsgemäß erfüllen werden. Mit einer Inanspruchnahme ist folglich nicht zu rechnen.

Im Rahmen von Beteiligungserwerben wurden jährliche Ergebnisgarantien in der Versorgungssparte von bis zu 280 TEuro (Vorjahr: 280 TEuro) gegeben. Eine Inanspruchnahme wird abhängig vom Akquisitionserfolg der Gesellschaften sein. Wenn die Beteiligungsgesell-

schaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht erreichen, erfolgt der Ausgleich durch eine Einlage ins Eigenkapital der Beteiligungsgesellschaft in Höhe der Differenz zwischen den tatsächlichen Ergebnissen und den garantierten Ergebnissen. Es ist davon auszugehen, dass die Beteiligungsgesellschaften Ergebnisse in der garantierten Höhe nicht in jedem Geschäftsjahr erreichen werden.

## Derivative Finanzinstrumente

Im abgelaufenen Geschäftsjahr wurden die folgenden derivativen Finanzinstrumente eingesetzt:

Nr.	Produkt	Bezeichnung	Nominalwert TEuro	Zeitwert TEuro	Laufzeit bis
1	SWAP	Zinsswap	3.750	-223	Juni 2028
2	SWAP	Zinsswap	6.000	91	Juni 2029
3	SWAP	Zinsswap	2.338	50	März 2029
4	SWAP	Zinsswap	333	2	März 2024
5	SWAP	Zinsswap	2.553	-19	Dezember 2030
6	SWAP	Kohleforward	12.350	-6.812	Dezember 2024
7	Forward	Stromforward	42.936	23.998	Dezember 2024
8	Forward	EUA-Forward	13.747	-1.129	Dezember 2024
9	Forward	Gas-Forward	15.534	1.724	April 2024
10	SWAP	Dieselölswap	12.326	-803	Dezember 2025

Im Rahmen der Aufnahme von variablen Darlehen wurden die unter den Nummern 1 bis 5 aufgeführten Sicherungsgeschäfte abgeschlossen. Die Darlehen (Grundgeschäfte) werden mit den Sicherungsgeschäften zusammengefasst. Die Angaben zu den Zeitwerten beruhen auf den Berechnungen des Kreditinstituts, das die Derivate ausgegeben hat. Die Ermittlung erfolgte anhand bankinterner Bewertungsmethoden. Die Derivate, die unter den Nummern 1 bis 5 aufgeführt werden, weisen neben Betragsidentität auch die gleiche Laufzeit auf und sind aufgrund der deckungsgleichen Beziehungen nicht bilanziert (Critical-Term-Match-Methode im Rahmen des Micro-Hedging). Es wurde die Einfrierungsmethode verwendet.

Mit den unter Nummer 6 aufgeführten Kohleswaps (Commodity-Swaps) hat die STAWAG das Recht erworben, eine Menge von 62.700 metrischen Tonnen (MT) Steinkohle im Geschäftsjahr 2024 zu einem im Voraus definierten Preis zu erwerben. Der Zeitwert zum Bilanzstichtag beruht auf einem internen Vergleich von Bezugs- und Marktpreisen. Der Zeitwert des Kohleswaps wurde in eine Drohverlustrückstellung einbezogen, die das Risiko aus den Kraftwerken abbildet.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 7, für das Jahr 2024 eine Menge von 210 373 MWh Strom zu einem im Voraus definierten Preis verkauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von EEX-Forward-Kurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 8, für das Jahr 2024 Emissionszertifikate für eine Menge von 157 000 Tonnen zu einem im Voraus definierten Preis gekauft. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Börsenkurs und Festpreis des Forwards am Bilanzstichtag.

Die STAWAG hat, aufgeführt unter Nummer 9, für das Jahr 2024 zu einem im Voraus definierten Preis 279 372 MWh Erdgas verkauft. Der Forward ist durch den Bestand im Gasspeicher besichert. Der Marktwert ergibt sich nach interner Gegenüberstellung von Festpreis des Forwards und der Bewertung des Gasbestands zum gleitenden Durchschnitt am Bilanzstichtag. Die ASEAG hat, aufgeführt unter Nummer 10, im August 2022 und im Oktober 2022 jeweils drei Swap-Geschäfte, also insgesamt sechs, abgeschlossen. Die Laufzeiten dieser Swaps sind bis Ende 2023 (zwei Swaps), Ende 2024 (zwei Swaps) und Ende 2025 (zwei Swaps) festgelegt. Im April 2023 wurde ein weiteres Swap-Geschäft abgeschlossen, dessen Laufzeit bis Ende 2024 festgelegt ist. Der Nominalbetrag der laufenden Swap-Geschäfte wird mit 12.326.092 Euro zur Dieselpreisabsicherung der antizipierten Grundgeschäfte eingesetzt und als entsprechende Bewertungseinheit gebildet. Über einen Zeitraum von drei Jahren gleichen sich die Wertänderungen voraussichtlich vollständig aus, da Grund- und Sicherungsgeschäft die gleichen Nominalbeträge und Fristigkeiten haben und demselben Risiko ausgesetzt sind. Zur Abbildung der gebildeten Bewertungseinheiten wird die Einfrierungsmethode gewählt. Am 31. Dezember 2023 waren drei der in den Vorjahren abgeschlossenen Swap-Geschäfte fällig. Insgesamt erhielt die ASEAG im Berichtsjahr Zahlungen in Höhe von 345.064 Euro aus der Dieselpreisabsicherung.

Der beizulegende negative Zeitwert der verbliebenen Swap-Geschäfte beträgt zum Bilanzstichtag 802.499 Euro nach bankeneigenen, proprietären Bewertungsmodellen der Commerzbank AG, Frankfurt. Aufgrund der gebildeten Bewertungseinheiten der Swaps mit den antizipierten Dieselbezügen sind keine Rückstellungen für drohende Verluste aus den Swap-Geschäften zum Bilanzstichtag zu bilden. Selbst bei einer negativen Marktwertentwicklung ist keine Droh-

verlustrückstellung nach § 249 (1) Satz 1 HGB für die antizipierten künftigen Beschaffungsgeschäfte zu bilanzieren, da nach IDW RS HFA 4.25 in dem Saldierungsbereich schwebender Geschäfte auch über das schwebende Geschäft hinausgehende konkrete wirtschaftliche Vorteile berücksichtigt werden dürfen.

Die Energiebeschaffungs- und die Energieab-satzverträge (Strom und Gas) werden abwei-chend vom Grundsatz der Einzelbewertung zusammengefasst. Die Bilanzierung und die Bewertung erfolgen unter Beachtung der Stel-lungnahme des Instituts der Wirtschaftsprüfer vom 30. September 2015 (IDW RS ÖFA 3). Es besteht ein angemessenes energiewirtschaft-liches Steuerungssystem, aus dem die gebil-deten Vertragsportfolios nach der Homogenität der Risiken abgeleitet wurden. Daran orientiert sich der Aufbau der Mengen-, der Preis- und der Ergebnisplanung der Portfolios. Die konkreten Beschaffungs- und Vermarktungsprozesse so-wie ihre Überwachung setzen die Vorgaben des Steuerungssystems um. Die durch den Ab-schluss von Verträgen mit Kunden zu liefernden Mengen an Strom oder an Gas werden durch das Portfoliomanagement je Kundenvertrag einzeln (back-to-back) oder zusammengefasst beschafft. Das Portfoliomanagement struktu-riert die Beschaffung und den Absatz der Ener-giemengen Strom oder Gas jeweils getrennt in Büchern (unter anderem Vertriebsbuch, Be-schaffungsbuch). Das implementierte Risiko-managementsystem erfasst die aggregierten Positionen auf Basis von vorgegebenen Risikoli-miten, die ebenso wie die zur Angebotskalkulati-on und zur Bewertung verwendeten Preiskurven täglich durch das Risikocontrolling überwacht werden. Die implementierte Deckungsbeitrags-rechnung erfasst jedes gebildete Vertragsport-folio. Dabei werden interne Geschäfte zwischen den Vertragsportfolios zu marktüblichen Bedin-gungen abgeschlossen und in die jeweilige Deckungsbeitragsrechnung einbezogen. Zure-

chenbare Gemeinkosten werden angemessen berücksichtigt. Die Bewertungszeiträume beste-hen aufgrund der rollierenden Durchführung der Sicherungstransaktionen für einen unbegrenz-ten Zeitraum. Aktuell sind Zeiträume bis zum Lieferjahr 2026 betroffen. Sollte die Deckungs-beitragsrechnung eines Vertragsportfolios einen negativen Deckungsbeitrag aufweisen, wird hierfür eine Drohverlustrückstellung gebildet.

### Nachtragsbericht

Vorgänge oder Ereignisse von besonderer Be-deutung nach Ende des Geschäftsjahres, die die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesell-schaft wesentlich beeinflusst haben, sind nicht eingetreten. Zum geplanten Zusammenschluss von STAWAG und enwor – energie & wasser vor ort GmbH, Herzogenrath, im Geschäftsjahr 2024 wird auf die Darstellung im Lagebericht verwiesen.

Aachen, den 14. Juni 2024

Energieversorgungs- und  
Verkehrsgesellschaft  
mit beschränkter Haftung Aachen

DIE GESCHÄFTSFÜHRUNG



Dr. Christian Becker



Michael Carmincke

# Konzern

Konzern-Kapitalflussrechnung >>

# Konzern-Kapitalflussrechnung

		<b>2023 TEuro</b>	2022 TEuro
1.	+/- Konzernjahresüberschuss	27.516	43.103
2.	+/- Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	65.721	59.202
3.	+/- Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	75.916	26.044
4.	+/- Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen/Erträge	-25.272	-25.305
5.	-/+ Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	30.673	-62.406
6.	+/- Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-92.579	72.613
7.	-/+ Gewinn/Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-198	-1.568
8.	+/- Zinsaufwendungen/Zinserträge	11.378	21.506
9.	- Sonstige Beteiligungserträge	-24.922	-21.542
10.	+/- Ertragssteueraufwand/-ertrag	14.810	0
11.	-/+ Ertragssteuerzahlungen	-7.972	0
<b>12.</b>	<b>= Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>75.071</b>	<b>111.647</b>
13.	- Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-5.051	-3.434
14.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	1.257	1.719
15.	- Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-111.142	-109.084
16.	+ Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	3.799	3.823
17.	- Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-5.402	-6.867
18.	+ Erhaltene Zinsen	4.283	304
19.	+ Erhaltene Dividenden	24.922	18.125
<b>20.</b>	<b>= Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>-87.334</b>	<b>-95.414</b>
21.	+ Einzahlungen von Gesellschaftern des Mutterunternehmens	0	19.677
22.	+ Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten	102.604	64.621
23.	- Auszahlungen aus der Tilgung von Krediten	-40.301	-40.244
24.	+ Einzahlungen aus erhaltenen Zuschüssen/Zuwendungen	3.664	4.528
25.	- Gezahlte Zinsen	-11.282	-8.138
26.	- Gezahlte Gewinnausschüttung an andere Gesellschafter	-12.793	-16.639
<b>27.</b>	<b>= Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>41.892</b>	<b>23.805</b>
<b>28.</b>	<b>= Zahlungswirksame Veränderungen der Finanzmittelfonds</b>	<b>29.629</b>	<b>40.038</b>
29.	+/- Konsolidierungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	4.689	5.185
30.	+ Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	73.116	27.893
<b>31.</b>	<b>= Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>107.434</b>	<b>73.116</b>

# Konzern-Eigenkapitalspiegel

	Eigenkapital des Mutterunternehmens					
	Rücklagen			Summe	Konzernjahres- fehlbetrag, der dem Mutter- unternehmen zuzurechnen ist	Summe
Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage nach § 272 Abs. 2 Nr. 4 HGB	Gewinn- rücklagen  andere Gewinn- rücklagen	Euro			
<b>Stand am 31.12.2021</b>	<b>14.049.880,00</b>	<b>43.753.000,00</b>	<b>91.053.934,29</b>	<b>134.806.934,29</b>	<b>-105.792.316,72</b>	<b>43.064.497,57</b>
Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00	6.716.248,30	6.716.248,30	-6.754.755,95	-38.507,65
Ausschüttung an außen- stehende Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	832.641,05	832.641,05	0,00	832.641,05
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	44.421.072,10	44.421.072,10
<b>Stand am 31.12.2022</b>	<b>14.049.880,00</b>	<b>43.753.000,00</b>	<b>98.602.823,64</b>	<b>142.355.823,64</b>	<b>-68.126.000,57</b>	<b>88.279.703,07</b>
Einstellungen in Rücklagen	0,00	0,00	1.220.770,40	1.220.770,40	-1.220.770,40	0,00
Ausschüttung an außen- stehende Gesellschafter	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Änderungen des Konsolidierungskreises	0,00	0,00	-2.429,40	-2.429,40	0,00	-2.429,40
Konzernjahresüberschuss	0,00	0,00	0,00	0,00	29.449.362,83	29.449.362,83
<b>Stand am 31.12.2023</b>	<b>14.049.880,00</b>	<b>43.753.000,00</b>	<b>99.821.164,64</b>	<b>143.574.164,64</b>	<b>-39.897.408,14</b>	<b>117.726.636,50</b>

Nicht beherrschende Anteile		Konzern-eigenkapital	
Nicht beherrschende Anteile vor Eigenkapitaldifferenz aus Währungsumrechnung und Jahresergebnis	Auf nicht beherrschende Anteile entfallende Gewinne/Verluste	Summe	Summe
Euro	Euro	Euro	Euro
<b>192.650.927,59</b>	<b>-12.104.000,90</b>	<b>180.546.926,69</b>	<b>223.611.424,26</b>
38.507,65	0,00	38.507,65	0,00
0,00	-869.760,18	-869.760,18	-869.760,18
0,00	0,00	0,00	832.641,05
0,00	-1.318.432,40	-1.318.432,40	43.102.639,70
<b>192.689.435,24</b>	<b>-14.292.193,48</b>	<b>178.397.241,76</b>	<b>266.676.944,83</b>
0,00	0,00	0,00	0,00
0,00	-1.870.007,87	-1.870.007,87	-1.870.007,87
0,00	0,00	0,00	-2.429,40
0,00	-1.933.492,46	-1.933.492,46	27.515.870,37
<b>192.689.435,24</b>	<b>-18.095.693,81</b>	<b>174.593.741,43</b>	<b>292.320.377,93</b>

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen

## Prüfungsurteile

**W**ir haben den Konzernabschluss der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen und ihrer Tochtergesellschaften (der Konzern) – bestehend aus der Konzernbilanz zum 31. Dezember 2023, der Konzern-Gewinn- und Verlustrechnung, dem Konzerneigenkapitalspiegel und der Konzernkapitalflussrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 sowie dem Konzernanhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Konzernlagebericht der Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mit beschränkter Haftung Aachen für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Konzernabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage des Konzerns zum 31. Dezember 2023 sowie seiner Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2023 bis zum 31. Dezember 2023 und
- vermittelt der beigefügte Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Konzernlagebericht in Einklang mit dem Konzernabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts geführt hat.

## Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von den Konzernunternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht zu dienen.

### **Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Konzernabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Konzernabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d. h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Konzernabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Konzernlageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht

und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Konzernlageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Konzernlagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses des Konzerns zur Aufstellung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Konzernabschlusses und des Konzernlageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Konzernabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Konzernlagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage des Konzerns vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Konzernabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchge-

fürte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Konzernabschlusses und Konzernlageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung.

Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Konzernabschluss und Konzernlagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist höher als das Risiko, dass aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, da dolose Handlungen Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.

- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Konzernabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Konzernlageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme abzugeben.

- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit des Konzerns zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Konzernabschluss und im Konzernlagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass der Konzern seine Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Konzernabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Konzernabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Konzernabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Konzerns vermittelt.

– holen wir ausreichende geeignete Prüfungsnachweise für die Rechnungslegungsinformationen der Unternehmen oder Geschäftstätigkeiten innerhalb des Konzerns ein, um Prüfungsurteile zum Konzernabschluss und zum Konzernlagebericht abzugeben. Wir sind verantwortlich für die Anleitung, Beaufsichtigung und Durchführung der Konzernabschlussprüfung. Wir tragen die alleinige Verantwortung für unsere Prüfungsurteile.

– beurteilen wir den Einklang des Konzernlageberichts mit dem Konzernabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Konzerns.

– führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Konzernlagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Duisburg, den 14. Juni 2024

PKF Fasselt  
Partnerschaft mbB  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Rechtsanwälte



Lickfett  
Wirtschaftsprüferin



Pentschev  
Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrats

Der Konzernabschluss zum 31. Dezember 2023 sowie der Konzernlagebericht sind von der in der Gesellschafterversammlung am 16. Juni 2023 zum Abschlussprüfer bestellten PKF Fasselt Partnerschaft mbB, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Steuerberatungsgesellschaft, Berlin, geprüft worden. Der Bestätigungsvermerk gemäß § 322 HGB zum Konzernabschluss und Konzernlagebericht wurde ohne Einschränkung erteilt.

Der Aufsichtsrat hat aufgrund regelmäßiger Berichte der Geschäftsführung sowie in seinen Sitzungen während des Geschäftsjahres durch Erörterungen über Lage und Entwicklung der Konzernunternehmen seiner gesetzlichen Prüfungs- und Überwachungspflicht entsprochen. Er hat von dem Ergebnis der Prüfung des Konzernabschlusses sowie des Konzernlageberichts durch den Abschlussprüfer zustimmend Kenntnis genommen.

Der Aufsichtsrat hat den Konzernabschluss zum 31. Dezember 2023 und den Konzernlagebericht geprüft und stellt ihn fest. Er empfiehlt der Gesellschafterversammlung den Konzernabschluss und den Konzernlagebericht zu billigen.

Aachen, den 21. Juni 2024

Der Aufsichtsrat



Keupen  
Vorsitzende

## **Impressum**

### **E.V.A.**

Energieversorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH Aachen  
Neuköllner Straße 1  
52068 Aachen

**Gestaltung** rachiq-design, Aachen

**Foto Cover** PantherMedia/Ale-ks

**Druck** frank druck+medien GmbH&Co. KG, Aachen

